UNABHÄNGIGE HEIMATZEITUNG

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Ausgabe R 1 E **§238** A

Einzelpreis 1,10 DM

155. Jahrgang / Nummer 260

Freitag, 10. November 1989

Telefon 07423/78-0

Die Bundesrepublik wirkt auf viele Aussiedler und Flüchtlinge wie ein Magnet (Seite 3)

Die DDR öffnet die Grenze zur Bundesrepublik

Ab sofort Ausreise an allen Übergängen möglich / Sonderparteitag der SED für Mitte Dezember einberufen

ap/rtr/dpa. BERLIN. Knapp 30 Jahre nach dem Mauerbau hat die DDR gestern abend Neubrandenburg appellierten die Genosvöllig überraschend ihre Grenzen geöffnet. DDR-Bürger können ab sofort über alle Grenzübergänge das Land in Richtung Bundesrepublik und Westberlin verlassen. Diesen Beschluß des Ministerrats verkündete Politbüromitglied Günter Schabowski.

Übergangsregelung bis zu einem neuen Reisegesetz allerdings nicht, betonte der SED-Politiker. In Bonn wurde der Beschluß begrüßt, wobei von einem historischen Ereignis die Rede war. Der Bundestag reagierte mit Jubel auf die Nachricht. Die Abgeordneten sangen spontan die Nationalhymne.

Ungeachtet der Öffnung der Westgrenzen demonstrierten gestern abend in Erfurt und Gera erneut mehr als 100000 Menschen für uneingeschränkten Reiseverkehr und freie Wahlen. In Erfurt versammelten sich 80000 Menschen.

Das seit Mittwoch tagende SED-Zentralkomitee berief erstmals seit 1956 wieder einen Sonderparteitag, eine Parteikonferenz ein. Die Tagung soll Mitte Dezember stattfinden.

Für die Ausreise brauchen die Bürger zwar nach wie vor ein Visum, das ihnen die Behörden aber unverzüglich ausstellen müssen. Mit der Ausgabe der Visa wird ab heute gerechnet.

Die Öffnung der Grenzen trete ab sofort in Kraft, sagte Schabowski. Der Ministerrat habe beschlossen, Privatreisen unter anderem in den Westen könnten »ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reisepässe und Verwandtschaftsverhältnisse) werden«. Versagungsgründe für Reisen gebe es nur »in besonderen Ausnahmefällen«. Die zuständigen Abteilungen Paßund Meldewesen der Volkspolizei-Kreisämter seien angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen.

Die Öffnung der Grenzen erstreckt sich auch auf die Berliner Übergänge: Ständige Ausreisen könnten über sämtliche Grenzübergänge der DDR erfolgen, auch über Berlin (West), hieß es in dem Ministerratsbeschluß. »Damit entfällt die vorübergehende Erteilung von Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten«, erklärte der Ministerrat. Die Ausreisewelle über die CSSR und Ungarn dürfte nun zurückgehen, da die Bürger direkt in die Bundesrepublik ausreisen können.

Die DDR-Nachrichtenagentur ADN teilte mit, daß bereits am morgigen Samstag alle

Einen Abriß der Mauer bedeute diese Dienststellen für das Paß- und Meldewesen in Ostberlin zusätzlich von neun bis 16 Uhr geöffnet seien. Durch die neue Regelung müssen die DDR-Bürger auch keine umständliche Formalitäten mehr über sich ergehen lassen wie etwa das Abarbeiten des sogenannten Laufzettels, mit dem sie bislang beweisen mußten, daß sie keine Schulden haben und nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Im Laufe des zweiten Tages der Krisensitzung des Zentralkomitees in Ostberlins war zuvor die weiter schwelende Fühmit 66 Gegenstimmen, in das elfköpfige Walde, trat von seinem Amt zurück. In schwieriger zugänglich«...

sen an das Politbüro, den erst am Vortag gewählten Johannes Chemnitzer von seinem Amt als Politbürokandidat zu entbinden. Schabowski kündigte an, über den weiteren Verbleib dieser Genossen im Politbüro werde heute entschieden.

Bereits am Vorabend hatte Staats- und Parteivorsitzender Egon Krenz »ein neues Wahlgesetz« angekündigt, »das eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet und in jedem Stadium der Wahl die öffentliche Kontrolle garan-

Der SPD-Bundesvorsitzende Hans-Jochen Vogel appellierte am Abend im DDR-Fernsehen mit Blick auf die innenpolitirungskrise der SED deutlich geworden: sche Entwicklung in der DDR an die Aus-Der SED-Bezirkschef von Halle, Hans- reisewilligen, ihre Entscheidung zu über-Joachim Böhme, erst am Vortag, allerdings denken. Er sagte in der Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera«, er respektiere Politbüro gewählt, wurde von seiner Basis jede Entscheidung. Aber eine DDR, die in Halle abgesetzt. Der SED-Bezirkschef ausblute und deren Versorgungssystem zuvon Cottbus, Politbürokandidat Werner sammenbreche, sei einer Reform »viel



POLITBÜROMITGLIED SCHAROWSKI gab gestern abend in Ostberlin, offensichtlich selbst von der Nachricht überrascht, bekannt, daß die DDR die Grenzen nach

Kohl: Polen-Reise ein Zeichen der Solidarität

Kanzler bekräftigt Bonner Position zur Grenzfrage / Besuch in Auschwitz kurzfristig verschoben

dpa. WARSCHAU. Bundeskanzler Helmut Kohl sieht seine Reise nach Polen auch als Zeichen der Solidarität mit den demokratischen Änderungen dort. Das sagte der Kanzler gestern abend bei einem offiziellen Essen zum Auftakt seines sechstägigen Besuchs.

Kurz nach der Ankunft in Warschau nahm Kohl Gespräche mit dem polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki auf. Anschließend traf er mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarität Lech Walesa zusammen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher unterzeichnete in dieser Zeit im Außenministerium in Warschau Protokolle über regelmäßige Konsul-

Wie der Sprecher des Auswärtigen Amtes Jürgen Chrobog versicherte, hat der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski sich gegenüber Genscher sehr zufrieden über die Entschließung des Bundestages vom Vortag geäußert. Darin war versichert worden, daß das Recht des polnischen Volkes, »in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch

in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird«.

Am Abend wiesen beide Regierungschefs auf die Bedeutung der deutsch-polnischen Aussöhnung hin. In Tischreden während eines Banketts verwiesen Kohl und Mazowiecki auf die Reformbewegungen in Ost- und Mitteleuropa und bekräftigten den Willen, einen Durchbruch zu erzielen.

Polens Ministerpräsident unterstrich, daß in der Frage der Oder-Neiße-Grenze alle Polen über die politischen Spaltungen hinweg zusammenstünden. »Es geht um die grundsätzlichsten nationalen Interessen: das Recht auf ein Leben in gesicherten, von niemandem bestrittenen Gren-

Kohl wiederholte Formulierungen aus seiner Erklärung zur Lage der Nation: »Wir können und wir wollen keine Rechtsposi-

tionen verändern.« Zu den Grundlagen der Deutschlandpolitik gehöre »das Festhalten an Buchstaben und Geist der Warschauer Vertrages in allen seinen Teilen«. Jeder wisse, »daß wir noch keinen Friedensvertrag haben«.

Mazowiecki warb um mehr wirtschaftli-che Zusammenarbeit. Beide Regierungschefs sprachen das Problem der deutschen Minderheit in Polen an.

Trotz der teilweise mühsamen Vorbereitungen war Kohls Reiseprogramm bis kurz vor der Landung der Kanzlermaschine auf dem Warschauer Flughafen unklar. Nachdem der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, der Delegationsmitglied ist, Einspruch gegen den geplanten Auschwitzbesuch Kohls am Samstag, dem jüdischen Sabbat, eingelegt hatte, findet dieser Besuch wahrscheinlich erst am Dienstag statt.

Heftiger Streit um DDR-Flüchtlinge

Schmalstieg: Übersiedlerwelle stoppen / Zustrom über CSSR-Grenze hält an

dpa. BONN. Bereits vor der überraschenden Nachricht von gestern abend, daß die DDR ihre Grenzen öffnet, bereitete (lie Unterbringung der DDR-Flüchtlingen in der Bundesrepublik immer größere Probleme. Gestern gab es erste Warnungen vor einem Stimmungsumschwung bei den Bundesbürgern. Auch gestern hielt der Flüchtlingsstrom über die CSSR unver-

Eine hestige Kontroverse lösten Äußerungen des Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages. Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (SPD), aus, einige Städte müßten die Aufnahme von Übersiedlern bald stoppen, weil die Reserven auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt erschönft seien. In dieser Situation müßten Gespräche mit der DDR geführt werden, um die sich abzeichnende Völkerwanderung in geordnete Bahnen zu lenken.

Nach Angaben des Bundesgrenzschutzes kamen his gestern vormittag über die

CSSR stündlich 250 DDR-Bürger. Bis zum Morgen warer innerhalb von 24 Stunden wieder mehr als 11 000 Menschen in die Bundesrepublik eingereist. Bundesweit wurden inzwischen etwa 140 Erstaufnah-melager mit 46 000 Betten eingerichtet. In vielen Bundesländern wird überlegt. Neuankömmlinge zunächst in Bunkern, unterirdischen Hilfskrankenhäusern, Containersiedlungen, Barackenstädten oder auf Wohnschiffen unterzubringen

Die Äußerungen Schmalstiegs rügte der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, als »politisch absolut gefährlich«, weil sie grundgesetzwidrig seien. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel (CDU), lehnte einen Einreisestopp für DDR-Bürger ab.

Schmalstieg sagte gegenüber der »Neuen Presse« (Hannover) auch, in Gesprächen erlebe er, wie »Unwohlsein, Neid, Aggressionen und Antipathie« gegenüber Überund Aussiedlern wachsen würden. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) appellierte an die DDR-Bürger, eine Ausreise sehr sorgfältig zu überlegen.

Rumänen müssen auch diesen Winter frieren

dpa. BUKAREST. Die Rumänen werden auch in diesem Winter, im siebten lahr in Folge, mit drastischen Strom- und Warmwassersperren leben müssen. Das wurde gestern in Bukarest bekannt. Danach sollen wegen des ständigen Energie-Engpasses die Wohnungen nur vier bis sechs Stunden am Tag geheizt 'werden dürfen. Heißes Wasser soll es nur drei Stunden täglich geben. Der Anschluß von elektrischen Heizungen wird wie in den Vorjahren wieder schwer bestraft. Sportveranstaltungen in der Halle werden bis zum Frühjahr ausgesetzt, Restaurants schließen schon um 21.00 Uhr, die Straßenbeleuchtung wird fast ganz abgeschaltet, und auch in den großen Hotels werden nur Glühbirnen von 20 Watt erlaubt sein.

THEMA DES TAGES

Die DDR öffnet sich

(ch). 28 Jahre lang hatten DDR-Bürger nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 warten müssen, um wieder mehr oder weniger ungehindert und frei von staatlicher Gunst in den Westen reisen zu können. Die Entscheidung Ostberlins von gestern abend, die Grenzen wieder zu öffnen, ist ein sensationeller Schritt in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte. Die SED-Genossen haben zugleich bewiesen, daß die Zeichen der Zeit an ihnen nicht vorübergegangen sind. Denn schließlich hatte Ungarn schon im Mai dieses Jahres mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs begonnen. Die neue Staats-und Parteiführung der DDR um Egon Krenz hat zugleich ihren Worten Taten folgen lassen. Immerhin wurde der nur wenige Tage alte, selbst von offiziellen Gremien als unzureichend kritisierte Entwurf eines Reisegesetzes gekippt. Die nächsten Tage müssen zeigen, ob die DDR-Bewohner dies als Beweis einer grundsätzlichen Anderung akzeptieren werden. Die Fluchtwelle als Ausdruck von Hoffnungslosigkeit könnte dann zurückgehen. Am personellen Ausbluten der DDR kann in beiden Teilen Deutschlands, wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen, kein Interesse bestehen.

Im Blickpunkt

Bahnfahren wird teurer

Die Bundesbahn erhöht zum 1. Januar ihre Fahrpreise um durchschnittlich 2,5 Prozent. Laut Bundesbahndirektion wird dann ein einfacher Fahrschein über 200 Kilometer Entfernung in der 2. Klasse um eine

VfB schaltet Bayern aus

Das Pokal-Schlagerspiel zwischen dem VfB Stuttgart und Bayern München wurde zu einem schwäbischen Hit. Mit einem 3:0 (1:0)-Erfolg katapultierten die Spieler von Trainer Arie Haan im mit 67 800 Zuschauern ausverkauften Neckarstadion den deutschen Rekordmeister aus dem DFB-Wettbewerb (Sport).

Becker ausgeschieden

Titelverteidiger Boris Becker ist beim mit 1.025 Millionen Dollar dotierten Tennis-Grand-Prix-Turnier in Stockholm im Achtelfinale ausgeschieden. Der Weltranglisten-Zweite aus Leimen unterlag dem Schweden Jan Gunnarson in einer Stunde und 43 Minuten mit 3:6 und 5:7 (Sport).

Frachter rammte Fähre

Beim Zusammenstoß zwischen einer Fähre und einem Frachter sind am späten Mittwochabend vor Helgoland drei Menschen getötet und acht zum Teil schwer verletzt worden. Die Unglücksursache ist unklar. Zur Zeit der Kollision herrschte in der Nordsee klare Sicht (Aus aller Welt).

Fahrradklau geht um

Immer mehr Fahrräder werden geklaut: 1988 wurden in der Bundesrepublik 331 259 Räder gestohlen (1,7 Prozent mehr als 1987). Allerdings wird nur jeder zehnte Fahrraddieb gefaßt, teilte der ADAC mit. Ein wesentlich positiverer Trend zeigt sich dagegen bei Kfz-Diebstählen: Hier sank 1988 die Zahl um 6.1 Prozent auf 69 552 Fälle

Wahlen in Kirchen

In den evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg finden am Sonntag Kirchenwahlen statt. Insgesamt sind 2,8 Millionen Gemeindeglieder zur Stimmabgabe aufgerufen (Baden-Württemberg).

Billionen für Wohnungsbau

In der Bundesrepublik fehlen bis zum Jahr 2000 mehr als fünf Millionen Wohnungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Die Forscher erwarten einen Baubedarf von 3.7 Billionen Mark, davon allein 1,9 Billionen Mark für den Wohnungsbau (Wirtschaft).

MIT MILITÄRISCHEN EHREN wurde Bundeskanzler Kohl gestern auf dem Warschauer Flughafen von Polens Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki begrüßt. Breite Bundestagsmehrheit billigt Rentenreform

Auch Beamtenversorgung neu geregelt / Nur die Grünen dagegen / Blüm sieht historische Stunde

dpa. BONN. Die ins nächste Jahrtausend Parlament und für die Rentenversichezielenden Reformen von Rentenversicherung und Beamtenversorgung sind gestern vom Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet worden. Nach Zustimmung durch den Bundesrat sollen die von CDU/CSU, SPD und FDP in mehrjähriger Vorarbeit gestalteten Gesetze 1991 in Kraft treten. Gleichzeitig nahmen die Abgeordneten auch Änderungen an der eigenen Altersversorgung vor. Nur die Grünen stimmten dagegen, weil sie die Gesetze für sozial unausgewogen halten.

Redner von Regierungskoalition und SPD-Opposition hoben in der siebenstündigen Debatte die Gemeinsamkeit bei der Reform der Alterssicherungssysteme hervor. Sie stellten die Gesetze als Kompromiß dar, betonten aber auch die teilweise Durchsetzung eigener Positionen. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) nannte es eine »historische Stunde für das

rung, daß wir dieses Reformwerk im Konsens gestaltet haben«.

Rudolf Dreßler (SPD) meinte, ein solcher Konsens von Regierungsparteien und Opposition könne »in einer auf Parteienkonkurrenz angelegten Demokratie nicht die Regel sein«. Hier sei die Ausnahme geboten gewesen, »weil es sich bei der Rentenreform um die Regelung eines der Grundtatbestinde des Sozialstaates handelt«.

Mit den Gesetzen sollen vor allem die sich aus dem wachsenden Anteil alter Menschen an der Gesellschaft ergebenden Finanzprobleme der Alterskassen gelöst werden. Die Regelaltersgrenze für Renten wird ebenso wie für Pensionen nach 2001 schrittweise auf 65 Jahre heraufgesetzt. Die Beiträge und der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung werden mittelfristig steigen. Die Renten werden künftig schwächer erhöht. Beamte können die Höchstversorgung von 75 Prozent künftig erst nach 40 statt bisher nach 35 Jahren erreichen.

An laufenden Pensionen und Renten ändert sich nichts. Lediglich durch Änderungen bei der Rente nach Mindesteinkommen können einige jetzige Rentner möglicherweise einen Zuschlag erwarten. Künftig sollen bei der Alterssicherung drei Kindererziehungsjahre angerechnet werden. Beamte und Rentner erhalten monatlich denselben Betrag. Abgeordnete sollen ihre Höchstversorgung von 75 Prozent künftig zwei Jahre später und damit nach 18 Jahren erhalten.

Ebenfalls gegen die Stimmen der Grünen haben die Bundestagsabgeordneten ihre Gehälter und Aufwandsentschädigungen gestern rückwirkend zum 1. Juli um 2,3 Prozent erhöht. Die Diäten steigen von 9013 auf 9221 Mark brutto im Monat, die steuerfreie Aufwandsentschädigung höht sich von 5155 auf 5274 Mark.

KOMMENTARE · **MEINUNG**

Das richtige Rezept

Von Gert Tigges, Bonn

Daß viele Köche grundsätzlich den verderben, stimmt zumindest nicht, wenn als Ergebnis zweijähriger Rezeptur- und Koch-Bemühungen diese Rentenreform serviert wird. Das Menü kann sich sehen lassen. Beteiligte und Betroffene können es sich zu Gemüte führen, ohne daß sie Gefahr laufen, daß ihnen dabei übel wird. Dabei haben die vereinigten Köche von CDU, CSU, SPD und FDP eher aus der Not eine Tugend zu machen versucht. Wären sie nur dem jeweils eigenen Trieb gefolgt, wäre kaum jene Stabilisierung der gesetzli-Alterssicherungssysteme dabei herausgekommen, auf die sich nun beitragszahlende Arbeitnehmer und Arbeitgeber, derzeitige und zukünftige Pensionäre sowie die Haushaltspolitiker des Bundes einrichten können.

Die Reformpräferenzen der einzelnen »Köche«, an denen während des zweijährigen Ringens um das richtige Rezept das Gericht einige Male fast gescheitert wäre, blieben unübersehbar. Dennoch ist eine hinreichende Übereinstimmung zustandegekommen, die ohnehin unvermeidbaren Folgelasten aus der demografischen Entwicklung der Bundesrepublik weitestgehend gleichmäßig zu ver-

Versicherte und ihre Arbeitgeber profitieren zunächst von konjunkturbedingter Beitragsstabilität, an die sich mäßig zunehmende Beitragslasten anschließen. Die Rentner sind durch Parallelität der Rentenzuwächse mit der Nettolohnentwicklung und dadurch geringere Zuwächse an den Stabilisierungskosten beteiligt, für die der Staat als Gewährsträger der gesetzlichen Rentenversicherung in eine nicht unerheblich höhere Zahlpflicht genommen

Dabei ist es eine Randerscheinung im igentlichen Sinn des Wortes, daß sich die oppositionellen Grünen nicht an der Rezeptur, schon gar nicht an der Zubereitung des Menüs beteiligten. In Zeiten volkswirtschaftlicher Sachzwänge lassen sich soziale Utopien nun einmal nicht durchsetzen. Aber in unmittelbarer Nähe dazu findet sich, was – auf Sicht – die Rezeptur zur Rentenreform im Wortsinn fragwürdig machen könnte. Versicherungsmathematiker bekommen vor dem Hintergrund des nun gebilligten Finanzierungskonzeptes zur Stabilisierung der Alterssicherungssysteme Magenbeschwerden, Unionspolitiker vor allem die bisherigen familienpolitischen Leistungen, die den Rentenversicherungsträgern aufgebürdet wurden, noch lange nicht als endgültige Erfüllung ihrer Bemühungen an-

Schon jetzt gibt es Modell-Rechnungen, die durchaus Zweifel an der Finanzierbarkeit der bisher beschlossenen familienpolitischen Leistungen aufkommen lassen. Diese Zweifel stellen nicht in Frage, daß die gestern verabschiedete Rentenreform das richtige Rezept für die Stabilisierung der Alterssicherungssysteme bei sinkender Zahl von Beitragszahlern und steigender Zahl von Rentenempfängern ist. Aber sie sollten als Alarmsignale funktionieren, die davor warnen, dem gerade stabilisierten System weitere Leistungen zuzumuten unterm trügerischen Eindruck einer überschäumenden Konjunktur und des numerischen Zuwachses junger Beitragszahler. Diese Faktoren rechnen sich nur, wenn für alle immer so viel Arbeit zu solchen Löhnen verfügbar ist, daß sich daraus steigende Belastungen der Rentenversicherungsträger durch neue familienpolitische Leistungen auch finanzieren lassen.

Deng Xiaopings Abschied in Raten

(eb) Er hat also doch noch wahrgemacht, woran so recht niemand mehr glauben wollte: Deng Xiaoping trat von seinem letzten hohen Amt in der Kommunistischen Partei Chinas zurück. Sein formeller Abschied als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist ein kalkulierter Schritt. Mit seinem Nachfolger auf diesem wichtigen Posten, dem KP-Chef Jiang Zemin, hat der 85jährige Deng noch zu seinen Lebzeiten eine Regelung in seinem Sinne mit-

Mit seinem Rückzug vom Chefposten der Militärkommission, der ihn zum faktischen Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte machte, verliert Deng Xiaoping indes nur ein Amt. In China bestimmen nicht Institutionen, sondern Personen und Loyalitäten die Politik. Deng Xiaoping wird weiter die höchste politische Autorität und die letzte Instanz bei wichtigen Entscheidungen in Peking sein, auch künftig hinter den Kulissen die Fäden ziehen. Der von ihm nach dem Militäreinsatz gegen die demonstrierenden Studenten im Juni dieses Jahres als neuer KP-Chef eingesetzte Jiang Zemin hatte bisher we-

der in der Pekinger Parteizentrale noch im Militär eine eigene Hausmacht. Offensichtlich wollte Deng mit seinem Schachzug die Position Jiangs stärken.

Deng Xiaoping gilt ungeachtet seiner unnachgiebigen harten Hand gegenüber regimekritischen Kräften und seinem militärischen Gewaltschlag gegen die Protestbewegung weiter als Garant der wirtschaftlichen Öffnungspolitik. So hat er immer wieder erklärt, daß China ohne Reformen keine Zukunft habe und auch die Tür zum Ausland nicht zuschlagen dürfe. Diese Leitlinie verteidigte Deng konservative Kräfte in der Führung. Doch gleichzeitig hielt der überzeugte Leninist an der »Diktatur des Proletariats« fest. Die Kommunistische Partei durfte in ihrer Monopolherrschaft nicht herausgefordert werden.

Nun machte Deng Xiaoping seine un-Rücktrittsankündigungen überraschend wahr. Sein Bemühen um den Aufbau eines Nachfolgers zeigt seine eigene Sorge vor der ungewissen Zukunft in Chinas Führungsspitze und die Furcht, seine konservativen Gegner könnten nach seinem Tod sein Vermächtnis von Reform und Öffnung wie-

MEINUNG DER ANDEREN

Keine Lösung

Die Neue Osnabrücker Zeitung kommentiert die Neubesetzung des SED-

Die Reaktion auf die Umbesetzung erhellt klipp und klar, daß die beiden Kernprobleme durch diesen Schritt noch nicht gelöst werden: Der Flüchtlingsstrom fließt unvermindert weiter, der Ruf nach Neuwahlen verstumnmt nicht, sondern wird noch stärker. Das Politbüromitglied Schabowski, jetzt einer der stärksten Wortführer der Erneuerer, hat dies erkannt. Aber seine verklausulierte Andeutung über mögliche freie Wahlen wird die Bürger nicht zufriedenstellen. Der Hinweis, das neue Wahlgesetz solle für die SED nicht selbstmörderisch sein, läßt Einschränkungen erwarten. Jetzt können nur noch völlig eindeutige Signale helfen. Krenz hätte den Mut haben sollen, wenigstens die verschiedenen politischen Gruppen nach polnischem Vorbild zu Gesprä-chen am runden Tisch einzuladen. In

Warschau hat diese Methode funktion niert. Nur die Bereitschaft, die Macht zu teilen, wird die SED davor bewahren, sie ganz zu verlieren.

Der Spuk ist vorbei

Die Neue Presse (Hannover) befaßt

Ein Gespenst feierte eine Nacht lang Wiederauferstehung in Bonn. Das leichenblasse Gerippe der sozialliberalen Koalition ging um, als die FDP der Union offen damit drohte, sich in der Debatte über die polnische Westgrenze auf die Seite der Sozialdemokraten zu schlagen. Der Spuk ist vorbei. Herausgekommen ist dabei immerhin eine ge-meinsame Linie von CDU/CSU, FDP und SPD zu Polen. Das ist gut so. Noch vor dem Gedenktag zum 1. September scheiterte dies an jenem Häuflein revan-chistisch Eingefärbter, die auch gestern partout nicht von Gebietsansprüchen an Polen lassen wollten. Diese 26 sind nun ausgegrenzt und stehen dort, wo sie hingehören: im Regen.

SCHWARZWÄLDER BOTE

Unabhängige Zeitung für Baden-Württemberg

Druck, Verlag und Herausgeber Schwarzwälder Bote KG – Seit 1835 im Besitz der Familie Brandecker (Erben) 7238 Oberndorf a. N., Postfach 1380, Telefon (07423) 78-0; Telex: 7628 14; Telefax: (07423) 78-73

Chefredakteur: Wilhelm Greiner.

Stelly, Chefredaktion: Dr. D. Jauch (Wirtschaft), K. Siegmeier (CvD), G. Wolf (Sonderaufg.).

Chefv. Dienst: J. Luz, H.M. Bihler; Politik: V. Borho, Dr. Ch. Huhle; Vermischtes: W. Widmann; Baden-Würt-temberg: M. Frädrich; Feuilleton/Wochenendbeilage: W. Hegeler; Sport: H. Brodbeck, P. Hertich; Motor u. Service: H. W. Wagner; Zentralred. Lokales; K. Friedrich (Ltg.). M. Fledler, W. Linzenich, E. Reutter, W. Roth, H. v. Specht. – Red. Stuttgart: W.D. Zöllner; Bonn: L. Tönshoff.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Ge-währ. Zuschriften an die Redaktion sollen grundsatzlich nicht persönlich adressiert sein.

Geschäftsführung: K. Dollinger. Verlagsdirektion: H. D. Stetter; Anzelgen: H.-L. Giebel: Vertrieb: A. Haaga.

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 44. - Erscheint werktäglich; einbezogen in das Abonnement ist die wochentlich beiliegende Illustrierte Fernseh-Zeitschrift IWZ. Zeitungsabbestellung nur bis 20. des Vormonats schriftlich an den Verlag mög lich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Ge-walt oder bei Störungen des Betriebes bzw. auf dem ersandwege, Arbeitskampf, Verbot usw. besteht kein Anspruch auf Kürzung bzw. Rückzahlung des Bezugageldes.

Neuer Schadensbericht: Der Wald stirbt weiter

Nur 47 Prozent noch gesund / Im Harz und Schwarzwald immer größere Lücken

dpa. BONN. Die Gesamtsituation bei den Waldschäden in den bundesdeut-schen Forsten bleibt nach Einschätzung der Bundesregierung weiterhin dramatisch. Wie aus dem gestern im Bundeskabinett beratenen neuen Schadensbericht hervorgeht, weisen 15,9 Prozent der Waldfläche mittlere und starke Schäden auf - 0,8 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Schwache Schäden wurden auf 37 Prozent der Fläche registriert. Nur 47,1 Prozent der Wälder – gegenüber fast zwei Drittel 1983 – sind ohne Schadensmerkmale und anscheinend gesund.

Ohne die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Verringerung der Luftschadstoffe, von denen Schwefeldioxid und insbesondere Stickoxide für das Waldsterben verantwortlich gemacht werden, wäre die Situation »noch schlimmer«, erklärte der parlamentarische Staatssekretär des Ernährungsministeriums, Georg Gallus (FDP), in Bonn. Leicht verbessert hat sich der Zustand von Fichte und Kiefer, unverändert sind die mittleren und starken Schäden bei der Tanne. Deutlich verschlechtert hat sich die Situation bei allen Laubbaumarten, darunter vor allem bei der Buche.

Regional ist die Entwicklung weiterhin unterschiedlich: Eine Verbesserung war lediglich im Saarland zu beobachten. Zugenommen haben die Schäden in Baden-Württemberg und Niedersachsen. So weisen die Wälder auf Bergkuppen und Höhenrücken im Harz, Fichtelgebirge und Schwarzwald immer größere Lücken auf. Der Wald löse sich hier »flächig« auf, berichtete Gallus. Problematisch bleibt die Gesamtsituation in Nordrhein-Westfalen,

Tausende Polen suchen Arbeit in der DDR

dpa. BERLIN/WARSCHAU. Tausende polnische Bürger haben sich einer Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN zufolge in den vergangenen Tagen in den diplomatischen Vertretungen der DDR in Polen über Möglichkeiten der Vermittlung einer Arbeitsstelle oder der Übersiedlung informiert. Wie der Leiter der Konsularabteilung der DDR-Botschaft in Warschau, Peter Krause, gestern erklärte, nennen sie als Gründe für ihre Entscheidung vor allem die Aussicht auf eine gute und interessante Arbeit im erlernten Beruf. Die polnische Nachrichtenagentur PAP schränkte allerdings ein, verhältnismäßig wenig Interessenten hätten die Formulare tatsächlich ausgefüllt und zurückgebracht. Die meisten Bewerber wollten nur einige Zeit in die DDR reisen.

USA wollen präsent bleiben

ap. WASHINGTON. Der amerikanische Verteidigungsminister Richard Cheney rechnet mit einer »Grundpräsenz« amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik auch nach einer deutschen Wiedervereinigung. Der Minister sagte gestern nach einer Europareise in Washington, dies gelte zumindest für die nächsten zehn bis 20 Jahre Danach sei eine Änderung vorstellbar Man wünsche ferner, daß es letzten Endes in Osteuropa »zu Selbstbestimmung und demokratischer Regierungsform« komme und die Sowjetunion auf Dauer »eine weniger feindselige, weniger bedrohliche Macht als in der Vergangenheit« werde.

Behördenchef abgelöst

DARMSTADT. Der wegen seiner Mitgliedschaft bei den Republikanern umstrittene Leiter der Ausländerbehörde des Kreises Offenbach, Haymo Hoch, ist von seinen Aufgaben entbunden worden. Das bestätigte gestern das Regierungspräsi-dium Darmstadt. Der 36jährige Regierungsdirektor, der im Frühjahr von der CDU zu den Republikanern übergetreten war, habe sich als Leiter des Ausländeramtes selbst »für befangen erklärt und sich nicht mehr in der Lage derangelegenheiten mit der notwendigen Objektivität zu bearbeiten«, teilte das Regierungspräsidium mit. Nach Angaben der Kreisverwaltung Offenbach wurde die Behördenleitung bereits einem anderen Beamten übertragen.

CSU meldet Bedenken an

rtr. BONN. Die CSU verlangt »wesentliche Änderungen« am Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein neues Ausländergesetz. Bayerns Innenminister Edmund Stoiher sagte der »Welt«, er rechne damit, daß es weitere Verhandlungen in der Koalition gebe, bevor die Vorlage ins Kabinett gehe. Der Entwurf enthalte in der derzeitigen Version »in hohem Maße« FDP-Vorstellungen. Auch die CSU sei für eine Novelle, aber nicht um den Preis, daß wesentliche Positionen der Union praktisch aufgegeben würden. Als geradezu provozierend kritisierte Stoiber den geplanten Familiennachzug. »Wenn hier ein Rechtsanspruch begründet wird, ohne dem Staat das Instrument der Steuerung und der Begrenzung zu geben, schaffen wir ein ungeheures Einwanderungspotential«, sagte der CSU-Politiker.

Journalist starb nach Attentat

dpa. BOGOTA. Der kolumbianische Journalist Jorge Enrique Pulido, der vor elf Tagen von einem mutmaßlichen Mordkommando der Rauschgiftmafia auf offener Straße durch Schüsse schwer verletzt worden war, ist am Mittwoch in Bogota gestorben. Damit sind innerhalb von einem Monat in Kolumbien vier Journalisten und zwei Verwaltungsangestellte einer Zeitung ermordet worden.

Rheinland-Pfalz, Hessen, in Bayern und Schleswig-Holstein.

Laut Gallus nimmt auch die Versauerung der Böden zu. Es wird befürchtet, daß bereits in vielen Waldökosystemen die Kalzium- und Magnesiumvorräte im Boden stark zurückgegangen sind und eine ausreichende Pflanzenernährung nicht mehr gewährleistet ist. Um einen Überblick zu gewinnen, ist eine bundesweite Erfassung des Zustandes der Waldböden eingeleitet worden. Von den etwa sieben Millionen Hektar Wald sind bisher 700 000 Hektar gekalkt oder gedüngt worden, um die Widerstandskraft zu verbessern.

Zurückgewiesen wurde vom Staatssekretär der von der Opposition erhobene orwurf, im neuen Bericht sei »Taschen-

spielertricks« angewendet worden, indem er sich vorrangig an den Schadstufen zwei bis vier der mittleren bis starken Schäden orientiere. Gallus betonte, die Aufnahmekriterien seien unverändert beibehalten worden. Neben diesen Schadensgruppen würden auch die Schadstufen null (keine Schäden) und eins (schwach geschädigt)

Grüne und SPD blieben gleichwohl bei ihrer Kritik, die auch von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und weiteren Umweltverbänden unterstützt wurde, die von »statistischer Schönung« sprachen. Wilhelm Knabe (Grüne) erklärte, mit 53 Prozent geschädigter Bäume liege das bisher zweitschlechteste Ergebnis nach 1986

Steuervergünstigungen für viele Vereine

Bundestag weitet Gemeinnützigkeit aus / Streit um Parteispenden-Amnestie

dpa. BONN. Der Bundestag hat das Vereinsförderungsgesetz nach mehrjährigen Vorarbeiten gestern verabschiedet. Danach bleiben die 65 000 Sportvereine in der Bundesrepublik bei Spenden steuerbegünstigt und erhalten von 1990 an klare Steuervorteile bei Vereinsumsätzen und -veranstaltungen. Der Kreis der steuerlich anerkannten gemeinnützigen Organisationen wird erweitert.

Dazu zählen Hundesportvereine, Kleintier- und Pflanzenzüchter, Karnevalsgesellschaften. Traditionsvereine der Soldaten, Schachclubs, Amateurfunk und Modellflug. Auch die übliche Altkleider- und Altmaterialsammlung gemeinnütziger Vereine wird umsatzsteuerbefreit. Alles andere, wie etwa Skatvereine, gilt weiterhin als nicht gemeinnützig.

Zu einer längeren Debatte kam es um die Vertrauensschutzregelung für Spender, die an Vereine oder Parteien gutgläubig spenden und später feststellen, daß die Spenden zweckwidrig verwendet wurden. In diesem Falle soll die einmal gewährte

Steuerbegünstigung nicht beim Spender zurückgezogen werden. Der Spendenempfänger soll dagegen selbst 40 Prozent Steuern auf den veruntreuten Betrag zahlen. Diese Regelung wurde im Gesetz aus Gründen der Rechtsgleicheit auch auf Spenden an politische Parteien ausgedehnt. Die SPD scheiterte in namentlicher Abstimmung mit der Absicht, diese Regelung solange zurückzuziehen, bis die alten Parteispendenverfahren ohne zusätzliche Amnestiewirkung abgeschlossen sind.

Mit dem neuen Gesetz, das mit der Steuerreform zum 1. Januar in Kraft treten soll, können Spender für mildtägige Zwekke künftig zehn (bisher: fünf) Prozent ihres Einkommens steuerlich absetzen, wie bislang schon Mäzene von Kultur und Wissenschaft. Die Pauschale für Übungsleiter von 2400 Mark pro Jahr wird ausgedehnt auf die nebenberufliche Pflege Alter. Kranker oder Behinderter. Eingeführt wird eine Freigrenze von 60 000 Mark bei der Umsatzsteuer für Gesellschaftsveranstal-

Ablehnung nur in Ausnahmefällen

Wortlaut der neuen DDR-Reiseregelung / Alle Grenzübergänge offen

dpa. BERLIN. Die regierungsamtliche besonderen Ausnahmefällen ange-Mitteilung zu den neuen Reiseregelungen der DDR hat folgenden Wortlaut:

»Wie der Regierungssprecher dem ADN mitteilte, hat der Ministerrat der DDR beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung der Volkskammer folgende Bestimmungen für Privatreisen und ständige Ausreisen aus der DDR ins Ausland mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt werden:

1. Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Versagungsgründe werden nur in

2. Die zuständigen Abteilungen Paßund Meldewesen der Volkspolizei-Kreisämter in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüg-lich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine stänige Ausreise vorliegen müssen. Die Antragstellung auf ständige Ausreise ist wie bisher auch bei den Abteilungen Innere Angelegenheiten möglich.

3. Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.

4. Damit entfällt die vorübergehende Erteilung von Genehmigungen in Aus-landsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalaus-weis der DDR über Drittstaaten.

Armut in der Bundesrepublik steigt

Wohlfahrtsverband: Mehr als sechs Millionen betroffen / Politiker gerügt

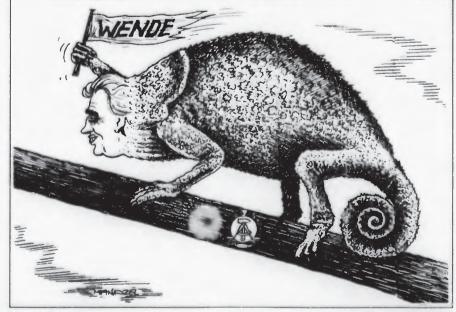
ap/dpa. BONN. Mehr als sechs Millionen Menschen in der Bundesrepublik oder zehn Prozent der Bevölkerung gehören zu den Armen. Vor allem seit 1980 sei diese Zahl rasant gestiegen. Zu dieser Feststellung kommt ein erster »Armutsbericht« des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, den dessen Vorsitzender Dieter Sengling gestern in Bonn vorlegte.

Der Bericht definiert Armut nicht nur finanziell als Einkommen 50 Prozent unter dem nationalen Durchschmitt, sondern bezieht Indikatoren wie Arbeit, Wohnung, Gesundheit, Bildung und soziale Einbindung mit ein. Danach gehören zu den Armen in der Bundesrepublik viele Langzeitarbeitslose, Kleinrentner, alleinerziehende Frauen, kinderreiche Familien, Ausländer, Flüchtlinge, Behinderte, psy-chisch Kranke, Obdachlose und Nichtseßhafte sowie nicht wenige Studenten.

Sengling rief dazu auf, bei allen Feiern zum 40. Gründungsjahr der Bundesrepu-

blik Rekordzuwächse ganz anderer Art nicht zu übersehen. Dazu gehöre eine Steigerung der Sozialhilfeempfänger seit 1980 um über 46 Prozent auf mehr als drei Millionen Menschen. Dabei beantragten überhaupt nur 48 Prozent der Berechtigten Sozialhilfe. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen sei seit 1980 um über 500 Prozent auf mehr als 680 000 gestiegen.

Sengling warf den Politikern vor, die Armut zu leugnen. Das wiederum ermögliche die Härten der Gesundhe viele chronisch Kranke und Behinderte, das »Aus« für Arbeitsloseninitiativen sowie Erhöhungen der Sozialhilfesätze weit unterhalb des Notwendigen. Es sei zutiefst ungerecht, wie mit den Armen umgegangen werde in einer Gesellschaft, die über ein jährliches Bruttosozialprodukt von mehr als 2,2 Billionen Mark verfüge. Diese Entwicklungen drückten zunehmende Kälte in einer Gesellschaft aus, die das Teilen offensichtlich verlernt habe.



Chamäleon Krenz

sb-Karikatur: W. Mandzel

Die Bundesrepublik wirkt wie ein Magnet

»Wanderungsgewinn« beweist den Erfolg eines Gemeinwesens / Aber kein Einwanderungsland

Von unserem Korrespondenten Harald Schultz

FRANKFURT. Die Trabis mit den DDR-Bürgern stauen sich an der tschechoslowakischen Grenze. Immer mehr Aussiedler schnüren ihr Bündel. Obendrein kommen viele Ausländer, die zwischen Flensburg und Berchtesgaden ihr Auskommen suchen. Die Bundesrepublik ist ein Magnet für Menschen aus aller Herren Länder. Der »Wanderungsgewinn« betrug 1988 rund eine halbe Million Menschen, so viel wie seit 1971 nicht mehr. Und 1989 wird er noch größer sein. »Für mich ist es ein außerordentliches Glück, daß so viele Menschen zu uns kommen«, sagt der frühere Hamburger Bürgermeister Hans-Ul-

Klose verweist auf den »Pillenknick« und erklärt, kämen die Zuwanderer nicht, »wären wir spätestens in 15 Jahren in ernsthaften ökonomischen und Versorgungsschwierigkeiten«. Er spricht sich dafür aus, die Bundesrepublik im Grundgesetz zum Einwanderungsland zu erklären. Dann könne der Zustrom durch Quoten geregelt werden. 1988 stieg die Bevölkerungszahl um ein knappes Prozent, weil der »Wanderungsgewinn« größer als das Geburtendefizit war, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden errechnet hat. Im vergangenen Jahr zogen etwa 900 000

Menschen zu, gut 400 000 zogen weg.

Das Bonner Innenministerium ist aber gegen eine offizielle Bezeichnung als Einwanderungsland. Die Bundesrepublik unterscheide sich stark von den klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada und Australien, weil sie keine riesigen unbesiedelten Gebiete und keinen Bedarf an speziellen Fachkräften habe. Wenn eine starke Zuwanderung ein Zei-

chen für den Erfolg eines Gemeinwesens ist, dann war die Bundesrepublik bisher ungeheuer erfolgreich. Die »Abstimmung mit den Füßen« hat sie gewonnen. In der DDR lebten zum Beispiel 1949 rund 18,8 Millionen Menschen, 1987 aber nur noch 16,7 Millionen. Für die Bundesrepublik dagegen registrierte die Wiesbadener Behörde von 1950 bis 1988 rund 24,8 Millionen Zuzüge und 16,1 Millionen Fortzüge. Über die Grenzen kamen also 8,7 Millionen Menschen mehr in die Bundesrepublik, als weggingen. Der »Wanderungsgewinn« nahm dabei allerdings ab: In den 50er Jahren betrug er rund drei Millionen, in den 60ern 2,7 Millionen, in den 70ern 1,8 Millionen und den 80ern einschließlich 1988 bisher 1,1 Millionen.

Gleichzeitig ließ auch die Auswanderung der Deutschen nach. Die jährliche Zahl ihrer Fortzüge sank von gut 100 000 in den 50er Jahren auf etwa 60 000 seit 1970. Nur ein Teil dieser Deutschen wandert auch tatsächlich aus. Viele gehen nach Angaben des Amtes nur für eine Zeit als Techniker, Entwicklungshelfer, Manager oder Studenten fort.

Seit 1945 kamen nach Angaben des Bun-

desinnenminsteriums rund vier Millionen Menschen aus der Sowjetischen Zone und der DDR in die Westzonen und die Bundesrepublik, vor allem in den 50er Jahren. Unmittelbar nach dem Krieg waren es rund 730 000, von 1949 bis zum Mauerbau 1961 knapp 2,7 Millionen. Seit 1962 schwankten die jährlichen Zahlen nur noch zwischen etwa 11 000 und rund 40 000. In diesem Jahr ist der Strom der Zuwanderer aus der DDR aber drastisch angeschwollen: Bis zum 5. November kagut 174 000 Übersiedler, mehr als bis zum Mauerbau am 13. August.

Ähnlich ist es mit den Vertriebenen und Aussiedlern aus den Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches und Osteuropa. Das Innenministerium schätzt ihre Zahl in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg auf zwölf Millionen, Laut Bundesausgleichsamt in Bad Homburg kamen dann von 1950 bis 1987 rund 1,4 Millionen. Jährlich waren es bis 1975 meist etwa 20 000, manchmal auch mehr; in den Jahren danach rund 40 000. Aber seit kurzem öffnen die Herkunftsländer ihre Tore weit: 1987 kamen knapp 80 000 Aussiedler, 1988 gut 200 000 und von Januar bis Oktober 1989 sogar 297 000, wie das Innenministerium errechnet hat.

Auch der »Wanderungsgewinn« bei den Ausländern wiederholte sich in fast jedem Jahr seit 1954, als sie zum ersten Mal gesondert in der Statistik auftauchten. Eine Ausnahme war nur 1967, als eine Konjunkturkise viele potentielle Gastarbeiter abschreckte. Laut Wolfgang Hirsch, Sachbearbeiter für Wanderungsstatistik in der Wiesbadener Behörde, war die Wanderungsbilanz bei den Ausländern wegen des

IMMER KNAPPER werden wegen des unaufhaltsamen Zustromes von DDR-Übersiedlern die Plätze in den Notaufnahmelagern der Bundesrepublik. In Bonn-Beul wurden deshalb in der Nacht zum Donnerstag 280 DDR-Flüchtlinge in einem eigens für Katastrophenfälle vorgesehenen unterirdischen Hilfskrankenhaus untergebracht.

Anwerbestopps auch von 1974 bis 1977 negativ, ebenso 1982 bis 1984 wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten und wegen des Rückkehrhilfegesetzes, das vor allem Türken nutzten. Seitdem stieg die Zahl der zugewanderten Ausländer aber wieder auf knapp 300 000 im Jahre 1988. Es sind

meist nachgeholte Familienangehörige. Hirsch zufolge lebten Ende 1988 rund 1,5 Millionen Türken in der Bundesrepu-

blik, knapp 600 000 Jugoslawen, gut 500 000 Italiener, fast 300 000 Griechen, knapp 130 000 Spanier und rund 70 000 Portugiesen. Platz bietet das Land aber auch 170 000 Polen, gut 150 000 Österreichern und fast 100 000 Niederländern. Nicht zu vergessen die jeweils rund 80 000 Briten und US-Bürger sowie die 70 000 Franzosen, ohne die stationierten Soldaten und ihre Angehörigen.

Kein Platz für die Kleinsten

Akutes Problem: Übersiedler-Kinder vor vollen Kindergärten

dpa. HAMBURG. DDR-Übersiedler mit kleinen Kindern werden in der Bundesrepublik gleich mit einem Mangel konfrontiert, den sie in ihrer alten Heimat nicht kannten: der akuten Knappheit an Kindergartenplätzen. Die vielen Kinder unter den Übersiedlern und Aussiedlern verlängern die ohnehin beträchtlichen Wartelisten der Kindergärten und Kindertagesstätten. In einigen Städten ist die Lage mittlerweile »dramatisch«. Dagegen haben die meisten Schulen bislang noch kaum Probleme mit der Verteilung der neuen Schüler, die auf hier gesunkene Schülerzahlen stoßen. Einige Bundesländer haben aber bereits mit einem Extra-Programm auf die Entwicklung reagiert, wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) ergab.

In Berlin, wo 1989 mit weit über 4000 Übersiedlerkindern bis zu zehn Jahren gerechnet wird, warten bereits 30 000 Kleine auf einen Betreuungsplatz. Der Senat verdoppelte den Starthilfe-Topf für private Eltern-Kinder-Tagesstätten auf 750 000 Mark jährlich. Es wird auch überlegt, bei Wohnungsneubauten kleinere »Kitas« gleich mitzubauen. In Wuppertal ist die Lage so dramatisch, daß in Sozialräumen der Übergangsheime zusätzliche Gruppen für Aus- und Übersiedlerkinder eingerichtet wurden. Fünf neue Tagesstätten sind im Bau,

acht weitere werden benötigt - doch das Geld fehlt.

In einigen Teilen der Bundesrepublik wird es bald auch an den Schulen eng. Allein Berlin braucht in den nächsten Jahren insgesamt 37 neue Grundschulen. Erforderlich sind 1695 weitere Lehrer, davon 560 für Übersiedlerkinder. Die nordrhein-westfälische Regierung beschloß vor wenigen Tagen, im nächsten Jahr 16 000 neue Kindergartenplätze und knapp 2000 neue Lehrerstellen zu schaffen. Das Kultusministerium geht davon aus, daß der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus der DDR im schulpflichtigen Alter bei 20 bis 25 Prozent liegt. Baden-Württemberg und Niedersachsen haben bereits je etwa 100 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt. Baden-Württemberg hat zudem auf die Streichung von 550 Stellen verzichtet.

Alle Schüler aus der DDR haben ein Problem gemeinsam: Sie haben als erste Fremdsprache Russisch gelernt und müssen jetzt den Englischstand ihrer jeweiligen Klasse nachholen. Aus Rheinland-Pfalz heißt es, daß die Schüler nach Möglichkeit Russisch abwählen und nun begeistert Englisch pauken. In Bayern suchen sie sich dagegen lieber ein Gymnasium mit Russisch. Für Aussiedlerkinder ist das Sprachproblem noch existenzieller: Sie müssen erst ein-

DDR macht Osteuropas letzte Betonköpfe nervös

Aber mit vergleichbaren Umwälzungen ist nicht zu rechnen / Vor allem Ceausescu bleibt hart Von unserer Korrespondentin Susanne Höll

WIEN. Noch vor vier Wochen war die Vorreiterländern Polen und Ungarn und DDR eine feste Stütze der Betonköpfe Osteuropas. Von dort über die Tschechoslowakei und Bulgarien bis nach Rumanien reichte die Achse der orthodoxen Kommunisten, die unbeirrt am Machtmonopol ihrer Parteien festhielten und politischen Reformen glatte Absagen erteilten. Die dramatischen Entwicklungen in der DDR sorgen nach Einschätzung westlicher Diplo-maten und Dissidenten nun für Nervosität bei den verbliebenen Orthodoxen, ohne daß jedoch mit vergleichbaren Umwälzungen in nächster Zeit zu rechnen ist.

Der Sturz Erich Honeckers und der Rücktritt der DDR-Regierung sowie des Politbüros sind in den Augen eines westlichen Diplomaten in Prag »Zeichen an der Wand« für das Regime von Parteichef Milos Jakes und Ministerpräsident Ladislav Adamec, die systemkritische Demonstranten ihres Landes regelmäßig von der Polizei auseinanderprügeln lassen. Noch gibt sich die Prager Führung gelassen: »Veränderungen hier erwarten wir nicht. Warum auch?«, lautete die lakonische Antwort von Außenamtssprecher Lubomir Marsik auf die Frage nach Konsequenzen in der

Für Vaclav Maly von der Bürgerrechtsorganisation Charta 77 ist die tschechoslowakische Führung zunehmend isoliert. »Sie werden nervöser«, meint er. Seine Mitkämpferin Anna Sabatova sieht das ähnich. »Aber nächste Woche wird die Regierung noch nicht fallen«, lautet ihre Ein-

Tatsächlich unterscheidet sich die Opposition in der CSSR von der in den

auch von der in der DDR. Weder gibt es eine starke Reformgruppe innerhalb der Partei, die nach ungarischem Vorbild einen Wechsel hin zur Demokratie bewerkstelligen könnte, noch eine organisierte Arbeiterschaft, die die Partei - wie in Polen – zu Zugeständnissen zwingt. Und der Widerstand in der Bevölkerung, der sich bei Aktionen auf dem Prager Wenzelsplatz immer wieder offen zeigt, hat noch nicht Massencharakter wie in der DDR.

Die Mischung aus traditioneller Passivität, hohem Lebensstandard und weitgehender Reisefreiheit hält den Zulauf zur Opposition nach Ansicht von CSSR-Aktivisten noch in Grenzen. Doch die »Macht des Volkes«, den Tausende DDR-Flüchtlinge mit ihren Ausreisen über Prag vorexerziert haben, wird in der CSSR bleibenden Eindruck hinterlassen, meinen Dissidenten und Diplomaten in Prag gleicher-

Auch Bulgariens Staats- und Parteichef Todor Schiwkow haben die Entwicklungen in der DDR beunruhigt, stellen westliche Diplomaten in Sofia fest. Während des jüngsten Umwelttreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Sofia ließ der mit 78 Lebens- und 35 Amtsjahren älteste Parteichef des Ostens die junge Oppositionsbewegung erstmals gewähren - wohl auch aus Furcht vor mehr Kritik des Westens. Die Umweltgruppe Öko-Glasnost ist zufrieden. »Bei uns herrscht jetzt Euphorie. Die Dinge können jetzt nicht mehr zurück gedreht werden«, befindet der Aktivist Krassimir Kanew.

Doch übertriebene Hoffnungen sollte man in die politische Reformfreudigkeit Veteranen Schiwkow nicht setzen, warnen westliche Diplomaten wie Dissidenten. Zwar sprach sich Schiwkow Ende Oktober außer für wirtschaftliche Reformen erstmals auch für »politischen Plura-lismus« und eine »bürgerliche Gesellschaft sozialistischen Typs« aus, doch die angekündigte Umgestaltung könnte sich als kleine Umbesetzung im Politbüro entpuppen. »Um Schiwkow herum gibt es eine Riege von Hardlinern, die fest im Sattel sitzen«, kommentiert ein Diplomat die La-ge in Sofia.

Bleibt noch Rumänien. Dort hat der ultra-orthodoxe Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu alles fest im Griff. Mit Hilfe seiner allgegenwärtigen Geheimpolizei Securitate erstickt der »Conducator« jegliche Opposition bereits im Keim. Auch die jüngste Umbesetzung in der Regierung, bei der Außenminister Ioan Totu zum Chef des neuen Amts für Planung und Versorgung gemacht und durch den früheren Sekretär des Zentralkomittees für Internationale Beziehungen, Ion Stoian, ersetzt wurde, werten Beobachter als weitere Machtgeste des rumänischen Herrschers.

Pointen

Vollkommen ist ein Kunstwerk, wenn nichts mehr weggelassen werden kann. Antoine de Saint-Exupéry

Ich bin keine Frau, die ihr Selbstbe-wußtsein aus dem Schwung ihrer Augenbrauen herleitet.

Alice Schwarzer Feministin



Was Kreisau für die deutsche Geschichte bedeutet / Kanzler Kohl und Polens Premier fahren hin

Von unserem Korrespondenten Volker Jacobs

WARSCHAU. Stalingrad war gefallen, in Sizilien stand die Landung der Alliierten bevor, als auf dem Gut Kreisau in Schlesien Männer unterschiedlichster sozialer. politischer und religiöser Herkunft nieder-schrieben, wie die Völker in einem befriedeten Europa zusammenleben sollten. Die Treue zur Nation müsse geachtet werden, schrieben sie. »Sie darf aber nicht zur politischen Machtzusammenballung, zur Herabwürdigung, Verfolgung oder Unterdrückung fremden Volkstums mißbraucht

Dieser Satz aus dem Protokoll des »Kreisauer Kreises« vom 14. Juni 1943 beschreibt die Bedeutung von Kreisau. Wenn Bundeskanzler Kohl und der polnische Ministerpräsident Mazowiecki dieser Tage nach Kreisau fahren, ehren sie damit Männer, die in der tiefsten Barbarei für eine gerechte Ordnung gekämpft haben. »Nun, da wir damit rechnen müssen einen Triumph des Bösen zu erleben . . . «, hatte Helmut lames Graf von Moltke schon 1940 geschrieben, »ist es wichtiger als je, sich liber die Grundlagen einer positiven Staatslehre klar zu werden.«

Das »Rittergut Kreisau, Nieder-Gräditz und Wierischau«, nach dem ein Gestapo-Beamter den zivilen Widerstandskreis um Graf Moltke benannte, hatte einst dem Schöpfer des preußischen Generalstabs, dem Sieger von Königgrätz und Sedan. Helmut Graf Moltke, gehört. Sein Großneffe machte es zum Treffpunkt eines Zirkels von Nazi-Gegnern, in dem sich Kirchenmänner wie der Jesuit Alfred Delp und Konsistorialrat Eugen Gerstenmaier, Sozia-

listen wie Carlo Mierendorff und Julius Leber, konservative Gutsbesitzer und Beamte zusammenfanden.

Manches, was in Kreisau niedergeschrieben wurde, war seiner Zeit weit voraus, etwa die Forderung nach Mitbestimmung im Betrieb. Vor allem aber die Hoffnung, die nationalen Gegensätze zu überwinden, um »die einheitliche Souveränität in Europa unter Überwindung aller einzelnen Souveränitätsansprüche« herzustellen. Von der »Lebensgemeinschaft der europäischen Völker« haben die Kreisauer schon 1942 gesprochen.

Darin liegt die Bedeutung des Kreisauer Kreises. Anders als die meisten der militä-Widerstandskämpfer dachten Moltke und seine Freunde über die Aufgaben der Zukunft nach. »Eine Restauration, eine bloße Rückkehr zum Rechtsstaat, genügte ihnen nicht«, schreibt der niederländische Historiker Cor van Roon. In ihrem kleinen Kreis nahmen sie zugleich vorweg, was erst nach dem Krieg eine Parteienland schaft prägen sollte, die sich grundsätzlich von der Weimars unterschied. Katholiken und Protestanten, national denkende Kirchenmänner und Sozialisten. Angehörige des Adels und Vertreter der Arbeiterpartei wuchsen zusammen, weil ihre traditionellen Gegensätze im Angesicht des Totalita-

rismus sekundär geworden waren. Die Kreisauer, fast ausschließlich Zivilisten, forderten den militärischen Widerstand wiederholt zum Putsch gegen Hitler auf. Die Ermordung des Diktators lehnten sie wohl überwiegend ab. Der Nationalsozialismus sei ein »System des Unrechts«, sagte Graf Moltke zu einem Freund, und »eine Erneuerung darf man nicht mit ei-

nem neuen Unrecht anfangen.« Viele Kreisauer haben die Nazi-Herrschaft nicht überlebt. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 kam die Gestapo auch diesem Widerstandskreis auf die Spur. Moltke selbst, die Sozialdemokraten Adolf Reichwein und Julius Leber, der Jesuitenpater Alfred Delp und andere star-ben auf dem Schaffott. Einige Mitglieder konnten nach dem Kriege noch wichtige Aufgaben übernehmen. Eugen Gerstenmaier wurde Bundestagspräsident. Hans Lukaschek wurde einer der Gründer der CDU und der erste Bundesvertriebenenmi-

Lukaschek war Schlesier. Den Sturm der deutschen Freikorps auf den von polnischen Freischaren besetzten Annaberg hat er 1921 mit geplant. Als er aber 1929 Oberpräsident von Oberschlesien wurde. setzte er sich so für die Polen ein, wie er sich früher für die Deutschen eingesetzt Manches, was Lukaschek und seinen

Freunden für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen vorschwebte, wird erst jetzt mit dem Besuch des Kanzlers Wirklichkeit, und auch dann vielleicht nur unvollkommen. Die Kreisauer forderten ein »Minderheitenrecht«, »die vollkommene Gleichberechtigung der Volksgruppen«, ihre »kulturelle Autonomie«. Erst wenn diese Forderungen verwirklicht sind, so heißt es in einem Papier des Kreises vom November 1943 »würde damit eines der besonders für die europäische Friedenssicherung vitalsten Probleme seiner Lösung zugeführt werden können«.



DAS SCHLOSS der Grafen Moltke im schlesischen Kreisau ist ein symbolträchtiger Ort für die deutsche Geschichte. Das Gebäude selbst ist vom Verfall bedroht, das Gut heute stuatliches Landwirtschafts-Kombinat. Bundeskanzler Kohl und Polens Ministerpräsident Mazowiecki werden den historischen Ort dieser Tage besuchen.

Lufthansa-Chef landet auf dem Boden der Tatsachen

ap. DÜSSELDORF. Der Vorsitzende der Deutschen Lufthansa, Heinz Ruhnau, hat sich für eine Einstellung von Inlandsflügen und für deren Ersatz durch Bodenverkehrsmittel ausgesprochen. Nach einer Mitteilung der SPD-Fraktion im nordrheinwestfälischen Landtag nannte Ruhnau bei einer Diskussionsveranstaltung der Partei eine derartige Verlagerung angesichts des überlasteten Luftraumes als ein Gebot der Stunde. Ein Lufthansa-Sprecher präzisier-. te, die Fluggesellschaft setze sich vor allem für die Einstellung von Inlandsflügen auf extrem kurzen Strecken ein. Als Beispiel nannte er die Verbindungen Nürnberg -Frankfurt und Stuttgart - Frankfurt.

Visa-Karte für 35 DM

rtr. STUTTGART. Der gewerkschafliche Auto Club Europa (ACE) bietet seinen über 500 000 Mitgliedern in Zusammenarbeit mit der Frankfurter BSV-Bank und der Kartenorganisation Visa eine eigene Kreditkarte an. Die »ACE Visa Card« koste 35 DM jährlich, teilte der Club in Stuttgart mit. Sie sei damit die derzeit preiswerteste Kreditkarte auf dem deutschen Markt.

Versicherung untergebuttert

dpa. BONN. Mit Unbehagen beobachtet die Versicherungswirtschaft das Angebot von Kreditkarten mit Versicherungsschutz. Auf der Jahreshauptversammlung des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft in Bonn sagte Präsident Georg Büchner, wo der Versicherungsschutz dem Hauptprodukt zum Einheitspreis beigepackt werde und der Kunde kein Wahlrecht habe, da werde die Versicherung »untergebuttert«. Büchner bemängelte, daß die Versicherungsdeckung vielfach von der Benutzung der Kreditkarte und mitunter sogar von der Höhe des Kartenumsatzes abhängig gemacht werde.



DIE STIMMUNG IN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT ist so gut wie schon lange nicht mehr. 50 Prozent der Unternehmen sehen die Konjunktur im Sonnenschein. 43 Prozent der Befragten gaben die Note

Wertpapierdepots teurer

dpa. BONN. Zum 1. Januar 1991 werden Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren entsprechend EG-Vorschriften umsatzsteuerpflichtig. Das Bundesfinanzministerium geht davon aus, daß höhere Depotgebühren seitens der Banken die Folge sein werden. Der Verzicht auf die Steuerbefreiung ist Teil eines Entwurfs zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, den das Bundeskabinett beschloß. Darin ist auch vorgesehen, daß das aus der Bundespost entstandene Telekommunikationsunternehmen Telekom vom 1. Juli 1990 an in drei Stufen in die Umsatzbesteuerung einbezogen wird. Die Telefongebühren bleiben bis zum steuert.

BÖRSEN-BAROMETER

Fest

An den deutschen Aktienmärkten sind gestern die Kurse überraschend kräftig um 1.5 Prozent gestiegen. Zur Vortageshausse von Bauaktien gesellten sich vor allem Konsumwerte. Die Zuwanderung aus der DDR habe Erwartungen geweckt, daß Kaufhäuser von einer steigenden Nachfrage profitieren könnten, erklärten Börsianer. Zinslockerungen in den USA stützten überdies den Markt fundamental ab, so daß auch Werte anderer Marktbereiche nach oben tendierten. Bei den Banken legten Commerzbank mit plus 8,50 auf 255 das kräftigste Tempo vor: angeblich sollen ausländische Aufkäufer am Werke sein. Obwohl Nixdorf einen hohen Verlust meldete, kam der Aktienkurs um sieben auf 321 DM voran. – Am Rentenmarkt stiegen die Kurse um 0,40 DM. Die Durchschnittsrendite sank auf 7,47 (7,50) Prozent.

In Stuttgart stiegen Boss Stämme um 80 auf 1310 DM. Heidelberger Zement legten 27 auf 1167 DM zu. DLW wurden mit 698 (plus 28) notiert und Traub mit 366 (plus 8) DM. Faz. 9, 11.: 623.07 (610.75) Dax, 9, 11.: 1462,96 (1441,79) Dow Jones, 8, 11.: 2623,36 (+26,23)

Zinssätze und Renditen

Diskont: 6,0 Prozent. Lombard: 8,0 Prozent. Finanzierungsschätze des Bundes: Ein Jahr 7.25 Prozent, zwei Jahre 7.50 Prozent Bundesschatzbriefe: Typ A (6 Jahre) Endrendite 7,36 Prozent, Typ B (7 Jahre) 7,50 Prozent. Bundesobligationen: Serie 86/89 (5 Jahre ab 20. 9. 89): Zins 7.00 Prozent, Ausgabekurs 99,20 Prozent, Rendite 7,20 Prozent.

Bis zum Jahr 2000 fehlen fünf Millionen Wohnungen

Ifo-Institut: Investitionen von fast zwei Billionen Mark notwendig / Bauhandwerk: Preise steigen

dpa/rtr. MÜNCHEN/BONN. Zur Dekkung des dringendsten Bedarfs müssen bis zum Jahr 2000 1,7 Millionen Wehnungen gebaut werden. Einschließlich der notwendigen Fluktuationsreserve und des Bedarfs an Zweit-, Ferien- und Freizeitwohnungen ergibt sich sogar ein Zusatzbedarf von 5,1 Millionen Wohnungen. Das hat das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, errechnet. In der Studie »Baubedarf Perspektiven bis 2000«, die für den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie erarbeitet wurde, gehen die Institute von einem Bestand von 26,3 Millionen Wohnungen im Jahre 1987 aus und einem Bedarf von 28 Millionen Wohnungen im Jahre

Der Erhaltungs- und Erweiterungsbedarf für den Bereich Wohnen wird auf dieser Basis bis zum Jahr 2000 mit 1,9 Billionen

DM beziffert. Die Untersuchung, die ursprünglich zur Jahreswende 1988/89 abgeschlossen wurde, ist vom Ifo-Institut wegen der überraschenden Aus- und Übersiedlerströme sowie neuerer Daten aus der Volkszählung im Wohnbereich aktualisiert worden. Kritisch äußern sich die Wirtschaftsforscher zur Polink der Bundesregierung, die zwar jetzt den Vorrang der Wohnungspolitik erklärt habe, aber zur Ankurbelung auf »größtenteils alte (nicht) bewährte Instrumente« setze.

Verantwortlich für die politische Kehrt-wende seien nicht nur die unerwarteten Aus- und Übersiedlerströme, sondern auch eine Fehleinschätzung der tatsächlich stattgefundenen Entwicklung und der Geschwindigkeit, mit der die »Selbstheilungskräfte des Marktes« wirksam werden können. Den gesamten Baubedarf bis zum Jahr 2000 einschließlich Verkehr, Wirtschaft, Energie und Umweltschutz, beziffert das Ifo-Institu auf 3,7 Billionen DM.

In der Diskussion um das Wohnungsdefizit würden Bedarfs- und Nachfrageschätzungen »wild durcheinander« geworfen, kritisieren die Forscher. Die tatsächlich geäußerte Nachfrage könne ganz erheblich vom Bedarf abweichen. Eine eihe individueller Wohnbedürfnisse unterer Einkommenschichten ließe sich nicht in kaufkräftige Nachfrage umsetzen. Deshalb sei es eher unwahrscheinlich, daß ein Wohnungsbauvolumen bis 2000 von 1,9 Billionen DM dazu führe, das Ziel einer »angemessenen Wohnungsversorgung« für breite Schichten der Bevölkerung »über ungesteuerte Marktprozesse« zu erreichen.

Trotz der steigenden Baunachfrage im Wohnungsbau wird die Auftragslage bei den Unternehmern des Bauhandwerks »lediglich als ausreichend« bezeichnet. Im öffentlichen Hochbau und im Straßenbau sei die Lage sogar unbefriedigend, teilte der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes in Bonn mit. Kapazitäten am Bau seien »also noch weitgehend vorhanden«. Zugleich räumt der Verband aber ein, daß sich »die leicht steigende Tendenz« der Baupreise im Wohnungs- und Gewerbebau fortsetzen werde, nachdem sich die Entwicklung auch im Oktober »leicht beschleunigt« habe.

Der monatlichen Erhebung des Verbandes bei seinen Mitgliedsfirmen zufolge stieg die Nachfrage im privaten Bau weiter an, ging aber in den öffentlichen Bausparten zurück. Die Bauproduktion sei im Oktober auf dem hohen Niveau des Vormonats geblieben. Fast alle Bauunternehmer klagten über den Mangel an Facharbeitern. Selbst Hilfskräfte seien für manche Betriebe nicht zu bekommen. Die Anwerbebemühungen bei Aus- und Übersiedlern seien vielfach »enttäuschend« gewesen.

Daimler gründet Dienstleistungsbereich

rtr. STUTTGART. Die Daimler-Benz AG faßt einen Teil ihrer Dienstleistungsaktivitäten in einem vierten Unternehmensbereich zusammen. Nach einem Vorstandsbeschluß soll der Bereich bereits ab Januar 1990 tätig werden, teilte die Konzernzentrale mit. Zum 1. Juli 1990 solle der Bereich eine rechtlich selbständige Gesellschaft werden. Geschäftsfelder seien die Bereiche Systemhaus (Datenverarbeitung), inanzdienstleistungen, Versicherungen, Handelsgeschäfte und Marketing Services. Die Übertragung weiterer Dienstleistungsaktivitäten werde noch geprüft. Vorsitzender des Unternehmensbereiches werde Manfred Gentz. Er werde den neuen Unternehmensbereich im Konzernvorstand vertreten und daneben bis zur rechtlichen Gründung des neuen Bereichs seine bisherigen Aufgaben als Personalvorstand des Konzerns weiterführen. Nach Schätzungen könnte der vierte Daimler-Bereich mit 3000 Mitarbeitern auf einem Umsatz von vier Milliarden DM kommen.

Geiger: Die Zeit läuft davon

rtr. BUDENHEIM. Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Helmut Geiger, hat sich erneut für die innerhalb seiner Organisation umstrittene Gründung eines gemeinsamen Spitzeninstitutes der Sparkassen ausgesprochen. Schon jetzt signalisierten die absehbaren Zukunftstrends mit dem zunehmend wichtigen Wertpapier- und Auslandsgeschäft »akuten geschäftspolitischen Handlungsbedarf«, sagte Geiger in Budenheim Landkreis Mainz-Bingen). Am zweckmä-Bigsten wäre es nach seinen Worten, wie vorgeschlagen, die Landesbanken in einem gemeinsamen Zentralinstitut aufgehen zu lassen. Dies wäre eine Antwort auf den wachsenden internationalen Wettbewerb und den zunehmenden Druck großer japanischer und amerikanischer Institute.

Kapazitätsengpässe in der Industrie

rtr. MÜNCHEN. Die Kapazitätsausnutzung des verarbeitenden Gewerbes ist im September auf 89,5 Prozent von 88,9 Prozent im Juni gestiegen. Nach den Ergebnissen des in München veröffentlichten Konjunkturtests des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung kommt es damit vermehrt zu Kapazitätsengpässen in den Industriebetrieben der Bundesrepublik. Die Auftragspolster von 3,1 Produktionsmonaten seien eine »gute Grundlage« für eine rege Produktionstätigkeit. Da auch im Export ein anhaltend positiver Geschäftsverlauf erwartet werde, würden die Firmen ihre Produktionspläne weiter expandieren. Mit einer Beschleunigung des Preisauftriebs in den nächsten Monaten rechneten die Betriebe trotz der guten Konjunktur aber nicht.

PERSONALIEN

Friedhelm Ost, 47, der ehemalige Sprecher der Bundesregierung, wird zum 1. Januar 1990 einer der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Bergbau in Bonn. Am 1. Juli 1990 soll Ost dann die Nachfolge des Hauptgeschäftsführers Karl-Heinrich Jakob, 65, antreten, der in den Ruhestand geht

Klaus Piltz, 54, bisher Finanzvorstand der Veba AG, Düsseldorf, ist mit sofortiger Wirkung zum Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens ernannt worden. Er wird damit Nachfolger des Ende Oktober verstorbenen langjährigen Konzernchefs Rudolf von Bennigsen-Foerder. Piltz gehört dem Veba-Vorstand seit 1975 an.

Helmut Ulke (56), seit April 1989 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der GmbH (Friedrichshafen/Mün-Dornier chen), ist in den Vorstand der Dornier-Mutter Deutsche Aerospace AG (Dasa), München, berufen worden. Ulke ist designierter Vorstandsvorsitzender von Dornier. Der Vorsitzende Johann Schäffler, zugleich auch stellvertretender Dasa-Vorstandsvorsitzender, übernimmt zum 31. Oktober den Geschäftsführungsvorsitz der Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Ottobrunn.

Harald R. Bruder, Vorstandsvorsitzender der Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG (SEN), Mannheim,, wird sein Amt zum Ende dieses Jahres niederlegen. Grund für sein »mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden einvernehmlich vereinbartes« Ausscheiden sei eine unterschiedliche Auffassung über die künftige Gestaltung des Unternehmens, teilte das Unternehmen mit. Bruder war in den vergangen Jahren wiederholt öffentlich gegen den SEN-Mehrheitsaktionär Klöckner Werke AG und dessen Vorstandsvorsitzenden Herbert Gienow, der seit Februar Aufsichtsratsvorsitzender bei Seitz Enziger Noll ist, aufgetreten. Unter anderem hatte er den schließlich gescheiterten Versuch der britischen APV-Gruppe unterstützt, sich bei SEN gegen den Widerstand von Klöckner einzukaufen

KURZ NOTIERT

Den Aktionären der Preussag AG, Hannover, sollen die neuen Aktien im Nennbetrag von 50 DM aus der Kapitalerhöhung zum Preis von 225 DM pro Stück angeboten werden. Ein entsprechender Vorschlag der außerordentlichen Hauptversammlung am 18. Dezember 1989 unter-

Die B. Gabelmann KG, Nagold, Hersteller von hochwertigen Polstermöbeln, wird zum Jahreswechsel von der Schieder-Mö-Schieder-Schwalenberg bel-Gruppe, (Nordhrein-Westfalen), übernommen. Gabelmann setzt in diesem Jahr mit 170 Mitarbeitern rund 38 Millionen DM um. Das Unternehmen werde, wie die Schieder-Holding betont, weiterhin selbständig am Markt agieren.

Thyssen kauft Otto Wolff

Kölner Stahlhandelsfirma war seit längerem im Trudeln

dpa. KÖLN. Die Otto-Wolff-Gruppe, Köln, wird an die Thyssen AG, Duisburg, verkauft. Das teilten gestern beide Unternehmen mit. Ein entsprechender Vertrag sei bereits unterzeichnet worden, dem das Kartellamt und der Thyssen-Aufsichtsrat noch zustimmen müssen.

Thyssen, mit 33 Milliarden Umsatz das achtgrößte deutsche Industrieunternehmen, hatte bereits im März dieses Jahres Interesse an einer Übernahme des Stahlhandelshauses Otto Wolff AG bekundet, doch war die Offerte damals von Hauptaktionär Otto Wolff von Amerongen und seinem Schwiegersohn Arend Oetker, Vorstandschef und Mitinhaber der Otto Wolff AG, abgelehnt worden.

Thyssen und Otto Wolff sind bereits seit Jahrzehnten durch Gemeinschaftsunternehmen wie Stahlwerke Bochum AG und Rasselstein AG verbunden. Dabei hatte sich Thyssen Vorkaufsrechte für den Fall gesichert, daß Otto Wolff an Dritte verkau-

Die hauptsächlich im Stahlhandel und Maschinenbau tätige Firma Otto Wolff war vor wenigen Jahren ins Gerede gekommen. »Mein Unternehmen ist kein Scherbenhaufen«, hatte sich der Firmenchef schon 1987 verteidigen müssen. Dem Konzern wurden unternehmerische Fehler angekreidet, für die Wolff allerdings nur zum Teil verantwortlich war: Der Kauf eines altertümlichen Stahlwerks in Texas etwa ein Abenteuer, für das Otto Wolff mit 270

Millionen DM büßen mußte, Verluste bei Bohrgerätelieferungen nach Übersee, Unregelmäßigkeiten bei französischen Mitarbeitern, Mißgriffe bei der Besetzung von Schlüsselpositionen im Konzern und der Konkurs der PHB Weserhütte AG. Otto Wolff von Amerongen - inzwischen

71 Jahre alt - hatte die Führung des Konzerns, der im vergangenen Jahr 3,12 Milliarden DM umsetzte, 1986 an seinen Schwiegersohn Arend Oetker übergeben und war in den Aufsichtsrat übergewechselt. Das Rezept, mit dém der Konzern wieder auf solide Füße gestellt werden sollte, hieß »Gesundschrumpfen«. Die Kölner stießen nacheinander ihr Sanitär- und Heizungsgeschäft, den Werkzeughandel und die Konzerntochter Wirth Maschinenund Bohrgeräte-Fabrik in Erkelenz ab.

Der gebürtige Kölner Otto Wolff, dessen Namenszusatz von Amerongen mit der ersten Ehe seiner Mutter zusammenhängt, war 1940 als 21 jähriger Gefreiter als Teilhaber in die väterliche Firma eingetreten. In den sechziger Jahren wandelte er das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft um und gab in den siebziger Jahren, rechtzeitig vor der großen Stahlkrise, die Stahlerzeugung an der Saar auf. Von 1969 bis 1987 war der glücklose Unternehmer Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Als Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, der er immer noch ist, hat sich Wolff große Verdienste um die Ost-West-Beziehungen erworben.

Nixdorf noch tief in roten Zahlen

Kooperation mit US-Firmen soll Wende bringen

dpa. PADERBORN. Die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Nixdorf Computer AG, Paderborn, schreibt weiter rote Zahlen. Ende September summierte sich nach Angaben von Vorstandsvorsitzenden Klaus Luft der Verlust auf 465 Millionen DM bei knapp 3,7 Milliarden DM Erlösen. Durch Technologiekooperationen mit den amerikanischen Unternehmen Tandem, Pyramid und Mips will Nixdorf den Weg aus der Verlustzone schaf-

Zu den immer wieder auftauchenden Berichten einer möglichen Übernahme seines Unternehmens sagte Luft gestern: »Die Frage der Übernahme, die immer wieder diskutiert wird, die können Sie heute vergessen.« Die Stammaktionäre hätten eindeutig erklärt, daß sie keine Gespräche

Wie der Verlust am Jahresende aussehen wird, wollte Luft noch nicht sagen. Für das einem Umsatzanstieg von fünf Prozent auf sei ein Mann, »der dienen gelernt hat«

Ackerm Aescula AEG

Div 8. 11. 9. 11.

5.6 Milliarden DM. Der Kostenanstieg sei inzwischen zum Stillstand gebracht. Allerdings gebe es, wie in der gesamten Branche, »dramatische Margenprobleme«. Die Aktionäre müßten, so Luft, noch etwas Geduld haben. Wenn Nixdorf seine Vorzugsaktionäre weder 1989 noch 1990 mit einer Dividende bedient, werden deren Aktien stimmberechtigt.

Nach Angaben von Luft lag im dritten Quartal der Verlust vor Ertragsteuern bei 168 Millionen (Vorjahr 98 Millionen) DM. Hierbei hätten sich Grundstücksverkäufe mit 31 Millionen DM sowie Vorratsabwertungen in erheblichem Umfang ausgewirkt. Im vergangenen Jahr konnte Nixdorf nur durch umfangreiche Grundstücksverkäufe noch einen Jahresüberschuß von 26 Millionen DM ausweisen.

Zu Spekulationen, wie lange er sich noch als Vorstandschef bei Nixdorf halten könne, sagte Luft, er klebe nicht am Vorstandssessel, »aber ich laufe nicht weg«. Er

Metalle (DM je 100 kg)

Gold London Dollar/Unze Gold Frankfurt Kiloberren Degussa Silber 1 kg.

Alle Preise und Kurse ohne Gewäh

upfer (DEL Wessing 58 (1. Stufe) Wessing 58 (2. Stufe)

tgart	DIV	0. 11.	9, 11,		0. 11.	3. 11.		
mann	9.0	217	220	Porsche 11.0	770	775	Dt. Babcock St \ \5.0	190,50
Jap qal	9,0	450 bG	450 G	Preussag 5.0	311	312	DSL	200,50
	2.4	233	243	Progress 6.0	281 bG	282,50	Didier 6.0	252,50
	10.0	641	665 G	RWE St A 8.0	298,50	312	Douglas 10,0	658
lentenanst B	7.0	2540	2540 G	RWE VA 8.0	250	257	Dyckerhoff St 8,0	691
lentenanst. C	7.0	2075 G	2070	Salamander 8.0	409	412,50	Dywidag 0.0	360 bG
lentenanst D	7,0	3300	3330 TG	SAP 12,5	1610	1602	Enka 9.38	415
Leben		2800	2895	Schri, againge 9.0	316	327	Escada VA 16.0	870
Versicherung		2005	2058	Schmaben Verlag 6,0	390 B	390 bG	FAG Kugeffischer 7.0	343 543
ier St A	0,0	330 TB	330 TB	Schwab Zellstoff 0.0	180 bG	190 bB	Feldmuhle Nobel 10,0	
ler VA	6.0	221.20	225 G	Schweizer Electronic -,-	405 bG	403	Felten 5,0	166 900
	3.50	205 bG	193	Sekt Wachenheim 10.0	1060 B	1060 B	Frankfurter Hypo 12,0	424
	4.0	645	665	SEL 2.5	308,50	319,50	Goldschmidt 12,0	478
werk		209	215	Siemens 11,0	528	545.50	Hamborner Bergbau 8,0	480 bG
Wurtt Bank .		612	614	Stg Backermuhlen . 0,0	201 bB	201 B	Harpener 12,5 Henke VA8.5	518
	12,0	265,50	268,10	Stuttg Hofbrau 14.5	830 TB	806 bG		700 T
	12.0	275.50	279	Stuttg Hofbrau VA 15.5	540 TB	540 700	Honninger 8,0 Hochtief 10,0	875
/A	12.0	620 bG	620 bG	Sudzucker	700 G	380 G	Hoesch	223.50
	10.0	528	575	Swd Salz 10,0	380 G 208.50	212	Holzmann 10.0	1000 bG
midmidron,	12.5	505	522	Thyssen 5,0 Traub 8.0	358	366 bG	Hombach VA 12.0	520 T
St A	1.00	1230	1310		400 G	402 G	Horten 6,0	280.50
VA	22.0	1180	1200 bG	Trinkaus 3,0	311	320	KB 8.0	221
re Cluss		405 G	405 G 811		167 TB	167 bB	IVG 7.0	560
Pr Decken		806 G	254.50	Ver Altenburger 0.0 VEW 7,0	172	177	Kali Chemie 12,0	710
nerzbank		244,50 644	654	Ver Fitz Giengen . 6.0	445	450 G	Kali+Satz0.0	220
er Doot		647	653	Viag 7,5	297	304	Karstadt . 9.0	561
	12.0	1400 G	1400 G	VW St 10.0	408	415.20	Kaumot 8.5	528
lacker	12.0	670	698	VW VA 11.0	333	339	KSB St 6.5	269
	10.0	322.50	326	Weinig	659.50	680 bG	KHD 0,0	164.50
	10.0	355 bG	366	Weru -,-	495 bG	521 bG	Nijockner 0.0	145
Petrolub VA	6.0	201 bG	203 G	Wolf Weil 0.0	160.50	160 bG	Kraft Pheinfelden 7,5	325 G
Petiolog VA	10.0	473	470	Württ Cattun 10.0	1200 bB	1180 TB	Lahmeyer 12.0	1051
lb Zement	8.0	1150	1167	Wurtt Elektro 8.0	338 G	340 bG	Linde 13.0	716
hst	12.0	262.50	264.50	Wurtt Fouer . 10,0	1410	1420	Linotype 13,0	677
Br .	0.0	145	144	Wurtt Hypo 12.5	670 G	670 G	MAN St. 65	332.20
chuch		160 bB	160 bG	Wurtt Leinen 15.0	3000 G	3000 G	Massa St. 10,0	262
KHOCH	7.0	270	278	WMF St 5.0	450.20	460	Metaligesellschaft . 8,0	441,50
icel	7.0	260	265	WMF VA 5.0	385 bG	398 TG	Ptatf 3.5	285
inschmidt	8.0	232	233.50	Wurtt -Bad Vers 20.0	2400	2420 G	Philips Kommunik 16.0	570
S Schule	5.0	432 bG	431.20	Zeag 12,5	537	552	Puma VA	336
g		635 G	650	Zeras Ikon 10.0	366 G	366 G	PWA 9.0	283
oerger	4.5	204	203			1	Fitheinelektra 12,0	1770
ansa VA		143	144	Frankfurt			Rhein Hypo 12.0	720 G
		358	352	Aach u Munchn Vers 12.5	950	840	Rheinmetall 9,5	362
esmann		225.10	229.50	ABB 12.0	625	640	Rosenthal 5,0	330
	6.0	420	420	Anzag 6.0	340	350	Rütgers 9,0	591
edes		515	519	Asko 15,0	720	730	Schering 12,0	725,50
	0.0	160	165,10	Bay Hypobank 12.5	362	372.30	Schmalbach 7.5	164
al Uberkingen	10.0	800 bG	810 bG	Bay Vereinsbank 13.0	348	355	Schneider 12,0	798
Meter	7.0	451	455 G	Berliner Bank 5.0	189	190	Schubert/Salzer 5.0	159,80
	6,5	585	585 G	Cassella 19.0	1201	1201	Spar 8,5	331
	16,0	370	388	Contigas 8.0	_	468,50	Springer 12,0	526
arwerke	7,0	318 bG	318 G	10 tinental 8.0	350	351,50	Varta 10.0	366
		0.0	240 50	10	38	35	VDO 6.5	273
orf VA	4,0	313	319,50	Co op 4,5 Degussa 10,5		467	Wella VA 9.0	590

slandsaktion	8. 11.	9, 11,	Investments	Ausg.	Rückn.		Ausg	Ruc
uisse	1500	1525		9. 11,	9. 11.		9, 11.	9.
io Am Corp	47,90	48	Adifonds	71.13	67.74	Hansa Int	45.18	43
n	39.90	40,10	Adijux	89.43	86.83	Hansarenta	44.68	43
	8.65	8.60	Adirenta	21.89	21.25	Hansasecur	46.02	43
se Manhattan	66.50	68.90		171.30	163,14	m-Fonds	121,40	115
rsier	37	37.50		179.71	171.15	desdi. II		74
-Geigy Inh	4210	4250		107.87	103.97	Industria		65
Pont	209.50	209 xD		119,47	116.56	Innenta	65.00	63
tman Kodak	78.10	78.70	Arideka		55.73		158.58	151
00	84	84	BW-Renta		44.92	Inter-Renta	35.25	34
rg Fischer PS	275 G	285 T	BW Wartberg		114.85	Int. Renten		77
St	14.25	14.30			40,31	Investa		65
J	82	83	Concentra			Plustonds		77
erai Motors	80.20	81.70	Dekafonds	54,08	51,38	Privationds		67
viett Packard	81	79	Dekalux		101,76		194.80	190
chi	1899	1840	Dekarent	32.98	32,02			32
	179,50	178.50	Dekaspezial	203,04	192,89	Renditrieka	33,70	
	32.30	33.30	Despa	88,34	83,93		189,45	179
		106,50	Difa	179,90	170,90		55,97	54
	105,50	9210	DIT-Eurozins	76,89	74,65		111,86	108
tle	9100		DIT-Rentenfonds		80,45	Ring Aktienfonds	38,05	36
	1255	1280	Eurorenta		85,41	dgl. Rentenfonds	45,45	43
etti St	10,60	10,60	Fondak	72.74	69,28		289,13	275
ps	41,40	42,50	Fondis	72,02	68,59	Transatlanta	29,65	28
di	4,20	4,20	Fondirent	80.63	78,28	Unifonds	32,60	31
eco 00e	92	92,60	Fondra	105.09	100.09	Unikapital	99,20	96
al Dutch	120,10	119,50	Ft. Amer	24.55	23.38	Unitux	81,00	78
doz PS	2220	2280	Ft. Nippon		120.54	Unirak	77,85	74
3. I respect to the last	4003	4085	Gerling Dyn		65.71	Unirenta	40,40	39
weiz Bankverein	377	382,50	Gerling Rendite	51.63	50.13	VermAuft Fonds.	124.66	118
y	106,50	107	Grundbesitz		72.72	VermErtr.Fonds	93.93	90
mson CSF		51	Grundwert	138.30	131.09	Zunch Bendite		51
ever		127,40	Oronowski,	,00,00	1.07,00	1 some state		
OX	104,10	104,90	Devisen-	und l	Noter	kurse		
Monssoheine					-		A1-1	

120,00 359,00 162,20 153,00

358 - 361 136,75 - 137,75 509,34 - 511,40 439 - 455 465 - 490 496 - 503

387,40 (386,95) 23 020,00 (22 890,00) EK 311,70 VK 321,60

Investments	Ausg. 9, 11,	Rückn. 9, 11.			Ausg. 9, 11.	Rückn. 9. 11.
Adifonds	71.13	67.74	Hene	a Int	45.18	43.65
Adilux	89.43	86.83		arenta	44.68	43.17
Adirenta	21.89	21.25		858CUT		43.83
Adiverba	171,30	163,14		nds		115.50
Agi Fonds 1	179.71	171.15				74.00
Allianz Inter-Rent	107.87	103.97		tna		65.01
Alkanz-Renten	119,47	116.56		ta	65.00	63.37
Arideka	58.66	55,73		plobal		151.03
BW-Renta	46.04	44,92		Renta		34.22
BW Wartberg	119,16	114.85		enten		77.68
Concentra	42.33	40,31		ta		65,71
Dekafonds	54.08	51.38		onds		77,32
Dekalux	104.81	101.76		tfonds		67.94
Dekarent	32.98	32.02		vrenta		190.03
Dekasoezial	203.04	192,89		ktdeka		32.72
Desoa	88.34	83.93		Bentak		179.97
Difa	179.90	170.90		180809		54.34
DIT-Eurozins	76.89	74.65		Bentex		108.50
DIT-Rentenfonds	82.46	80,45	Ring	Aktienfonds		36.32
Eurorenta	88.00	85.41		Pentenfonds		43.37
Fondak	72.74	69.28		aurus	289,13	275,36
Fondis	72.02	68.59		satianta		28.24
Fondirent	80.63	78.28		onds		31.03
Fondra	105.09	100.09		aprtal		96.75
Ft. Amer.	24.55	23.38		DX		78.57
Ft. Nippon	126,57	120.54		k		74.11
Gerling Dyn	68.66	65,71		enta		39.16
Gerling Bendite	51.63	50.13		-Auft Fonds		118.72
Grundbesitz	76.40	72.72		-Ertr.Fonds		90.22
Grundwert	138,30	131,09		h Rendite		51,40
Devisen-	und l	Noten	ku	rse		
Frankfurt		Devise	en		Noten	
9. November 1989)	Geld		Brief	Ankauf	Verkauf
1 US-Dollar		1.8	407	1,8487	1,78	1,86
1 Pfund Sterlin	a	2,9		2.934	2,83	3,00
1 ir. Pfund	o	2.6		2,666	2,56	2,73
1 kanad. Dollar	r		745	1,5825	1,52	1,63
100 holl, Gulden						89.65
		88,5	00	88,720	87,40	09,03
100 Schweizer Fr	ranken	88,5		88,720	112,25	115,25
	ranken		20	88,720		
100 Schweizer Fr	ranken	113,9	20 57	88,720 114,120	112,25	115,25
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc		113,9	20 57 10	88,720 114,120 4,777	112,25 4,63	115,25 4,85
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc 100 franz, Franc		113,9 4,7 29,4	20 57 10 15	88,720 114,120 4,777 29,5 70	112,25 4,63 28,60 24,60 25,60	115,25 4,85 30,40 26,40 27,40
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc 100 franz, Franc 100 dän, Kronen	n	113,9 4,7 29,4 25,7	20 57 10 15 55	88,720 114,120 4,777 29,570 25,835	4,63 28,60 24,60 25,60 27,60	115,25 4,85 30,40 26,40 27,40 29,40
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc 100 franz, Franc 100 dän, Kronen 100 norw, Kroner	n	113,9 4,7 29,4 25,7 26,6 28,6	20 57 10 15 55	88,720 114,120 4,777 29,570 25,835 26,775 28,845 1,3725	112,25 4,63 28,60 24,60 25,60	115,25 4,85 30,40 26,40 27,40 29,40 1,41
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc 100 franz, Franc 100 dän, Kronen 100 norw, Kroner 100 schwed, Kro	n nen	113,9 4,7 29,4 25,7 26,6 28,6	20 57 10 15 55 85 86 625	88,720 114,120 4,777 29,570 25,835 26,775 28,845	4,63 28,60 24,60 25,60 27,60 1,31 14,05	115,25 4,85 30,40 26,40 27,40 29,40 1,41 14,35
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc 100 franz, Franc 100 dän, Kronen 100 norw, Kroner 100 schwed, Kro 1000 ital, Lire	n nen ing	113,9 4,7 29,4 25,7 26,6 28,6 1,3	20 57 10 15 55 85 625 83	88,720 114,120 4,777 29,570 25,835 26,775 28,845 1,3725 14,223 1,592	112,25 4,63 28,60 24,60 25,60 27,60 1,31 14,05 1,52	115,25 4,85 30,40 26,40 27,40 29,40 1,41 14,35 1,64
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc 100 franz, Franc 100 dân, Kronen 100 nonw, Kroner 100 schwed, Kro 1000 ital, Lire 100 osterr, Schill 100 span, Pesete	n nen ing	113,9 4,7 29,4 25,7 26,6 28,6 1,3 14,1	20 57 10 15 55 85 625 83 82	88,720 114,120 4,777 29,570 25,835 26,775 28,845 1,3725 14,223	4,63 28,60 24,60 25,60 27,60 1,31 14,05	115,25 4,85 30,40 26,40 27,40 29,40 1,41 14,35 1,64 1,35
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc 100 franz, Franc 100 dän, Kronen 100 nonw, Kroner 100 schwed, Kro 1000 ital, Lire 100 osterr, Schill	n nen ing	113,9 4,7 29,4 25,7 26,6 28,6 1,3 14,1 1,5	20 57 10 15 55 85 625 83 82	88,720 114,120 4,777 29,570 25,835 26,775 28,845 1,3725 14,223 1,592	112,25 4,63 28,60 24,60 25,60 27,60 1,31 14,05 1,52 0,96 1,235	115,25 4,85 30,40 26,40 27,40 29,40 1,41 14,35 1,64 1,35 1,305
100 Schweizer Fr 100 beig, Franc 100 franz, Franc 100 dän, Kronen 100 norw, Kronen 100 schwed, Kro 1000 ital, Lire 100 osterr, Schill 100 span, Pesete 100 port, Escuido	n nen ing	113,9 4,7 29,4 25,7 26,6 28,6 1,3 14,1 1,5	20 57 10 15 55 85 625 83 82 59	88,720 114,120 4,777 29,570 25,835 26,775 28,845 1,3725 14,223 1,592 1,179	112,25 4,63 28,60 24,60 25,60 27,60 1,31 14,05 1,52 0,95	115,25 4,85 30,40 26,40 27,40 29,40 1,41 14,35 1,64

Fast zwei Milliarden vom Bund für das Verkehrsnetz im Land

sb/lsw. STUTTGART. Im Jahre 1990 wird der Bund dem Land Baden-Württemberg 1,942 Milliarden Mark für Verkehrsinvestitionen zur Verfügung stellen. Nach des Bundesverkehrsministe-Angaben riums entfällt der größte Teil des Geldes, knapp 814 Millionen Mark, auf den Ausbau der Bundesfernstraßen. Mit den Mitteln sollen hauptsächlich Um- und Ausbauten sowie Erneuerungen und Schallschutzmaßnahmen sowohl an Autobahnen als auch an Bundesstraßen finanziert werden. Mit einbezogen sind darin auch Vorhaben an Bahnübergängen zwischen Bundesstraße und Bahnstrecken, um an solchen Kreuzungspunkten die Sicherheit zu erhöhen. Zweiter Investitions-Schwerpunkt ist die Bundesbahn. Sie soll mit rund 693 Millionen Mark gefördert werden. Davon entfallen allein 289 Millionen Mark auf die Neubaustrecke Mannheim – Stuttgart und 121 Millionen in Ausbaustrecken. Rund 195 Millionen Mark werden in den kommunalen Straßenbau investiert. Der öffentliche Personennahverkehr wird mit 156 Millionen Mark gefördert. Für die Bundeswasserstraßen in Baden-Württemberg wurden knapp 62 Millionen, für den zivilen Luftverkehr 5,4 Millionen Mark bewilligt.

TERMINE

Die Liebenzeller Mission feiert vom 11. bis 13. November in Bad Liebenzell (Kreis Calw) ihr 90jähriges Bestehen.

Der Verband deutscher Kur- und Tourismusfachleute tagt heute in Freudenstadt.

Forderungspaket ist geschnürt: IG Metall auf Streiks vorbereitet

Überstunden abbauen / Mütter bis zu sieben Jahren freistellen

lsw. STUTTGART. Außer neun Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie der 35-Stunden-Woche will die IG Metall in Baden-Württemberg mit einem weiteren dikken Forderungspaket in die Tarifrunde 1990 gehen. Der Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Walter Riester stellte gestern erstmals den gesamten Forderungskatalog für die am 16. Januar in Sindelfingen beginnende Verhandlungsrunde vor. So will die IG Metall im Südwesten unter anderem erreichen, daß die Überstunden drastisch eingeschränkt werden. Die Forderung lautet konkret: »Reduzierung der tarifvertraglich möglichen Mehrarbeit auf maximal zehn Stunden im Monat«.

Arbeitsverträge in der baden-württembergischen Metallindustrie mit ihren eine Million Beschäftigten sollen in Zukunft »grundsätzlich unbefristet abgeschlossen werden«. Auch die Freistellung für Zeiten der Kindererziehung will die IG Metall in der anstehenden Tarifrunde regeln. So soll nach der Geburt eines Kindes eine unbezahlte Freistellung von sieben Jahren erfolgen. Der Arbeitgeber wird dabei zu einer Wiedereinstellungsgarantie auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz verpflichtet. Auch die Teilzeitarbeit will die IG Metall im Südwesten in der Tarifrunde »offensiv

Den Arbeitszeitrahmen für die 35-Stunden-Woche will die IG Metall auf maximal acht Stunden pro Tag, maximal 40 Stunden pro Woche und dabei von Montag bis Freitag begrenzen. Riester meinte vor Journalisten, ein Stop der weiteren Arbeitszeitverkürzung lasse sich auch aus der absehbaren Entwicklung der Übersiedler, die Arbeitsplätze suchten, »nicht verantworten«. In diesem Zusammenhang verwies er auch darauf, daß derzeit in Baden-Württemberg pro Woche 1,2 Millionen Überstunden geleistet würden.

Erstmals nahm Riester auf Fragen von Journalisten auch zu einer möglichen neuen Streiktaktik der IG Metall Stellung. Er könne sich durchaus vorstellen, daß es zu »zeitlich befristeten« Streiks kommen könnte, um Fernwirkungen auszuschließen. Derzeit schult die IG Metall in Baden-Württemberg 7500 ehrenamtliche Mitarbeiter, »um darauf vorbereitet zu sein, wenn am Verhandlungstisch keine Lösung zustande kommt«.

Scharf kritisierte der Gewerkschaftsfunktionär die vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans-Peter Stihl, ins Gespräch gebrachte Aussperrung auch außerhalb eines Kampfgebietes. Riester sprach von »Angriffsaussperrung«, die zu einem Konflikt führen könnte, »wie man ihn sich derzeit kaum vorstellen kann«. Der Stuttgarter Bezirksleiter nannte Stihls Vorschlag eine »Katastrophen-Strategie«. Die Arbeitgeber erinnerte er daran, daß es 1984 Bundeskanzler Helmut Kohl und Arbeitsminister Norbert Blüm waren, die eine Angriffsaussperrung



IN DEN SCHWÄBISCH-ALEMANNISCHEN HOCHBURGEN sind die Vorbereitungen für die Fasnet, – für sie ertönt vielerorts am 11. 11. der »Weckruf« – in vollem Gange. Die Maskenschnitzer haben Konjunktur, müssen doch noch viele Zunftmasken geschnitzt werden, so auch diese »Käser«-Maske, die Meister Ewald Wasmer aus Bernau im Schwarzwald in Arbeit hat. Foto: Rothermel

Evangelische Christen zur Kirchenwahl aufgerufen

Rund 2,8 Millionen Stimmberechtigte / In Baden darf erstmals mit 16 Jahren gewählt werden

evangelischen Christen in Baden und Württemberg sind am kommenden Sonntag zur Wahl aufgerufen. Rund 1,7 Millionen Stimmberechtigte in knapp 1400 württembergischen Kirchengemeinden bestimmen über die Zusammensetzung der neuen Landessynode, gleichzeitig sind etwa 12 000 Mitglieder der örtlichen Kirchengemeinderäte zu wählen. In 700 badischen Kirchengemeinden von 1,1 Millionen Stimmberechtigten werden 6200 Kirchenälteste gewählt.

Im badischen Landesteil ist der 12. November ein gewisser Einschnitt: Zum erstenmal sind dort auch die 16jährigen Gemeindeglieder wahlberechtigt. In Württemberg darf erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres gewählt werden. Während die Württemberger ihre 90 Mitglieder der Landessynode direkt wählen, wird in Baden die Synode indirekt gewählt: Ältestenkreise wählen die Bezirkssynode, diese dann ihre Delegierten in die Landessynode. In Württemberg müssen laut Kirchenverfassung 30 Synodale Theologen sein.

Die letzten evangelischen Kirchenwahlen fanden 1983 statt. Damals lag die Wahlbeteiligung in Baden bei 23 Prozent, wobei

sb/epd. STUTTGART/KARLSRUHE. Die allerdings in den Landgemeinden Beteiligungen von nahezu 90 Prozent erreicht wurden. In den Großstädten waren es nur 18 Prozent. In Württemberg wurde eine rund 30prozentige Stimmbeteiligung er-reicht. Auch bei der Kirchenwahl ist Briefwahl möglich.

Die beiden Bischöfe Klaus Engelhardt (Karlsruhe) und Theo Sorg (Stuttgart) haben zur Beteiligung an der Wahl aufgerufen. Engelhardt forderte insbesondere die jungen Gemeindeglieder auf, durch ihr otum die Entwicklung der Gemeinde mitzubestimmen. Für wichtig hält er, »daß die Gemeinschaft der Jungen mit den Älteren, der Frauen mit den Männern, der Einheimischen mit den Zugezogenen in den Gemeinden wächst« und die dafür verantwortlichen Mitarbeiter unterstützt werden. Sorg sieht in der Wahl ein weitreichendes Ereignis, bei dem die Verbundenheit mit dem Leben der Kirche zum Ausdruck komme und über die missionarischen, diakonischen und gemeindeaufbauenden Aufgaben entschieden werde.

War von Wahlwerbung für die künftigen Gemeindeleitungen öffentlich kaum etwas zu bemerken, so entwickelte die Wahl zur württembergischen Landessynode eine ge-

wisse Eigendynamik. Im Oktober mußte der »Krisenstab« für Beschwerden im Wahlkampf zusammentreten, nachdem es zwischen den beiden Gruppierungen »Offene Kirche« und »Lebendige Gemeinde« zu einer Kontroverse gekommen war. Die »Lebendige Gemeinde« hat in allen 26 Wahlkreisen einen Wahlvorschlag eingereicht, die Gruppierungen »Evangelium und Kirche« und »Offene Kirche« treten unter ihrem Namen in je elf Wahlkreisen allein an, in zwölf Wahlkreisen sind sie Listenverbindungen unter verschiedenen Bezeichnungen wie »Kirche für alle« oder »Evangelium heute« eingegangen. Für Wahlabsprachen mit dem Ziel, »die Macht der Evangelikalen zu brechen«, warb die »Offene Kirche« seit gut einem Jahr.

In der jetzigen Landessynode hat die eher konservative »Lebendige Gemeinde« eine hauchdünne Mehrheit: Von den 93 Mitgliedern des Kirchenparlaments werden ihr 47 zugerechnet. In der Gruppierung »Evangelium und Kirche«, die eine Mittelposition einnimmt, arbeiten 26 Synodale mit; zu der sich als »progressiv« bezeichnenden, besonders gesellschaftspolitisch und ökumenisch engagierten »Offenen Kirche« gehören 20 Synodale.

Weniger Transporte genehmigt

lsw. LUDWIGSBURG. In Baden-Württemberg werden deutlich weniger Lösemittelabfälle mit Chlorkohlenwasserstoff (CKW) transportiert. Die Genehmigungen hierfür seien »drastisch reduziert« wor-den, berichtete Umweltminister Erwin Vetter (CDU) vor der Industrie- und Handeslkammer in Ludwigsburg. Noch bis Juni dieses Jahres seien im Monatsdurchschnitt vor allem mit Zügen und Lastkraftwagen aufgrund vorhandener Genehmigungen etwa 820 Tonnen derartiger Abfälle zur Verbrennung auf hoher See transportiert worden. In den Monaten Juli bis September sei die Menge auf etwa 70 Tonnen pro Monat zurückgegangen.

Land rechnet mit 10 000 Übersiedlern Bundeswehr stellt weitere Betten bereit / Landtag befaßt sich mit Problemen lsw. STUTTGART. Auf Antrag der CDU- und erwünscht sei. Ziel dieser Bemühun-

Landtagsfraktion wird der baden-württembergische Landtag bei seiner nächsten Plenarsitzung am 23. und 24. November über die Deutschlandpolitik und die DDR-Flüchtlinge debattieren. Ministerpräsident Lothar Späth hat für dieselbe Plenarsitzung eine Regierungserklärung zur Wohnungsbaupolitik angekündigt.

Unterdessen gab das Innenministerium die aktuellen Flüchtlingszahlen bekannt. Seit dem Wochenende sind rund 50 000 DDR-Flüchtlinge in der Bundesrepublik angekommen, davon werden in Baden-Württemberg rund 10 000 erwartet. Gestern abend sollte ein Sonderzug aus Prag mit 726 Flüchtlingen in der Erstauffangstelle in Biberach/Riß eintreffen.

In der Plenarsitzung will die CDU-Fraktion dem Landtag einen Entschließungsantrag vorlegen, in dem es heißt: »Der Landtag von Baden-Württemberg erklärt seine Solidarität mit denjenigen, die in der DDR auf freie Wahlen drängen, wie auch mit denjenigen, die das Menschenrecht auf Freizügigkeit für sich in Anspruch neheigenständigen Reformprozeß dort zu un- am kalten Markt hat das Heer maximal 500 terstützen, wo diese Unterstützung gefragt Plätze geschaffen

gen müsse es sein, »den Menschen in der DDR eine Perspektive in ihrer angestammten Heimat zu eröffnen«. In einer zweiten Entschließung, die ebenfalls vom Landtag beraten werden soll, bekennt sich die CDU uneingeschränkt zur Verpflichtung des Landes Baden-Württemberg, den Menschen, die aus der DDR und aus Osteuropa kommen, zu helfen.

Im Innenministerium zeigte sich ein Sprecher sicher, daß auch der jetzige Ansturm von DDR-Flüchtlingen »mit größter Anstrengung« bewältigt werden kann. Immer öfter werden auch Kasernen der Bundeswehr als Erstaufnahmestellen für DDR-Übersiedler benutzt. Das II. Korps der Bundeswehr mit Sitz in Ulm teilte mit, daß seine momentane Kapazität mit 6000 Plätzen für Übersiedler derzeit erschöpft sei. Der Stab des II. Korps, das in Bayern und Baden-Württemberg Kasernen unterhält, prüfe laufend, wo über die bisher 30 Kasernen hinaus weitere Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Luftwaffe in Mosbach men.« Es komme jetzt darauf an, den stehen 240 Plätze zur Verfügung, in Stetten

Sturz in Bedeutungslosigkeit

lsw. TÜBINGEN/FREIBURG. Für die Landesstudios des Südwestfunks (SWF) in Tübingen und Freiburg befürchten die Personalräte einen tiefen Sturz »in die medienpolitische Bedeutungslosigkeit«. Wenn die Vorschläge des Wirtschaftsunternehmen McKinsey zur Neuordnung des Rundfunks im Südwesten von den Politikern verwirklicht würden, dann werde es viele populäre Sendungen der beiden Landesstudios nicht mehr geben, prophezeiten die Personalräte der beiden Studios in einer gemeinsamen Erklärung. In einem von der baden-württembergischen und rheinland-pfälzischen Landesregierung in gegebenen Gutachten hatte McKinsey die Fusion des SWF mit dem SDR empfohlen. Die Personalräte befürchten auch, daß ihre Studios bei Realisierung der Vorschläge zu »Befehlsempfängern« einer Stuttgarter Zentrale degradiert werden. Außerdem würden bis zu 30 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet.

Zahnärzte fürchten Konkurrenz

lsw. STUTTGART. Auf die Überversorgung der Bundesrepublik mit Zahnärzten hat die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart hingewiesen. Zu den jährlich 1000 zuviel ausgebildeten Zahnärzten in der Bundesrepublik kämen nun noch die übergesiedelten Mediziner aus der DDR, erklärte der Vorsitzende der Kammer, Ulrich Seeger, vor der Presse. Während die Bundesärzte-kammer überlege, Ärzte in die DDR zu schicken, meldeten sich hier die neuen Kollegen arbeitslos. Sie müßten an das Niveau der westdeutschen Zahnheilkunde erst angeglichen werden. Sie hätten weniger Erfahrungen beim Umgang mit Edelmetallen, könnten nicht mit den hochwertigen bundesdeutschen Geräten umgehen und fänden sich im Sozialversicherungssystem nicht zurecht, so Seeger. Nach einer sechsmonatigen Assistenz könnten sie eine Zulassung bei der Berufskammer beantragen. Doch dann müsse das »Bemuttern« aufhören.



DEUTSCH-DEUTSCHES INTERMEZZO im Gebrauchtwagenhandel. Bis zu 200 Mark verrechnen die Händler, wie hier in Weingarten (Kreis Ravensburg), für Trabis und Wartburgs. Es gibt aber auch viele Händler, die sich weigern, die ehemaligen Träume Foto: Schultes der DDR-Kraftfahrer in Zahlung zu nehmen.

High Tech im Miniaturformat

Modellbau-Ausstellung auf dem Killesberg / Auch viele Raritäten dabei

lsw. STUTTGART. Modellbaufans aus ganz Deutschland treffen sich auf dem Stuttgarter Killesberg. Hier wurde gestern die erste eigenständige Modell-bau-Ausstellung Baden-Württembergs eröffnet. Zu sehen sind Auto-, Flug-, Schiffs- und Eisenbahnmodelle in allen Größen. Viele Raritäten, wie zum Beispiel eine Sonderserie über die »Kindertage« des Modellfluges, gehören einem Kölner Sammler. Zu seinem Bestand zählt auch das älteste bekannte Preßluft-Flugmodell, Baujahr 1915, sowie das älteste Benzin-Flugmodell aus dem Jahre 1943 mit einer Spannweite von mehr als zwei Metern.

Der kleinste Dieselmotor der Welt, drei Gramm leicht mit 0,01 Kubikzentimeter, besteht die Anforderungen der Abgassonderuntersuchung ohne Probleme. Ferngesteuerte Rennwagen, Maßstab 1:4, rasen wärend der Ausstellungstage mit 70 Stundenkilometer durch Halle 4. Es geht um die Deutsche Rundstreckentrophäe. Sechs Nationen kämpfen um den Titel. Wer Lust hat, kann sich auch als »Trucker« versuchen. Mehr als 50 Lastwagen bis zum Maßstab 1:16 haben einen Geschicklichkeits-Parcours zu überwinden. Sensible Finger an der Fernsteuerung sind Vorausset-

Wem der Streß der Straße schon im Alltag reicht, der kann seine Aktivitäten auch auf das Wasser verlegen. Ein 300-Quadratmeter-Becken bietet genügend Platz für zivile Motorboot-Rennen oder Seeschlachten mit U-Booten, die wirklich tauchen können. Beim Deutschen Modellflieger-Verband kann das Publikum sogar selbst Hand anlegen: 150 Flugzeug-Nachbauten stehen zum Kopieren zur Verfügung.

Für Freunde der Raumfahrt gibt es ein 1:10-Modell der russischen Marssonde »Phobos« sowie zahlreiche Trägerraketen und ein 1:1-Modell des Mond-Autos »Lunar Rover«. »Es muß nicht immer Sperrholz sein«, sagte sich offenbar ein Modellbauer aus Fürth. Seine Flugzeuge aus Taubenfedern werden vom einem Gummi-Motor getrieben.

Rekordversuche gibt es bei der Modellban Süd in vielen Hallen, besonders bei den Modellfliegern: Es gilt, den Modellhubschrauber-Höhenrekord 2247 Meter einzustellen, den weltlängsten Flug eines Modell-Elektroflugzeuges von sechs Stunden und 49 Minuten zu überbieten oder das 395 Stundenkilometer schnelle Modell eines Düsenjägers einzuholen. Die Modellbau-Sud ist bis zum 12. November täglich von 9 bis 18 Uhr geöffnet.

Zusammenarbeit mit Südtirol

lsw. STUTTGART. Die autonome Provinz Südtirol und Baden-Württemberg wollen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung zusammenarbeiten. Dies haben der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth und der Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder bei einem Gespräch in Bozen vereinbart. Wie das baden-württembergische Staatsministerium in Stuttgart mitteilte, bestand zwischen Späth und Durnwalder Einigkeit darüber, die Erfahrungen in der beruflichen Bildung und die Infrastruktur des dualen Ausbildungssystems in Baden-Württemberg für den geplanten Ausbau des dualen Bildungssystems in Südtirol nutzbar zu machen. Geplant sei, Südtiroler Fachleuten aus der beruflichen Bildung Praktika in südwestdeutschen Berufsschulen und Firmen zu ermöglichen

Schuß traf die Ehefrau

Isw. BRÜHL (Rhein-Neckar-Kreis), Beim Hantieren mit einem Revolver hat ein 47jähriger Sportschütze in Brühl seine eigene Ehefrau erschossen. Wie die Mannheimer Polizei mitteilte, sei von einem Unglücksfall auszugehen. Nach Darstellung der Polizei hatten das Ehepaar und eine Bekannte am Unglücksabend reichlich dem Alkohol zugesprochen. Gegen den Ehemann werde wegen fahrlässiger Tötung und Vergehens gegen das Woffengesetz ermittelt. Er besitze zwar mehrere registrierte Walfen, der Revolver, aus dem sich der tödliche Schuß gelöst habe, set jedoch illegal erworben worden.



ROTTWEIL

Pflegegelderhöhung im Spital empfohlen

ser. Rottweil. Die Pflegegelder im Alten-und Altenpflegeheim der Stadt Rottweil (Spital) sollen auf Vorschlag der Verwaltung um drei beziehungsweise um sechs Prozent zum 1. Januar 1990 erhöht werden. Die Mitglieder des Verwaltungs- und Kulturausschusses nahmen den Vorschlag in nichtöffentlicher Sitzung am Mittwochabend zur Kenntis, fällten aber keinen Empfehlungsbeschluß an den Gemeinderat. Stadtkämmerer Nessler wurde beauftragt, den Verwaltungsvorschlag mit dem Heimbeirat des Spitals zu besprechen.

Letztmals erhöht wurden die Pflegegelder auf 1. Oktober 1988. Je nach Lage und Größe der Zimmer wurden folgende Sätze festgelegt: Einbett-Zimmer zwischen 51 und 54,50 Mark, Zweibett-Zimmer 47 Mark im Altenheim. Im Pflegeheim wird ein Pflegegeld von 80,90 Mark erhoben (zuzüglich Pflegezuschlag). Diese Sätze reichen bei weitem nicht aus, um die Kosten zu decken, der Zuschußbedarf ist von Jahr zu Jahr deutlich gestiegen: Waren es 1988 noch 491 934 Mark, so ist in diesem Jahr mit einem Abmangel von 661 163 Mark zu rechnen. Im Haushaltsplanentwurf 1990 steht ein Zuschußbedarf von rund 850 000 Mark. Damit es nicht soweit kommt, schlägt Stadtkämmerer Nessler eine deutliche Erhöhung der Pflegegelder vor, und zwar um sechs Prozent, im Altenheim dagegen um drei Prozent.

Geht dieser Vorschlag durch, dann gelten vom 1. Januar an folgende Pflegesätze: Im Altenheim Pflegegelder für ein Einbett-Zimmer (einfach) 52,50 Mark, für ein Einbett-Zimmer (mittel) 54 Mark, für ein Einbett-Zimmer (gut) 56,15 Mark. Das Pflegegeld würde 85,75 Mark betragen.

Am Wochenende wieder Rassegeflügelschau

sb. Rottweil. Der Geflügelzuchtverein Rottweil richtet am Samstag, 11. und Sonntag, 12. November, in der Festhalle Zimmern eine Vereinsgeflügelschau aus. Über 200 Enten, Gänse, Puten, Hühner und Tauben werden in ihrer Farbenpracht zu sehen sein. Mit einem originalgetreuen Modell eines Hühnerstalles wird dem Besucher vor Augen geführt, wie beim Züchter die Tiere artgerecht, in natürlicher Umgebung mit viel Freilauf, gehalten werden: Tierschutz und artgerechte Haltung sind für den Kleintierzüchter keine Fremdworte, wenn auch auf der Ausstellung die Tiere sich in kleinen Käfigen dem Besucher präsentieren müssen. Die Schau ist geöffnet am Samstag ab 14 Uhr und am Sonntag, von 9 bis 18 Uhr. Jedes Kind erhält ein gekochtes Ei aus biologischer, artgerechter Haltung. Für das Wohl der Besucher ist in jeder Hinsicht gesorgt; am Sonntag, nach der Kirche bis 12 Uhr steht ein Frühschoppenkonzert auf dem Unterhaltungsprogramm. Auf der größten Rassegeflügelschau der Welt, Anfang Dezember in Nürnberg werden sich vier Zuchtfreunde des Geflügelzuchtvereins Rottweil mit ihren Tieren der großen Konkurrenz stellen. Auch an der Kreisgeflügelschau des Kreisverbandes Schwarzwald in der Schloßhalle in Wurmlingen am 25./26. November werden sich die Mitglieder des GZV Rottweil beteiligen.

DDR-Übersiedler schon heute in Rottweil? Halle wird über Nacht Notaufnahmelager

Spanplattenbelag und Möblierung für Kreissporthalle / Mit 150 Personen wird gerechnet

ma. ROTTWEIL. Die Kreissporthalle ist keine Sporthalle mehr. Bis heute, 17 Uhr, muß sie als Notaufnahmelager für etwa 150 Übersiedler aus der DDR komplett eingerichtet sein. Das muß nicht bedeuten, daß die Aussiedler auch tatsächlich heute um 17 Uhr dastehen; möglicherweise treffen sie auch erst am Wochenende ein. Doch wann immer sie kommen: Vom Bett über den Schrank bis hin zum Zahnputzbecher wird alles bereitstehen, was der Mensch - vorübergehend und provisorisch - zum Leben braucht. Die Nachricht, daß nun auch Rottweil als Ziel auserkoren ist, erreichte das Landratsamt im Laufe des Donnerstagvormittag. Der Apparat lief an; um aus einer Sporthalle kurzfristig ein Einhundertfünfzigbett-Zimmer zu machen, muß vieles in Bewegung kommen – das rasch und gezielt.

fach möblieren. Also mußte Regierungsdirektor Walde vom Landratsamt sich unter anderem - die Finger wund telefonieren, mehr als 1000 Quadratmeter Spanplatten auf die Schnelle aufzutreiben. Damit galt es erst mal den Hallenbo-den zu belegen, dem naturgemäß nur Turnschuhe zuzumuten sind.

Das Rote Kreuz unterhält in Villingendorf ein Katastrophenlager mit Betten, Schränken, Tischen, Matratzen - bis hin zu Hygiene-Gebrauchsartikeln. Das Zeug muß »nur« in die Halle geschafft werden. Aber eben erst dann, wenn der Fußboden belegt ist und die Fugen zwischen den Platten verklebt sind. Mit anderen Worten: Um die Hilfsorganisa-

Eine Sporthalle kann man nicht ein- tionen und ihre Kräfte sinnvoll einzusetzen, bedurfte es erst mal eines Zeitplans, den die Verantwortlichen zunächst in der Halle, dann in abschließender Sitzung im DRK-Haus zuammenbastelten.

> Und der sah - vereinfach dargestellt etwa so aus: Eingesetzt werden Kräfte des Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehr. Sie werden angewiesen, sich auf Abruf in ihren Unterkünften aufzuhalten. Gegen 19 Uhr erfolgt der Transport der Fußbodenplatten von einer Rottweiler Firma Richtung Halle, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk packen nicht nur beim Transport zu, sondern vor allem auch beim Belegen.

Inzwischen machen sich Rotkreuzhelfer daran, das Katastrophenlager in Vi-lingendorf zu räumen und die Möbel auf Transportfahrzeuge zu verladen, die dann bereits eintreffen, wenn der neue Hallenboden verlegt ist. Nach einem Stellplan für Betten, Schränke, Tische wird dann möbliert, werden Betten bezogen und so viel wie möglich schon komplett gestaltet. Denn die freiwilligen Helferinnen und Helfer haben nur die Nacht zur Verfügung; die gilt es zu nutzen. Wenn der Zeitplan auch nur halbwegs einzuhalten war, hatte die Sporthalle noch vor Morgengrauen ein völlig neues Gesicht.

Selbstverständlich mußte auch an Veroflegung gedacht werden. Da ist in erster Linie der DRK-Verpflegungszug aus Oberndorf gefordert. Wenn die Flüchtlinge erst mal da sind, wird sich - so Walde – bald die Frage nach dem Ankauf von Fertiggerichten stellen. Ob die sanitären Einrichtungen der Situation gewachsen sind, muß sich noch zeigen. Aus der Sicht des Donnerstagabend haben alle Hilfsorganisationen optimal ge-arbeitet. Man steht jetzt »Gewehr bei Fuß«. Ob per Bahn oder Trabi: Sie können kommen. Für wie lange?

Vorarlberg mit Europas bestem Müllkonzept

BUM-, BUND- und Kreistagsvertreter aus der Region informierten sich vor Ort

ag. Rottweil. Den Anfang machte ein unger Magister. Der wollte, daß der Müllerg kleiner werde. Er kaufte sich einen alten Lastwagen, steckte viel Geld in Offentlichkeitsarbeit und sammelte in seiner Freizeit alles, was man heute schon wiederverwerten kann: Glas, Altmetall, Papier, Kunststoff, Öl. Gleichgesinnte unterstützten die gute Sache und errichteten private Sammelstellen. Lange schlangen wurden zu deren Markenzeichen. Die Medien wurden aufmerksam und die Volksvertreter, und der junge Magister bekam für sein Engagement den »Umwelt- und Naturschutzpreis« . . modernes Müllmärchen mit Happy-End? Für das österreichische Vorarlberg begann so der Weg zu »Europas vorbildlichstem Abfallkonzept«, wie die Landesregierung heute selbstbewußt definiert.

Stattliche Erfolge nach einem halben Jahr der Inbetriebnahme belegen die Leistung. Vertreter der Bürgerinitiative Umweltgerechte Müllpolitik (BUM), des BUND und des Kreistags aus den Landkreisen Tuttlingen, Schwarzwald-Baar und Rottweil haben die Herbstferien genutzt und sich vor Ort über das Vorarlberger Abfallkonzept informiert. Bereitwillig Auskunft gaben dabei Ingenieure des für die Abfallwirtschaft beauftragten Planungsbüros, die privaten Abfuhr- und Kompostierunternehmer und Vertreter der Landesregierung. »Die zunehmende Verknappung von Deponieräumen, von Energie und Rohstoffen . . . das starke Umweltbewußtsein . . . die scharfen Emissionsverordnungen«, war die Begründung vom politischen Lager, »zwingt zur Abfallvermeidung und Verwertung!« Dieser politischen Entscheidung folgten Versuche zu verschiedenen Abfuhrsystemen, ein Ingenieurbüro wurde für die Gesamtplanung beauftragt, beste-hende Systeme aktiviert und ergänzt

»das Konzept langsam mit echten Inhalten

Die erste und grundsätzliche Neuerung sei dabei die Gebührenordnung gewesen. Die Müllgebühr richte sich in Vorarlberg heute nach dem Müllaufkommen. Bis zu 40 Prozent Reduktion habe man damit bei Versuchen mit verschieden großen und teuren Säcken in Feldkirch erreicht. Geändertes Konsumverhalten und Abfallvermeidung, höhere Motivation zu sammeln und zu kompostieren waren die Gründe, aber auch Mülltourismus, Hausbrennung und wilde Deponierung. »Auch das gibt's«, klagt eine Abfallberaterin, »aber sollen wir wegen dieser schwarzen Schafe das ganze Modell verwerfen?« Mit Öffentlichkeitsarbeit, schärferen Kontrollen und detektivischen Nachforschungen geht man das Problem an.

Das Schlagwort der Abfallverwertung ist für die 325 000 Vorarlberger (nebst acht Millionen Übernachtungsgästen) seit einem halben Jahr zur Bürgerpflicht geworden. Laut Gesetz besteht für sie die Bringpflicht, Weiß- und Buntglas, Altmetall und Altpapier sauber getrennt zu den Sammelcontainern zu bringen. Das Containernetz wurde nach einer landesweiten Bedarfsplanung verdichtet und sei heute mit 400 bis 500 Einwohner pro Sammelplatz in Europa führend. Auch der Biomüll wird separat gesammelt und, wie der dann noch übrigbleibende Restmüll, von den privaten Abfuhrunternehmen in Säcken abge-

Der Biomüll wird mit den gehäckselten Gartenabfällen, auch sie werden separat abgeholt, im Kompostierwerk in Lustenau zu Kompost verarbeitet. Die Vermarktung an Großabnehmer und Privatkunden übernimmt das »Erdenwerk« der Abfuhrfirma. Absatzschwierigkeiten gibt es weder hier noch bei den Altstoffen, resumierte der Betreiber, lediglich der Erlös würde pen-

Regelmäßig werden in den 96 Gemein-

den Vorarlbergs Problemstoffsammlungen urchgeführt, größere Gemeinden haben stationäre Sammelstellen und öffnen ihre Pforten ein bis zwei Tage in der Woche. Batterien werden in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Läden gesammelt. Gute Informationsarbeit hat hier, so die Abfallberaterin von Lustenau, das Bewußtsein enorm geschärft. Und der zuständige Werbefachmann weiter: »Die Information ist inzwischen gut, jetzt muß die Motivation, das System anzunehmen, wirken.« Jahrelanges Verhalten müsse geändert werden. Wo bislang nur die motivierten Leute auf freiwilliger Basis mitsammelten, ist jetzt jeder verpflichtet, seinen Teil beizutragen. Höhere Verschmutzungen seien deshalb zunächst die Folge.

Mit Annoncenreihen, Mülltheater, Gewinnspielen (»Trennen ist Gold«) und besonders mit individueller Beratung geht man auf diese Probleme ein. Etwa eine Million Mark sei bisher für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben worden. Jede größere Gemeinde stellt einen Müllberater, der den Ursachen auf den Grund geht: In Gesprächen mit einer Hausgemeinschaft zur Gemeinschaftskompostierung, mit Tips zur Müllvermeidung am Telefon, einer Aus-stellung verschiedener Sammelbehältnisse für den Haushalt oder der Aufklärung vor Ort, daß Grünabfälle im Sperrmüll nichts

Seit einem halben Jahr läuft das Abfallkonzept, erste Früchte lassen sich ernten: In Neubauten wird die Trennung in der Küche schon eingeplant, die Schulkinder sammeln auf dem Schulhof und in den Klassen, die Gastronomie errichtet Kühlräume als Abfallumschlagplatz (eine Sammelleidenschaft, die sich auszahlt) und die Läden verzichten auf den Verkauf von PET-Flaschen und vergrößern ihr Recyclingangebot. Um 50 Prozent hat sich so die Müllmenge, die auf der Deponie landet, bislang reduziert. Das Ziel in Vorarlberg ist ein Rest von 30 Prozent.

SPD will Maßnahmen gegen Wohnraummangel

sb. Rottweil. Maßnahmen gegen den Wohnraummangel im Landkreis regt die SPD-Kreistagsfraktion jetzt in einer Anfrage an Landrat Manfred Autenrieth an. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Kreistagsfraktion, Dr. Winfried Hecht, schreibt dazu: »Es häufen sich die Feststellungen, daß geeigneter, preiswerter Wohnraum im Landkreis Rottweil zumindest punktuell Mangelware ist, was bestimmt nicht zu seinen Standortvorteilen zählen kann. Diese Situation wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch verschärfen, wenn in nächster Zeit auch bei uns vermehrt Aussiedler aus der DDR, aus Südostund Ost-Europa und aus der Sowjetunion sowie Asylsuchende unterzubringen sind. Man sollte sich darauf möglichst bald einstellen, um über den sozialen Wohnungsbau wirkungsvoll helfen zu können.« Welche Möglichkeiten, den Wohnraummangel zu bekämpfen - beispielsweise über die Kreisbaugenossenschaft – und was der Landkreis sonst zu unternehmen beabsichtigt, soll der Landrat möglichst bald dem Kreistag unterbreiten.

Das teuere Kleid war plötzlich weg

pz. Rottweil. Eine Frau interessierte sich am Mittwoch um 16.15 Uhr in einer Modeboutique in der Rottweiler Bruderschaftsgasse in Begleitung zweier Männer für ein Kleid. Da ihr das Stück aber anscheinend zu teuer war, probierte sie noch eine Jacke an, die aber nicht paßte. Ohne etwas gekauft zu haben, verließ das Trio, das nach Angaben der Polizei ein südländisches Aussehen hatte, das Geschäft. Hinterher stellte die Inhaberin fest, daß das inspizierte Kleid im Wert von 300 Mark verschwun-

Junger Wohnsitzloser terrorisierte Gäste

pz. Rottweil. Äußerst aggressiv bedrohte ein 21jähriger Wohnsitzloser die Gäste eines Lokals in der unteren Hauptstraße durch ein Fenster von außen, teilt die Polizei mit. Die Gäste wagten es nicht mehr, die Gaststätte zu verlassen und riefen die Polizei. Den Beamten gelang es zunächst, den betrunkenen jungen Mann zu beruhigen. Um 2.40 Uhr mußte sie jedoch wegen des aggressiven Mannes erneut in Einatz: Er hatte sich bei Bekannten in der Wohnung aufgehalten und diese offensichtlich grundlos angegriffen. Zwei Personen seien dabei verletzt worden. Bevor die Polizei am Tatort eintraf, flüchtete der Betrunkene, der allerdings den Beamten bekannt ist.

Wieder Beratungen nach Paragraph 218

sb. Rottweil. Der Kreisverband Rottweil der Arbeiterwohlfahrt nimmt vom November an wieder die Beratung nach Paragraph 218 auf. Dieser Bereich wird künftig von der Beratungsstelle der Arbeiterwohlfahrt und Pro Familia VS-Schwenningen mit abgedeckt. Um den Frauen aus dem Landkreis Rottweil weite Wege zu ersparen, werden Beratungen in Rottweil und Schramberg angeboten. Im Rahmen der Beratung cönnen auch Anträge bei der Bundesstiftung »Mutter und Kind« gestellt werden. Anmeldungen nimmt die Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Rottweil, Telefon 0741/80 81, entgegen.

Brillantes Tastenfeuerwerk

Klaus Mertens fasziniert mit seinem Klavier-Abend

Rottweil. Äußerst schwierige Stücke hatte sich der junge Pianist Klaus Mertens bei seinem Klavier-Abend im Festsaal der Gymnasien vorgenommen. Das erlesene Publikum verblüffte der ehemalige Schüler des Albertus-Magnus-Gymnasiums mit seiner kraftvollen Virtuosität und großen Fingerfertigkeit. Alle Werke wurden auswendig in brillanter Technik vorgetragen. Allerdings fehlte bei den meisten Kompositionen die innere Anteilnahme, manche Passage klang etwas zu mechanisch. Trotzdem erlebten die Zuhöhrer einen fesselnden Abend mit einem ungewöhnlichen Programm, das mit einer Anderung eingeleitet wurde.

Statt der Klaviersonate »Appassionata« interpretierte Klaus Mertens die sechs Bagatellen op. 126 von Beethoven. Diesen selten aufgeführten Zyklus gestaltete der Klaviervirtuose als einheitlichen Komplex in abwechslungsreichem Spiel. Beim einleitenden Andante fiel bereits der weiche Anschlag auf. Bei den schnelleren Sätzen, vor allem in den Presto-Teilen, holte der Interpret manchen Effekt aus den Pedalen heraus. Mit besonders inniger Empfindung gab er das Andante amabile der sechsten Bagatelle wieder.

Ein rasches Tempo schlug der Gast in der As-Dur-Polonaise von Chopin an. Trotz lyrisch empfindsamer Momente geriet diese Chopin-Interpretation etwas zu plakativ. Ganz in seinem Element befand sich Mertens bei der technisch vertrackten Fantasie »Islamey« von Ba-

lakirew. Hier vermochte er sein hervorragendes technisches Können im besten Licht zu zeigen. Diese wilde, dramatische Musik mit ihren leisen Momenten erzielte beim Publikum kräftigen Ap-

Mutig wagte sich der Musiker nach der Pause an Franz Liszt. Mit hohem Tempo überspielte er geschickt beim Mephistowalzer einige Unsicherheiten. bestach aber auch hier durch Brillanz und blendendes Virtuosentum. Sehr intensiv setzte sich Mertens dann mit der h-Moll-Sonate von Liszt auseinander. Es gelang ihm dabei, die Feinheiten der Partitur sorgfältig herauszuarbeiten. Den behutsamen Akkorden des Lento-assai-Beginns folgte der leidenschaftliche Ausbruch des Allegro energico. Hier entfesselte der Interpret ein farbiges Tastenfeuerwerk.

Dem Recitativo folgte mit dem Andante sostenuto ein besinnlicher Teil. Aufwühlend erklang erneut ein Allegro energico, das in eine äußerst rasch ange-schlagene Presto-stretta überging. Dieser Sonatenteil steigerte sich zum wilden Prestissimo, um dann von sansten Tönen aufgefangen zu werden. Bis zum langsamen Schluß gestaltete der Virtuodiese autobiographische Sonate einfühlsam und fesselnd, hielt die musikalische Spannung bis zum hauchzarten Verklingen durch. Herzlicher Beifall und ein Blumenstrauß waren der Lohn insgesamt überzeugenden Vortrages. Mertens revanchierte sich mit einer nur mit der linken Hand gespielten Zu-



RUF' DOCH MAL AN: Für diese Aufkleber ist es hier zwar noch zu früh, doch sie kommen bestimmt: Vier Telefonzellen der nicht ganz konventionellen Art flankieren - von einer Abdeck-Konstruktion gekrönt - den direkten Zugangsbereich zum Rottweiler Post-Neubau. Damit wird ein zusätzlicher Akzent gesetzt im optisch-räumlichen Vorfeld ausgesprochen gelungener zeitgenössischer Architektur. Die aus den vier Zellen bestehende Zweckkonstruktion ergibt gleichzeitig eine Art Portalsituation, die der großen Glaspyramide über dem Eingangsbereich des Gebäudes in gebührendem Abstand vorgelagert ist. Man darf sich wirklich freuen auf den immer näher rückenden Zeitpunkt, da der Rottweiler Post-Neubaukomplex seinen letzten Schliff erhalten hat. Wenn dann auch noch der »Möbelwagen« stehen bleibt.

UNABHÄNGIGE HEIMATZEITUNG

Einzelpreis 1,10 DM

Samstag/Sonntag, 11./12. November 1989

Ausgabe R 1 E 6238 A

Telefon 07423/78-0

VfB Stuttgart nach Sieg selbstbewußt: Keine Angst mehr vor dem FC Bayern (Sport)

Behörden suchen noch fieberhaft Unterkünfte

155. Jahrgang / Nummer 261

dpa. BONN. Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze durch die DDR hat sich das Flüchtlingsproblem in der Bundesrepublik weiter verschärft. Die bundesdeutschen Behörden bemühten sich gestern mit Hochdruck um zusätzliche Notunterkünfte in der ohnehin schon katastrophalen Unterbringungssituation.

Kirchen, Organisationen und Hilfswerke wollen weitere Betten bereitstellen. Auch die alliierten Streitkräfte, Österreich und Kanada boten ihre Hilfe an. Der Zivilschutz richtete in einer »Blitzaktion« bundesweit Schutzräume für die Aufnahme von Übersiedlern her. Die Länder griffen auf Hilfskrankenhäuser, Jugendherbergen, Turnhallen, Polizeischulen und -kasernen zurück.

Von den Tausenden von DDR-Besuchern, die gestern die offene Grenze für einen Besuch in der Bundesrepublik und Westberlin nutzten, wollen nach ersten Ankündigungen etwa zehn bis 15 Prozent in der Bundesrepublik bleiben. Gleichzeitig flüchteten weiterhin Tausende über die CSSR. In den vergangenen 24 Stunden bis Freitag früh trafen knapp 7650 Übersiedler in Bayern ein. In den Vortagen waren es allerdings jeweils rund 11 000 Flüchtlinge gewesen. Seit Öffnung der ungarischen Grenze am 11. September kamen mittler-weile etwa 130 000 DDR-Bürger.

Gleichzeitig registrierte Bayerns Grenzpolizei eine wachsende Zahl von DDR-Bürgern, die über die CSSR gekommen waren und nun in ihre Heimat zurückkehren. Seit dem vergangenen Sonntag gingen



JUBEL VOR DEM BRANDENBURGER TOR: Hunderte von Berlinern feierten in der Nacht zum Freitag auf und vor der Mauer im Westen der geteilten Stadt die Öffnung der Grenze durch die DDR-Regierung.

Mauer trennt Berlin nicht mehr – SED: Freie Wahlen

Deutsche aus Ost und West liegen sich in den Armen / DDR kündigt Öffnung weiterer Grenzübergänge an

dpa/rtr/ap. BERLIN. 28 Jahre nach dem Bau der Mauer hat die Öffnung der innerdeutschen Grenze einen unbeschreiblichen Ansturm von DDR-Besuchern nach Westberlin und in die Bundesrepublik ausgelöst. Bewegende Szenen bei den Begegnungen von Deutschen aus Ost und West prägten das Bild in der Nacht von Donnerstag auf Freitag und am gestrigen Tag. Die SED kündigte mit Abschluß der Krisensitzung des Zentralkomitees freie Wahlen an. DDR-Innenminister Friedrich Dickel zufolge sollen teils sofort, teils in den nächsten Tagen mehrere weitere Grenzübergänge zwischen Westberlin und dem Ostteil der Stadt sowie der DDR geöffnet werden.

Die SED kündigte gestern zum Abschluß brauch die Ordnung in den Grenzsperrge-ihrer dreitägigen ZK-Sitzung in Ostberlin bieten zu verstehen ist. freie, allgemeine und geheime Wahlen an. In jedem Stadium der Wahl müsse die »öffentliche Kontrolle garantiert« sein, hieß es in dem Aktionsprogramm der SED. Außerdem wurden vier erst am Mittwoch neugewählte Politbüro-Vollmitglieder und -Kandidaten abberufen, unter ihnen der am Vortag von der Parteibasis abgesetzte SED-Bezirkschef in Halle, Hans-Joachim Böhme, sowie der am selben Tag zurückgetretene Cottbusser Regionalvorsitzende Werner Walde. Parteichef Egon Krenz kündigte am Abend vor Zehntausenden in Ostberlin radikale Reformen mit freien Wahlen an. Die eingeleitete Wende solle zu einer »Revolution auf deutschem Boden

Innenminister Dickel sagte weiter, die DDR plane außerdem, auch mit der Bundesregierung »die Eröffnung zusätzlicher Grenzübergangsstellen an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik zu vereinbaren«. Ferner werde es eine »Vereinfachung des Grenzregimes an der Staatsgrenze zur BRD« geben, worunter im DDR-Sprachge- Freitag geradezu dramatische und chaoti-

Die neuen Reiseregelungen sähen vor. daß ab sofort alle Volkspolizeikreisämter die Anträge »kurzfristig entscheiden -»möglichst noch am selben Tag«. Gleiches gelte für »ständige Ausreisen«, so Dickel. Das Visum für Privatreisen werde in den Paß oder, sofern die Bürger noch nicht über einen solchen verfügten und die Reise sofort erfolgen soll, in den Personalausweis eingetragen.

Der Strom der Kurzbesucher über die offene Grenze, der am Donnerstag abend eingesetzt hatte, dürfte am Samstag und intag zum turhulentesten Wochenende der Nachkriegsgeschichte in Berlin führen - ein »Wochenende des Wiedersehens«, wie es in der Stadt hieß. Westberlin erwartet dazu auch zahllose Bundesbürger. Bis Freitag abend akzeptierten die DDR-Grenzbehörden in Berlin Personalausweis oder Paß ihrer Bürger - ohne das seit Freitag morgen acht Uhr vorgeschriebene Visum.

An den Grenzübergängen in Berlin spielten sich seit der Nacht von Donnerstag auf sche Szenen ab. Die Schlangen der Trabis, Wartburgs und Ladas stauten sich kilometerweit. Die West-Polizei schätzte die Zahl der heimkehrwilligen Kurzbesucher aus der DDR auf mindestens 100000. Die Beamten waren durch den Besucherstrom geradezu überfordert. An einigen Grenzübergangsstellen stellte die Polizei das Zählen der Besucher ein.

Tausende Westberliner empfingen die Menschen, die auch zu Fuß heranströmten, mit Jubelstürmen. Oft gab es Sekt und Blumen. Menschen fielen sich weinend in die Arme. Der 13. August 1961 - der Tag

Weitere Berichte über die Entwicklung in der DDR auf den Seiten 3, 5 und 6.

des Mauerbaus - war vergessen. Gefeiert wurde der 9. November 1989.

Auch an den übrigen Grenzübergängen Besucherwelle ein - allerdings nicht so stark wie in Berlin. Am DDR-Grenzübergang Hirschberg gegenüber Bayern warteten gestern abend tausende in einem 60 Kilometer langem Autostau auf die Einreise in die Bundesrepublik. In einer Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN war von insgesamt Zehntausenden die

Mehrere hundert Ostberliner durchbrachen gestern nachmittag unweit des Sektorenübergangs Bornholmer Straße im Bezirk Prenzlauer Berg die Sperranlagen zum Westen. Nach Augenzeugenberichten formierte sich der Zug aus einer mehrere hundert Meter langen Menschenschlange, die vor dem Kontrollpunkt auf ihre Abfer-

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Bewaffnete Grenzsoldaten versuchten vergeblich, die Menschen aus dem Grenzgebiet zum Kontrollpunkt umzuleiten. Der Menge wurden schließlich vorübergehend Schlupflöcher durch die Mauer zum West-berliner Bezirk Wedding geöffnet. Wenig später verzichteten die DDR-Grenzer an der Bornholmer Straße auf Visumsstempel im Personalausweis und winkten die War-

SED-Zentralkomitee proklamierte zum Abschluß seiner Krisensitzung die personelle und programmatische Erneuerung der Partei. Das ZK schloß der Nachrichtenagentur ADN zufolge die ehemaligen Politbüromitglieder Günter Mittag und Joachim Herrmann unter scharfen Rügen aus dem ZK aus. In einem Aktionsprogramm verlangte das ZK freie Wahlen, ein Koalitionsbündnis der SED mit den demokratischen Kräften der DDR, Demokratie in Staat und Partei und eine grundlegende Reform der Wirtschaft.

Mittag, bislang für Wirtschaftspolitik zuständig, und dem Medienverantwortlichen Herrmann warf das ZK »gröblichste Verstöße« gegen die innerparteiliche Demokratie und die Parteidisziplin vor. Gegen sie soll eine Untersuchung eingeleitet

Bulgariens Parteichef Schiwkow abgelöst

dpa. SOFIA. Der seit 1956 amtierende bulgarische Parteichef Todor Schiwkow ist gestern vom Zentralkomitee seiner Partei überraschend von diesem Posten entbunden worden. Das meldete die amtliche bulgarische Nachrichtenagentur BTA. Danach bat der 78jährige selbst um seine Entlassung. Der bisherige Außenminister Petar Mladenow wurde sein Nachfolger. Das Zentralkomitee hat dem Parlament darüber hinaus vorgeschlagen, Schiwkow auch als Staatsoberhaupt abzulösen. Die Ablösung Schiwkows kam ille westliche Beobachter in Sofia völli ul rraschend. Die ordentliche ZK-Sitzun »Weiterführung der bulgarischen Perestroika« beraten wollen, wobei Beobachter bislang praktische Folgen dieser Reformankündigungen vermißten. Erst vor wenigen Tagen hatte sich Schiwkow nach au-Ben hin noch an die Spitze der Reformbewegung gesetzt. Er hatte es bislang immer vermocht, seine Gegner auszuschalten.

THEMA DES TAGES

Signal der Solidarität

(tön). Die Entscheidung zur Unterbrechung seiner Polenreise, die den Aussöhnungsprozeß zwischen dem deutschen und polnischen Volk auf den Weg bringen soll, ist dem Bundeskanzler gewiß nicht leichtgefallen. In War-schau gilt es eine schwere geschichtliche Hypothek abzutragen. Aber der Platz Kohls war in dieser Stunde in Berlin. Die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus diente nicht nur der Kanalisierung der hohen Welle der Emotionen. Diese Demonstration war Signal der Solidarität, des geschichtlichen Bewußtseins, der politischen Verantwortung und nationaler Gemein-samkeit. Im Zufall des Terminkalen-ders liegt ein Stück Symbolik. Denn in den Tagen, in denen der freie Teil Deutschlands 50 Jahre nach dem Überfall auf Polen dem Angegriffenen die Hand entgegenstreckt zu Versöhnung und Hilfe, werden in der alten Hauptstadt Deutschlands die schlimmsten Folgen der kriegsbedingten Teilung überwunden. Der Prozeß der Reformen im anderen Deutschland, in anderen Ländern Osteuropas dient den Men-schen. Der Test auf die Bereitschaft zu weiteren Reformen einschließlich freier Wahlen steht der DDR-Führung allerdings erst noch bevor.

Im Blickpunkt

Sprit für Trabis

Die Mineralölgesellschaft Aral bietet ab sofort allen Trabi- und Wartburgfahrern aus der DDR den für ihre Autos erforderlichen besonderen Sprit an. Alle 3000 Tankstellen sollen in die Lage versetzt werden, das Zweitaktgemisch abzugeben.

Kirche will Frauenquote

In den Gremien der evangelischen Kirche sollen Frauen in Zukunft einen Anteil von 40 Prozent erreichen. Diese Zielvorstellung bejahte die in Bad Krozingen zu Ende gegangene Jahrestagung der EKD-Synode. Die Einzelkirchen wurden ersucht, die Hilfen für Frauen zu verbessern (Baden-Württemberg).

Kreisräte immer älter

In den Kreistagen haben die Angehörigen des öffentlichen Dienstes bei der Wahl vor drei Wochen ihre absolute Mandatsmehrheit noch etwas ausbauen können. Gleichzeitig hat sich das Durchschnittsalter der Kreisräte gegenüber der Wahl 1984 weiter erhöht. Der Frauenanteil ist nur leicht gestiegen (Baden-Württemberg).

Guter Bob-Auftakt

Der Essener Christian Schebitz und sein Bremser Leory Hieber sind glänzend in die neue Bob-Saison gestartet: In Altenberg in der DDR liegen sie nach zwei von vier Läufen im Kunsteiskanal auf Platz zwei hinter den Weltmeistern Hoppe/Musiol aus der DDR (Sport).

Spuk im Computer

Auch die Geisterwelt bedient sich inzwischen der technischen Kommunikationsmittel und macht sich per Tonband, Video und Bildschirmtext bemerkbar. Rätselhafte Stimmen-, Bild- und Texteinspielungen auf elektronischen Medien sind das Thema der Psi-Tage in Basel (Aus aller Welt).

Prozeß gegen Terroristin

Fast 14 Jahre nach dem spektakulären Terroranschlag auf die Opec-Kon-ferenz in Wien steht ab Dienstag in Köln die Frau vor Gericht, die an dem Überfall maßgeblich beteiligt gewesen sein soll: Gabriele Tiedemann ist wegen zweifachen Mordes und Geiselnahme angeklagt (Aus aller Welt).

Diesel wieder teurer

Die Fahrer von Dieselautos müssen sich nach Angaben des ADAC Nordrhein auf Preiserhöhungen um bis zu vier Pfennig je Liter einstellen. Die Preise für Dieselkraftstoff schwanken nach diesen Angaben derzeit zwischen 88,9 und 99,9 Pfennig pro

Kohl und Brandt zollen DDR-Reformen Respekt

Kanzler unterbricht seine Polen-Reise / Zehntausende bei Kundgebung in Westberlin

dpa/ap. BERLIN. Die Volksbewegung in der DDR kann nach den Worten des Ehrenbürgers von Berlin, Willy Brandt, ihre Erfüllung »nur in völlig freien Wahlen finden«. Die Landsleute in der DDR und in Ostberlin hätten sich ihrer Geschicke selbst angenommen, sagte der frühere Regierende Bürgermeister Berlins gestern bei einer Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg. Er appellierte an die Menschen in der DDR, an den Reformen mitzuwirken und sie nicht anderen zu überlassen. Brandt, der von den Zehntausenden auf dem Platz mit großem Beifall begrüßt wurde, sagte, die Zusammengehörigkeit der Berliner und der Deutschen manifestiere sich auf aufwühlende Weise.

Zuvor hatte Berlins Regierender Bürgermeister diejenigen, die sich mit dem Gedanken an ein Verlassen der DDR trügen, gebeten, jetzt zu prüfen, ob sie nicht doch mehr Vertrauen in den Prozeß der Erneuerung und der Reform in der DDR haben

könnten. Gegen das Volk könne in der DDR nichts mehr entschieden werden, das hätten die letzten Tage gezeigt.

Hans-Dietrich Bundesaußenminister Genscher (FDP) hob die Besonnenheit und Reife der Bürger in der DDR hervor, was die ganze Nation ehre. Der gleiche Respekt sei auch von westlicher Seite angebracht: »Wir wollen nicht die eine Bevormundung in der DDR durch unerwünschte Ratschläge von uns ersetzen.« Es gebe keine kapitalistische, keine sozialistische, sondern nur noch eine »auf Freiheit und Frieden verpflichtete deutsche Nation«

Bundeskanzler Helmut Kohl mußte sich mit seiner Rede immer wieder gegen Pfeifkonzerte durchsetzen. Er bezeichnete den 9. November als einen »großen Tag in der Geschichte der Stadt und in der deutschen Geschichte«. Kohl forderte dazu auf, klug zu handeln und radikalen Parolen und Stimmen nicht zu folgen. Es gelte, mit Bedachtsamkeit Schritt für Schritt zu ge-

hen. Es gehe für die Menschen in der DDR um das Recht auf freie Meinungsäußerung, freie Gewerkschaften, freie Bildung von Parteien sowie freie, gleiche und geheime Wahlen. Die DDR-Bürger seien dabei, sich diese Freiheiten selbst zu erkämpfen und »haben unsere volle Unterstützung«

Kohl unterbrach angesichts der Entwicklung in der DDR seinen Besuch in Polen. Er flog über Hamburg nach Berlin und setzte für heute eine Sondersitzung des Kabinetts in Bonn an. Dabei sollen die »notwendigen Sondermaßnahmen« angesichts der neuen Situation eingeleitet werden. Nach Telefongesprächen mit ausländischen Regierungschefs und möglicherweise auch mit SED-Chef Krenz will er heute nachmittag nach Polen zurückkehren.

Bundespräsident Richard von Weizsäkker erklärte, »die für uns Deutsche so bewegenden Stunden der letzten Nacht« zeigten, daß Freiheit auf Dauer nicht eingemauert werden könne.



IN BERLIN ist seit der Nacht zum Freitag nichts mehr wie zuvor. Auch wenn die Mauer noch nicht weg ist, wie die Schlagzeile einer Zeitung aus dem Westen der Stadt verkündete.

Berlin – eine Stadt liegt sich in den Armen

Nach der Öffnung der Grenze: Unbeschreibliche Freudenszenen mit Menschen aus Ost und West

Von unseren Korrespondenten R. Bahlburg, S. Kusidlo und T. Gehrke

durch? Eigentlich hätte det doch erst Morgen früh um neune losjehen sollen. Und nun kieken sie sich det an.« Der Volkspolizist hinter dem Absperrgitter am Übergang in der Invalidenstraße kann einem fast leid tun. Ein schier endloser Strom von Trabis mit blauen Zweitaktfahnen und jubilierenden Insassen zieht an ihm vorüber. Eine Menge von etwa drei- bis viertausend Westberlinern heißt die Ankömmlinge ent-husiastisch willkommen. Immer wieder werden Zigaretten durch die heruntergekurbelten Fenster ins Wageninnere gereicht und die Menschen von »drüben« zu einem Bier eingeladen.

»Als ich sechs war, wurde die Mauer gebaut, jetzt ist mein Junge hier sechs«, berichtet ein Mann von der Rücksitzbank eines vollbesetzten Trabis. Er hat Tränen in den Augen. Ob sie hierbleiben wollen oder nur zu Besuch kommen, wird gefragt, und die allgemeine Antwort ist: »Mensch, natürlich jeht's zurück. Ick muß doch morgen wieder arbeeten.«

Etwa drei Stunden nach Verkündung der Reisefreiheit hatte sich gegen 22 Uhr der Schlagbaum in der Invalidenstraße gehoben. Die meisten können das, was geschieht, nicht fassen. »Es ist einfach unglaublich«, schüttelt ein Mann mittleren Alters den Kopf. Um ihn herum hasten Leute mit Blumensträußen und Sektflaschen im Arm in Richtung des betonbewehrten Übergangs, wo bis jetzt nur wenige in die beiden Stadtteile überwechseln

Auf einer Mauer, es mag bereits Ostberli ner Gebiet sein, steht mitten im Gewühl der Regierende Bürgermeister. »Dies ist wirklich eine historische Stunde«, ruft Walter Momper über die Köpte hinweg. Und dann unter Geioble: »Ich teile Ihre Freude, aber bitte behindern sie nicht die Ein- und Ausreise und bewahren sie Diszi-

Szenenwechsel. Auf dem hell angestrahlten Brandenburger Tor steuert die Quadriga mit der Siegesgöttin in ihrem Kampfwagen in dieser Nacht zwar weiter nach Osten. Die Bevölkerung Ostberlins bricht zu einem Bummel in den Westteil der Stadt auf. Einige hundert Schaulustige

pointer

Ich bin kein Zyniker, ich bin ein Diagnostiker, ein Komödienautor. Das Groteske soll auf die Wirklichkeit aufmerksam machen Friedrich Dürrenmatt

Schweizer Autor

le besser man gegen Mecir spielt, desto besser spielt er auch. Also muß man gegen ihn schlecht spielen, um ihn zu verleiten, noch schlechter zu spielen das ist das Rezept. Boris Becker

Tennisstar

Können die Menschen nicht doch aus der Geschichte lernen? Nein, sie können es nicht, weil sie die Geschichte nicht kennen. Das ist das Schrecklichste, vor allem bei jungen Menschen.

> Will Quadflieg Schauspieler

BERLIN. »Wer blickt denn hier noch beobachten, wie sich Waghalsige auf die breite Absperrung hangeln und den her-aneilenden Volkspolizisten mit gespreizten Fingern Siegeszeichen entgegenwer-

> Rot-bemützte britische Militärpolizisten versuchen vergeblich, die Mauerläufer zum Herabsteigen zu bewegen. Erfolgreicher sind da schon die »Vopos«, denen es zeitweilig gelingt, die ungebetenen Gaste mit einem eher schwachen Wasserstrahl zu verscheuchen. Der Platz ist in gleißendes Licht getaucht, denn eine amerikanische Fernsehgesellschaft überträgt das Spektakel tatsächlich live nach San Fran-

> In überschäumender Freude liegen sich dort, wo sie sich treffen, Berliner aus West Ost in den Armen. »Ich habe Fotos vom Bau der Mauer '61 gemacht, jetzt hoffe ich, welche von ihrem Abriß machen zu können«, sagte ein Mann.

> In dieser Nacht existiert die Grenze nicht mehr. An der Bornholmer Straße, der Invalidenstraße und am Checkpoint Charlie drängen die Menschen zu Tausenden von Ost nach West und umgekehrt. Etliche Westberliner fahren einfach in den Ostteil der Stadt, um Freunde zu holen oder einfach irgendwelche Passanten in ihr Au-

to zu laden.
An der Bornholmer Straße erzählt ein älteres Ehepaar aus Wilmersdorf: »Wir sind einfach in den Osten gefahren, haben einen jungen Mann gefunden und ihn mitgenommen.« Ein junger Westberliner holen. Auf der Rückfahrt sei er von DDR- men wieder.«

Grenzern gefragt worden, ob er etwas im Wagen habe. »Außer vier Ostlern nix«, antwortete er. Die Grenzer wünschten ihm »angenehme Weiterfahrt«.

Am Checkpoint Charlie werden die Besucher mit Sekt und Applaus empfangen. Die Vopos können die Massen nicht auf-halten. Ihre Mützen sind begehrte Trophäen. Ein Trabi wird mit Sekt »getauft«. Der Fahrer hält ein Bier aus dem Fenster und ruft: »Seit 30 Jahren mein erstes Schultheiss.« Andere halten triumphierend ihren DDR-Personalausweis hoch. »Ich mußte ihn nicht einmal aufklappen, die wollten nn gar nicht richtig sehen.

Viele haben in dieser Nacht als Ziel den Ku'damm. Er ist schwarz vor Menschen. Ein Dauerhupkonzert überlagert den Freudentaumel. Wenn ein Trabi oder Wartburg auftaucht, gibt es Beifall. Gruppen gehen auf der Fahrbahn spazieren, fremde Menschen fallen sich um den Hals. An geparkten DDR-Wagen bilden sich Menschentrauben, viele ausländische, zumeist junge Touristen fragen die Ankömmlinge nach ihren Eindrücken.

»Wir haben von den Reiseerleichterungen im Ost-Fernsehen erfahren. Doch die Nachricht war uns zu schwammig. Als in der Tagesschau gesagt wurde, wir können reisen, hat mich ein Freund abgeholt und esagt, komm, wir fahren zum Kudamm«, berichtete ein Ostberliner. Andere sind über den Übergang Dreilinden gekommen, füllten eine Zollerklärung über die Devisenausfuhr aus und wurden durchgelassen. Viele wollen am Morgen wieder an ist rübergefahren, um seine Freundin abzu- ihrem Arbeitsplatz sein. »Aber wir kom-

»Auf diesen Tag habe ich 28 Jahre lang gewartet«

Endlich ein Blick auf die andere Seite der Berliner Mauer

Von Heinz Joachim Schöttes BERLIN. Dem etwa 55jährigen Mann standen die Tränen in den Augen. »Darauf habe ich 28 Jahre lang gewartet.« Er wohnt »gleich um die Ecke« des Grenzübergangs Bornholmer Straße im Ost-Berliner Bezirk Prenzlauer Berg. Jetzt wollte er mal gucken »wie's uff der anderen Seite der Mauer aussieht«. Aus dem Radio und dem Fernsehen hatte er von der Sensation erfahren.

Wenige Minuten vor 19 Uhr am Donnerstag abend war die »Entscheidung der offenen Grenze« durch Politbüro-mitglied Günter Schabowski verkündet worden. Kurze Zeit später setzten die Trabi-Kolonnen in Ost-Berlin Richtung innerstädtische Grenze ein, die Straßenbahnen füllten sich.

Während an anderen Grenzübergängen offenbar noch Verwirrung herrschte, ob die DDR-Bürger nun wirklich frei reisen dürfen, gab es bei der Bornholmer Straße gar kein Zurück mehr. Die Grenzer ließen die Menschen gleich schubweise über die Grenze, kontrollierten offenbar gar nicht mehr. Die vorherige Auskunft, sie müßten sich erst eine Genehmigung holen, war angesichts der Massen gar nicht einzuhalten. Die »Genehmigung« wurde offenbar dann »kurzfristig« an der Grenze erteilt.

»Als ich das im Radio hörte, habe ich meine Zahnbürste in den Zahnputzbecher geschmissen, mich angezogen, den Personalausweis 'rausgekramt und bin los«, erzählt eine etwa 25jährige Berlinerin, händchenhaltend mit ihrem Freund. Jetzt wolle sie ein paar Freunde »drüben« besuchen. »Das Kind schläft schon und da wollten wir mal gucken, ob es wirklich wahr ist«, meinte eine andere Frau. Andere kommentierten das Ereignis vor der Grenze nur noch mit »Wahnsinn«.

Die Menschen lachten und hielten ihre blauen Personalausweise hoch. Viele konnten es nicht fassen. Immer wieder wurde von den ungeduldigen Menschen gerufen: »Wir kommen wieder« und »Macht das Tor auf«.

Alle, die an dem Grenzübergang standen, wollten nur mal kurz in den anderen Teil der Stadt. »Na klar komme ich morgen wieder, ich muß ja arbeiten«, meinte ein etwa 30jähriger. Keiner hatte die offenen Grenzen morgens für mög-

Viele waren mißtrauisch auf dem Weg zur Grenze. Sie wollten mal testen, ob

das wirklich wahr ist. Doch dort angekommen, sahen sie schon Tausende dort stehen. Diejenigen, die zu Fuß oder mit der S-Bahn kamen, waren die Glücklicheren. Sie zogen vorbei an einer endlosen Kolonne von Trabis, Wart-burgs, Ladas und anderer Vehikel, die noch auf ihre »Einreise« warteten.

Viele West-Berliner hielt es in der Nacht zum Freitag nicht länger in den eigenen vier Wänden. Nachdem sie die unglaubliche Nachricht über die allgemeine Öffnung der DDR-Grenzen in den Rundfunk- und Fernsehnachrichten gehört hatten, strömten sie zu Tausenden zu den innerstädtischen Grenzübergängen nach Ost-Berlin. Dort erfuhren sie zu ihrer großen Verblüffung, daß in dieser Nacht die Grenze in beiden Richtungen geöffnet war. Und noch mehr kaum Glaubliches geschah:

DDR-Grenzpolizisten helfen Menschen über die sonst schwerbewachte und gesicherte Mauer und reichen ihnen die Hände, um beim Herabspringen behilflich zu sein. Auf der Mauer neben dem Wachturm oberhalb des engen Durchlasses am Grenzüberganges stehen vereint DDR-Grenzpolizisten, West-Berliner Bereitschaftspolizei mit Mega-phonen und britische Militärpolizei. Gemeinsam versuchen sie, den hin und her wogenden Verkehrsstrom - inzwischen ist es bereits nach 2 Uhr morgens einigermaßen zu dirigieren.

Reporter interviewen die demonstrativ abseits stehenden DDR-Grenzpolizisten. »Die Leute haben auf der Mauer gesessen. Finden Sie das gut?« – »Ja, warum nicht? Wir sind halt auch ein bißchen überfahren worden.«

An der berühmten West-Berliner Kreuzung, Ziel jahrelanger Sehnsüchte vieler Ost-Berliner, dem Kranzler-Eck am Kurfürstendamm Ecke Joachimstaler Straße, wollen Ost-Berliner noch in dieser Nacht mit einigen Westmark »ein Faß aufmachen«. Einem Rundfunkreporter sagen sie: »Wir haben das im Westfernsehen gesehen und uns gesagt - Mensch, jetzt du mal los!«

Andere erzählen, wie sie im Fernse-hen gesehen hätten, wie die ersten durch die Grenze fuhren. »Da sagten wir uns natürlich: Los, da fahren wir auch. Es ist ein irres Gefühl, mit dem eigenen Auto durch West-Berlin zu fahren, das ann man gar nicht richtig beschreiben. Wahnsinn muß sein, schöner Wahn-



FREUDENTRÄNEN flossen bei Tausenden von Berlinern aus Ost und West. Unerwartete Wiedersehensszenen gehörten in der Nacht zum Freitag zum Stadt-

Der Bundeskanzler fühlte sich am falschen Ort

Beim Polen-Besuch Kohls spielten plötzlich viele vorher wichtige Fragen keine große Rolle mehr

Von unserem Korrespondenten Klaus Lantermann

WARSCHAU. Am schlichten Steindenkmal für die Opfer des Warschauer Getto-aufstandes gab Bundeskanzler Helmut Kohl am frühen Freitag morgen das Ergebnis seiner nächtlichen Überlegungen bekannt: Für etwa 24 Stunden wird er seine Reise unterbrechen, um in einer Bonner Krisensitzung des Kabinetts »Sondermaßnahmen« einzuleiten.

Nachdem er ein Gebinde aus roten Nelken und gelben Gerbera niedergelegt hatte. sprach der deutsche Kanzler in Anwesenheit des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski, und zwei Überlebenden des Gettos von einer »neuen Aufbruchstimmung« 40 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik. Es sei »ein ungewöhnlicher Moment«, dies gerade vor dem Gettodenkmal zu sagen, einem Platz, der jeden Deutschen mit Scham erfülle.

Die Unterbrechung der Reise hatte sich bereits in der Nacht zuvor abgezeichnet, als der Bundeskanzler die Journalisten seiner Begleitung zu einem »zwanglosen Treffen« in einen der Ballsäle des supermodernen Warschauer Marriott-Hotels eingeladen hatte. Die Kellner boten Champagner, bulgarischen Rotwein und exquisite Häppchen an. Doch nachdem das Bonner Bundespresseamt die neuesten Nachrichten aus Deutschland übermittelt hatte. erwies sich für Helmut Kohl »zwanglos als

gegenstandslos«.

Unter den riesigen Glaslüstern vor Dutzenden von Mikrophonen und Fernsehka-meras berichtete der Kanzler, was ihn und seine Gastgeber zum Abschluß seines ersten Besuchstages bewegte: Die Frage der polnischen Westgrenze spielte plötzlich keine großer Rolle mehr, auch nicht die Forderung nach Entschädigung für die ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter oder die erneute Verschiebung von Kohls Besuch im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz. Den Kanzler und Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki bewegte beim Abendessen vor allem die Öffnung der DDR-Grenzen und die Ostberliner Ankündigung freier Wahlen.

Kohl berichtete, in der Unterhaltung mit dem sehr gut deutsch sprechenden Ministerpräsidenten hätten sich die Themen verschoben. Schließlich gebe es in Warschau ein großes Interesse an der Entwicklung beim westlichen Nachbarn

Während Mitarbeiter ihm neue Tickermeldungen hereinreichten, dachte der Kanzler kurz vor Mitternacht laut darüber nach, ob er seinen ohnehin durch organisatorisches Hin und Her belasteten Besuch planmäßig weiterführen sollte. Auf die Frage nach einer möglichen Unterbrechung sagte er: »Genau das geht mir durch den Kopf.« Und als ein Fernsehreporter den Kanzler fragte, ob er nicht auch meine, zur Zeit am falschen Ort zu sein, gestand

der Bonner Regierungschef: »Das geht mir genauso.« Doch geschichtliche Augenblikke richteten sich nicht nach Programmplanungen, auch nicht nach denen von ARD und ZDF.

Andererseits mußte Kohl nach eigenen Worten berücksichtigen, daß die polnische Seite ein ganz großes Interesse an seinem Besuch hat. »Das heißt, ich muß eine Güterabwägung vornehmen.« Bei den Nachbarn in Ost und West solle auch nicht das Gefühl entstehen, daß die Deutschen jetzt nur noch sich selbst im Sinn hätten.

Dem Bonner Kanzler ist nach eigen Worten klar, daß in diesen Tagen die Deutschen von Ost und West »sehr genau« beobachtet werden. Die Deutschen in der DDR haben seiner Meinung nach den Test bisher bestanden, indem sie zu Hunderttausenden, »ohne Randale«, für demokratische Reformen demonstrierten. Zwar konnte Helmut Kohl in dieser Warschauer Novembernacht noch nicht überblicken, welche Konsequenzen die jüngsten Maßnahmen der Ostberliner Führung auf Dauer haben werden. Er hält aber nach den Worten von Regierungssprecher Hans Klein das Angebot auf freie Wahlen und die bereits erfolgte Öffnung der Grenze »für so entscheidende Reformschritte«, daß er in der nächsten Woche sofort nach Abschluß seiner Reise mit SED-Generalsekretär Egon Krenz und dem künftigen Ministerpräsidenten Hans Modrow ein Gepräch über »weitreichende wirtschaftliche

Unterstützung« der DDR führen will.

Tränen und Gebete auf dem Kurfürstendamm

dpa. BERLIN. Als am Freitag um zehn Minuten vor 13 Uhr im Turm der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche die Glocken zu tönen beginnen, bleiben auf dem Kurfürstendamm viele Menschen stehen und falten die Hände zum Gebet auf offener Stra-Be. Bürger aus Ost- und West-Berlin weinen, manche schlagen die Hände vors Gesicht. Die Kirche ist prallvoll mit Menschen wie der Bummelboulevard selbst.

Die Innenstadt erlebt bei strahlendem Sonnenschein einen Tag wie in einem unwirklichen Traum. »Es ist wie ein Rausch«, sagt ein junger Mann aus dem anderen Teil der Stadt beim Überqueren der Kreuzung am Kranzler Eck. Die Gesichter sind meist fröhlich. Viele Bummler »von drüben« stehen zeitunglesend auf der Straße. Die Kioske sind umlagert, die meisten Tageszeitungen sind ausverkauft.

Überall auf dem Kudamm, der schwarz von Menschen ist, bilden sich Schlangen. Vor den Wechselstuben, am Bahnhof Zoo, vor den Sparkassen, die das Begrüßungsgeld auszahlen. So viel Staunen, Ungläubigkeit in den Gesichtern. Fassungslosigkeit über das Gesehene schlägt beim ersten Kudamm-Bummel, dem Ziel jahrzehntelanger Sehnsüchte, auch schon einmal um in Unverständnis. »Weshalb habt ihr 86 Sorten Salami? Welcher Mensch braucht 86 Sorten Salami«, fragt eine Frau entgeistert über das Angebot im 6. Stock des KaDeWe in der Delikatessen-Abteilung. Draußen auf der Straße gehen manche DDR-Bürger kopfschüttelnd an den Punkern und Rotwein-Brüdern vorbei.

KOMMENTARE · MEINUNG

Eine Zäsur in der Geschichte

Von Lothar Tönshoff, Bonn

Berlin, die Sprachlosigkeit des tiefen Glücksgefühls markieren eine tiefe Zäsur in der Nachkriegsgeschichte. Wo vor Monaten noch auf Menschen geschossen wurde, weil sie aus einem menschenverachtenden Staat fliehen wollten, haben die Grenzsoldaten jetzt Anweisung zur Abstempelung der Reisepapiere. Das rasante Tempo dieser Entwicklung hat Sensationscharakter. Wieder gehen Bilder von Deutschland um die ganze Welt. Der flehentliche Appell von Ernst Reuter im bedrängten Berlin von 1948: »Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!«, erhält plötzlich einen be-freienden Sinn. Das letzte Relikt des kalten Krieges hat seinen mörderischen Schrecken verloren.

Es klingt hohl, wenn nun Politiker mit falschem Pathos diesen Erfolg auf ihre Fahnen schreiben wollen. Die Wahrheit ist, daß die Menschen in der DDR diesen ungeheuren Sieg errungen haben. Es waren die Tausende von Flüchtlingen in den Botschaften von Prag, Warschau und Budapest, die die Völker der Welt auf dieses Deutschland haben schauen lassen. Es waren Hunderttausende von friedlichen Demonstranten, die auf so überzeugende Weise ihr Recht erkämpft haben. Nicht westliches Status-Quo-Denken, nicht EG-Egoismus haben diese gewaltlose Revolution zum Erfolg geführt. Aber alle retardierenden Kräfte von London bis Paris, von Rom bis Bonn sind von den Menschen überrollt worden.

Die Motive der neuen DDR-Führung liegen auf der Hand. Während vor 28 Jahren der Flüchtlingsstrom mit dem Bau der Mauer gestoppt werden sollte, will die SED jetzt den Massenexodus durch die Öffnung der Grenzsperren zum Stillstand bringen. In der Tat kann Egon Krenz in seinen Reformankündigungen nur glaubwürdig werden, wenn die Menschen davon überzeugen kann, daß die liberale Reisemöglichkeit wirklich irreversibel bleibt. Auf Dauer wird diese SED nur eine Chance der politischen Mitwirkung in der DDR haben, wenn sie sich rückhaltlos an die Spitze der Reformbewegung setzt, auf

Der Freudentaumel der Menschen in ihr Machtmonopol verzichtet und freie Parteien im Wettbewerb um die Stimmen der Bürger zuläßt.

Aber auch von der Bundesrepublik verlangt diese geschichtliche Stunde ein Höchstmaß an Verantwortung. Auch wenn die Bundesrepublik kein neutraler Beobachter ist, so bleibt sie zur Mäßigung und Zurückhaltung aufgefordert. Gleichzeitig aber kann die Hilfsbereitschaft dieses Wirtschaftsriesen nicht auf die Reformkräfte in der Sowjetunion, in Ungarn und Polen beschränkt bleiben. Selbstverständlich muß die Bundesregierung auf die DDR mit der Bereitschaft zur Unterstützung zugehen, wenn die konsequente Fortsetzung des nun eingeleiteten Reformprozesses garantiert ist.

Noch scheint der Denkprozeß in der SED-Führung freilich nicht so weit fortgeschritten, daß bereits privates Kapital aus der Bundesrepublik für wichtige und notwendige Investitionen mit einer Garantie für den späteren Gewinn-Transfer zugelassen wird. Wenn die SED bei ihrem bisherigen Reformtempo bleibt, besteht berechtigte Hoffnung. daß sie im Interesse der DDR-Bevölkerung zur Einsicht in diese Zwänge kommt. Die Bundesrepublik muß nicht nur an einer solchen Entwicklung interessiert sein, weil so DDR-Bürger mögliche Pläne zur Übersiedlung in den Westen wieder aufgeben, wenn es in der DDR aufwärts geht. Die Bundesrepublik muß ebenso wie alle Partner der beiden Staaten in Deutschland eine krisenhafte Destabilisierung in Mitteleuropa ver-

Auch letzte Zweifler in Ost und West werden die letzten Wochen als historisches Lehrstück begreifen müssen, daß letztlich nur das Selbstbestimmungsrecht wirkliche Stabilität und Sicherheit garantiert. Vor diesem Hintergrund der Menschenrechte und des Friedens nehmen sich die aktuellen Probleme mit der Unterbringung von DDR-Bürgern und Devisenfragen gering aus. Aber auch dazu sind Entscheidungen notwendig. Schon heute hat die Bundesregierung dazu Beschlüsse zu fassen, um die Weichen für den ersten Besucheransturm an diesem Wochenende zu stellen.

Staunen über die deutsche Entwicklung

(rc). Die Mittagszeitungen in Südkorea machten gestern mit einer für die meisten Koreaner schier unglaublichen Schlagzeile auf: »Die Berliner Mauer ist offen.« Die Verwunderung der Menschen über die atemberaubenden Veränderungen im fernen Deutschland ist im ebenfalls geteilten Korea mit Wehmut und Frustration gekoppelt. Denn die Aussichten, daß die Südkoreaner ihre im Norden lebenden Verwandten treffen können, liegen im dunkeln.

Oberflächlich betrachtet ist die Lage in Deutschland und Korea ähnlich: Beide Länder wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten aufgeteilt, in beiden vertiefte sich die Teilung durch die Spannungen des kalten Krieges. Doch in den vergangenen Jahren drifteten die Entwicklungen in Deutschland und Korea auseinander. Trotz der Berliner Mauer sind die beiden Koreas heute strikter voneinander getrennt, als es die beiden deutschen Staaten jemals waren. Auf der koreanischen Halbinsel gibt es seit 40 Jahren keine Telefon- oder Postverbindungen zwischen den Staaten, und das Hören der Sender des anderen Landes ist Landesverrat.

Selbst vor Einsetzen des Massenexodus aus der DDR über Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei im Sommer erreichten Tausende DDR-Bürger als Flüchtlinge, Aussiedler oder freigekaufte Häftlinge den Westen. Zwischen beiden Staaten gibt es offizielle Beziehungen, gibt es ständige Vertretungen und offizielle Besuche. Kurzum, ein Dialog fand und findet statt.

In Korea hingegen gibt es nur einen Dialog zwischen Tauben. In unregelmäßigen Abständen finden Sitzungen im Grenzort Panmunjon statt, angefüllt mit gegenseitigen Vorhaltungen. Der gelegentliche Deserteur aus dem Norden, der ungekannten Schrecken getrotzt hat, kann damit rechnen, in Südkorea als Nationalheld gefeiert zu werden.

Während die radikale politische Liberalisierung in der Sowjetunion, Ungarn und Polen die DDR schließlich in Zugzwang brachte, sieht es in Asien schlechter dafür aus. Hoffnungen Südkoreas, daß China seine guten Bezie-hungen zu Nordkorea dafür einsetzen würde, Pjöngjang zu Entspannung zu drängen, haben sich nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in Peking in Nichts aufgelöst.

MEINUNG DER ANDEREN

Harte Arbeit

Die Nordwest-Zeitung (Oldenburg) schreibt zur Lage Deutschlands:

Deutschland ohne Grenzen, das bedeutet nicht nur namenlose Freude, das hat auch harte Arbeit zur Folge. Deutschland ohne Grenzen ob in einem oder in zwei Staaten, das heißt Wiederaufbau. Die DDR hat den Krieg 40 Jahre länger verloren als die Bundesrepublik. letzt sind in Deutschland wiederum Entscheidungen von jenem Format und Ausmaß fällig, wie sie einst Ludwig Erhard getroffen hat. Die Probleme, die wegen einiger zehntausend Übersiedler jetzt in der Bundesrepublik gelöst wer- das Europa ohne Grenzen.

den müssen, sind gering im Vergleich zu den künftigen gesamtdeutschen Aufgaben. Die Kleinmütigen, die jetzt schon jammern, weil die Schar der Übersiedler ihre Ruhe und ihren Wohlstand stören könnte, sind kaum geeignet, die großen Aufgaben der kommenden Jahre anzupacken. Aus Deutschland ohne Grenzen ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu machen, das erfordert mehr politische Phantasie und mehr Gestaltungskraft, als in Brüssel um Mmarktordnungen für den Europäischen Binnenmarkt feilschen. Deutschland der unbegrenzten Möglichkeiten - heute noch ein Märchen, morgen eine Chance für

SCHWARZWÄLDER BOTE

Unabhangige Zeitung für Baden-Wurttemberg

Druck, Verlag und Herausgeber Schwarzwälder Bote KG – Seit 1835 im Besitz der Familie Brandecker (Erben). 7238 Oberndorf a. N., Postfach 1380, Telefon (07423) 78-0; Telex: 762814; Telefax: (07423) 7873

Chefredakteur: Wilhelm Greiner.

Stelly, Chefredaktion: Dr. D. Jauch (Wirtschaft), K.

Chefv. Dienst: J. Luz, H. M. Bihler; Politik: V. Borho, Dr. Ch. Huble; Vermischtes: W. Widmann; Baden-Württemberg; M. Fradrich; Feuilleton/Wochenendbeilage; W. Hegeler; Sport: H. Brodbeck, P. Hettich; Motor u. Service: H.W. Wagner; Zentralred, Lokales; K. Friedsch, M. L. M. Einder, M. Libergha, E. Brodbeck, P. Hettich; M. Friedsch, M. Libergha, M. Libergha, M. Friedsch, M. Libergha, M. Friedsch, M. Libergha, M. Liberg rich (Ltg.), M. Fiedler, W. Linzenich, E. Reutter, W. Roth, H.v. Specht. - Red. Stuttgart: W.D.Zöllner; Bonn: L. Tonshoff.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Zuschriften an die Redaktion sollen grundsätzlich nicht persönlich adressiert sein.

Geschäftsführung: K. Dollinger. Verlagsdirektion: H. D. Stetter; Anzeigen: H.-L. Giebel; Vertrieb: A. Haaga.

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 44. - Erscheint werktaglich; einbezogen in das Abonnement ist die wochentlich beiliegende Illustrierte Fernseh Zeitschrift IWZ. Zeitungsabbestellung nur bls 20. des Vormonats schriftlich an den Verlag möglich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Ge walt oder bei Störungen des Betriebes bzw. auf dem Versandwege. Arbeitskampf, Verbot usw. besteht kein Anspruch auf Kürzung bzw. Rückzahlung des Bezugsgeldes.

Supermächte sprechen von historischem Augenblick

Bush hofft auf Reformen im gesamten östlichen Europa / Moskau: Grenzöffnung vernünftig

WASHINGTON/MOSKAU. »dramatisches Ereignis« und »historischen Augenblick« haben die USA und die Sowjetunion die Öffnung der innerdeutschen Grenze bewertet.

US-Präsident George Bush erklärte in Washington, wenn die DDR so weitermache, werde die Mauer bald keine Bedeutung mehr haben. Für die Sowjetunion begrüßte Außenminister Eduard Schewardnadse gestern die Grenzöffnung als kluge und vernünftige Entscheidung, sein Sprecher warnte indes vor Grenzveränderungen und wandte sich gegen eine deutsche Wiedervereinigung.

Bush sagte in Washington, er habe diese dramatische Entwicklung zu diesem Zeitpunkt nicht vorausgesehen. Die Deutschen liebten ihr Land, aber viele, die sich bisher eingesperrt fühlten und nicht reisen konnten, fragten sich jetzt wohl, ob es nicht besser wäre, an den Reformen im eigenen Land teilzuhaben. Bush hoffte, daß die Reformen nun auch auf die CSSR, Bulgarien und Rumänien übergreifen würden.

Stasi schürft Kohle

DDR-Staatssicherheitsdienstes (Stasi) werden nach Angaben des stellvertre-

tenden Ministers für Staatssicherheit,

Rudi Mittig, in den nächsten Tagen zum Braunkohleabbau abkommandiert.

Mittig habe das Zentralkomitee der SED

darüber informiert, daß Angehörige sei-

nes Ministeriums »zur sofortigen Un-

terstützung für die Volkswirtschaft ... in

der Braunkohle zum Einsatz kommen«

sollten, meldete die DDR-Nachrichten-

agentur ADN gestern. Demonstranten

in der DDR hatten in den vergangenen

Tagen mehrfach gefordert: »Stasi in den

DDR-Bürger tanken vorerst frei

Benzinrechnungn an bundesdeutschen Autobahn-Tankstellen während einer

noch unbestimmten Übergangszeit nicht

bar bezahlen. Das Bundesverkehrsministe-

rium wies die Gesellschaft für Nebenbe-

triebe (GfN), die für Raststättenpächter an

der Autobahn zuständig ist, an, auf Bar-

geldzahlung bei DDR-Besuchern vorerst zu

verzichten. Zusammen mit den Personal-

angaben und der Autonummer sollen die

Tankstellen die Rechnungen an die GfN

schicken, die zunächst für den Ausgleich

sorgt. Das erfuhr unsere Bonner Redaktion

gestern nach einer Verhandlungsrunde der

kommunalen Spitzenverbände und Län-

dervertreter im Bundesinnenministerium.

Es besteht nach diesen Informationen noch

keine Klarheit, ob der Bund diese Kosten

übernimmt oder ob den DDR-Bürgern die

Auf Befragung verzichtet

schutz in der Bundesrepublik verzichtet

»ab sofort« auf die Befragung von Über-

siedlern aus der DDR. Der Sprecher des

Hans-Gert Lange, sagte gestern in Köln,

damit ziehe das Amt die Konsequenz aus

der veränderten Situation bezüglich des

freien Reise- und Ausreiseverkehrs aus der

DDR. Die neue Regelung gelte »bis auf

Einberufungen verschoben

rtr. BERLIN. Die Nationale Volksarmee

und die Grenztruppen der DDR werden

von Januar bis April nächsten Jahres keine

Reservisten einberufen, damit sie der Wirt-

schaft nicht als Arbeitskräfte entzogen

werden. Ein Sprecher des DDR-Verteidi-

gungsministeriums teilte gestern der Nach-

richtenagentur ADN weiter mit, die Armee und die Grenztruppen stellten ab sofort

»Kräfte und Mittel für Handelstransporte,

Personenverkehr, Nahrungsgüterwirt-schaft und Gesundheitswesen zur Verfü-

Schily ist SPD-Mitglied

nem Austritt bei den Grünen ist Otto

Schily jetzt SPD-Mitglied. Nachdem der

prominente Ex-Grüne am Vorabend in Un-

terhaching bei München das »rote« Mit-

gliedsbuch erhalten hatte, traf er gestern in

München mit Bayerns SPD-Chef Rudolf

Schöfberger zusammen. Die schwierige

Ausgangslage der SPD in Bayern reize ihn,

sagte Schily, der voraussichtlich im Wahl-

kreis München-Land für die SPD zur Bun-

destagswahl 1990 antreten wird. Wenn die

SPD im Süden nicht zulege, gebe es keine Aussicht auf einen bundesweiten Erfolg. Transitstreit eskaliert

ap. MÜNCHEN. Die Verhandlungen von Bundesverkehrsminister Friedrich Zim-

mermann mit seinem Wiener Kollegen Rudolf Streicher über das von Österreich angekündigte Nachtfahrverbot für Lastwa-

gen haben gestern in München zu keiner

Einigung geführt. Österreich habe »keiner-

lei Kompromißbereitschaft gezeigt«, um Grenzstaus und Blockaden nach Inkrafttre-

ten der Regelung zum 1. Dezember zu vermeiden, sagte Zimmermann nach dem

Treffen. Er kündigte daher an, daß im

Gegenzug auch österreichische Lkw künf-

tig nachts nicht mehr auf bundesdeut-

schen Autobahnen und Schnellstraßen

fahren dürften. Zimmermann sagte, dies

seien »keine Gegenmaßnahmen, sondern

Maßnahmen zur Gleichstellung«.

dpa. MÜNCHEN. Eine Woche nach sei-

KÖLN/BONN. Der Verfassungs-

Verfassungsschutz,

Rechnungen zugeschickt werden

Bundesamtes für

tön. BONN. DDR-Bürger müssen ihre

Tagebau.«

BERLIN. 1200 Mitarbeiter des

Schewardnadse nannte die Entscheidung der DDR-Führung in Stockholm »klug und vernünflig«. Man sollte darauf hinarbeiten, daß die Menschen reisen und Familien sich wiedersehen könnten, sagte er einem Bericht der schwedischen Nachrichtenagentur TT zufolge. Auf die Frage eines Journalisten, ob Moskau eine nichtkommunistische Regierung in der DDR dulden werde, sagte der Minister, diese Frage solle an die Deutschen in der DDR und deren Regierung gerichtet werden.

Auch Außenamtsprecher Gennadi Gerassimow sprach in Moskau von einem symbolischen Augenblick«. Er erwartete, daß die Reisemöglichkeiten für die DDR-Bürger in Verbindung mit den angekündigten Reformen den Ausreisestrom in die Bundesrepublik bremsen werde. An die Adresse der Bundesregierung sagte er, Grenzveränderungen in Mitteleuropa lägen in niemandes Interesse.

Zur Wiederververeinigung sagte Gerassimow, es sei politisch nicht der Augenblick,

darüber zu sprechen, da beide deutsche Staaten unterschiedlichen Militärbündnissen angehörten. Die Entscheidung zur Offnung der Grenzen sei allein in Östberlin gefallen.

Bei den westlichen Regierungen stießen die Ereignisse auf ein einhellig positives Echo. Großbritanniens konservative Premierministerin Margaret Thatcher bot jegliche Hilfe in militärischen Einrichtungen in Westberlin und der Bundesrepublik an, um DDR-Übersiedlern Unterkünfte zu beschaffen. Vorrang müsse jetzt das Entstehen »einer echten demokratischen Regierungsform in der DDR haben«.

Frankreichs Ministerpräsident Michel Rocard erklärte in Paris, ein vereintes Deutschland werde ein Beitrag zum dauerhaften Frieden in Europa sein. Auf die Frage, ob er die Angst vieler Franzosen vor einem wiedervereinten Deutschland teile, antwortete er: »Wenn die Mauer fällt, gibt es keinen Krieg mehr in Europa.« Solange die Deutschen sich nicht einigten, gebe es keine Sicherheit für Europa,

Bundesrat demonstriert Einigkeit

Auf Sachauseinandersetzung verzichtet / Länder lehnen Möllemann-Plan ab

dpa. BONN. Unter dem Eindruck der rischen Tiefflüge langfristig völlig überflüs-ramatischen Ereignisse in der DDR hat sig machen. Als Sofortmaßnahmen wurdramatischen Ereignisse in der DDR hat der Bundesrat gestern erstmals in seiner 40jährigen Geschichte auf alle Sachauseinandersetzungen verzichtet. Die 50 Punkte auf der Tagesordnung wurden knapp durch Abstimmungen erledigt, vorbereitete Reden allenfalls zu Protokoll gegeben. Zu Beginn der Sitzung hatte es aber eine spontane Aussprache gegeben: Der neue Bundesratspräsident, der Berliner Regierungschef Walter Momper (SPD), Vertreter der Länder und der Bundesregierung begrüßten die Öffnung der deutsch-deut-schen Grenze und plädierte für Hilfen an

Die Ländervertretung faßte unter anderem folgende Beschlüsse:

 Rund 700 000 ehemalige Beamten und Soldaten mit eigenen Renten erhalten vom kommenden Jahr an mehr Geld. Der Bundesrat stimmte endgültig einer Regelung zu, wonach künftig 40 Prozent der Rente (bisher 20 Prozent) nicht auf die Beamtenversorgung angerechnet werden. Mehrkosten 1990: Voraussichtlich 441 Millionen

 Einstimmig lehnten die Länder das von Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann (FDP) vorgelegte neue Hochschulzuassungsrecht als ungeeignet ab. Nach dem Entwurf sollten sich die Hochschulen künftig in den besonders überlaufenen Studienfächern bis zu 70 Prozent ihrer Studenten selbst aussuchen können.

 Mit den Stimmen der SPD-Bundesländer und des CDU/FDP-geführten Rhein-land-Pfalz verlangte der Bundesral vertei-digungspolitische Alternativen, die militä-

den eine drastische Reduzierung der Flüge und ihre generelle Einstellung unterhalb von 300 Meter gefordert.

Die Sperrfrist für Kündigungen wegen

Eigenbedarfs bei der Umwandlung von Miet- und Eigentumswohnungen soll in Ballungsgebieten von drei auf sieben Jahre verlängert werden. Der Bundesrat be-schloß auf Antrag von Bayern, eine ent-sprechende Initiative beim Bundestag ein-

Hager tapeziert doch

rtr. BERLIN. Der frühere SED-Chefideologe Kurt Hager hat massive Selbstkritik geübt. Hager erklärte der DDR-Nachrichtenagentur ADN zufolge gestern während der zu Ende gegangenen Sitzung des SED- Zentralkomitees in Ostberlin, aus Ȇberheblichkeit« habe er die Veränderungen in der Sowjetunion falsch eingeschätzt - »durch diese unglückselige Äußerung über die Tapeten«. Hager hatte sich in der Vergangenheit wiederholt gegen eine Übernahme der sowjetischen Reformpolitik durch die DDR gewandt und insbesondere mit der Aussage für Aufsehen gesorgt, man müsse nicht nur deshalb die Tapeten wechseln, weil der Nachbar dies tue. Hager, der aus dem Politbüro ausgeschieden ist, sagte, wie andere Genossen auch zergrübele er sich den Kopf über seinen unmittelbaren Anteil an den in der DDR gemachten Fehlern.

Gegenforderung der Metallarbeitgeber

40-Stunden-Woche für Fachkräfte verlangt / Spielraum bei Löhnen nutzen

dpa. STUTTGART. Die baden-württembergischen Metall-Arbeitgeber haben gestern dem Forderungspaket der Industriegewerkschaft Metall für die anstehei de Tarifrunde eigene »Eckpunkte« entgegengesetzt. Der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie (VMI) Baden-Württemberg, Dieter Hundt, wies die Forderung der südwestdeutschen IG Metall nach neun Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie der 35-Stunden-Woche entschieden zurück.

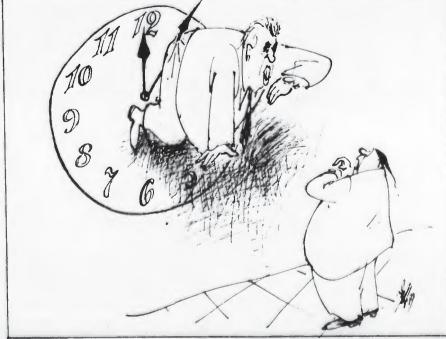
Der VMI-Chef reagierte seinerseits mit Gegenforderungen an die Adresse der Gewerkschaft. Die Metall-Arbeitgeber möchten bei den Verhandlungen durchsetzen. daß in Zukunft für qualifizierte Facharbeiter in Baden-Württemberg wieder eine wöchentliche Regelarbeitszeit von 40 Stunden möglich ist. Derzeit beträgt die Regelarbeitszeit 37 Stunden.
Sollte sich die IG Metall mit der Arbeits-

zeitverkürzung und der Reduzierung der Überstunden durchsetzen, würde in Baden-Württemberg die Arbeitsleistung von 74 000 Facharbeitern gegenüber heute feh-

len. Die IG Metall will die monatliche Mehrarbeit auf zehn Überstunden beschränken. Heute sind noch 20 möglich. Wenn, wie es die IG Metall wünscht, die Meister, Ingenieure und Techniker nur noch 35 Stunden arbeiten dürften und ihre Überstunden abfeiern müßten, dann fallen nach Berechnungen von Hundt allein in Baden-Württemberg pro Woche über 2.5 Millionen Fachkräfte-Stunden aus.

Entschieden wiesen die Arbeitgeber die IG-Metall-Forderung zurück, in Zukunft die Normalarbeitszeit auf fünf Tage - Montag bis Freitag - zu begrenzen. Arbeitgeberchef Hundt: »Die regelmäßige Arbeitszeit muß auch in Zukunft auf sechs Werktage in der Woche verteilt werden konnen

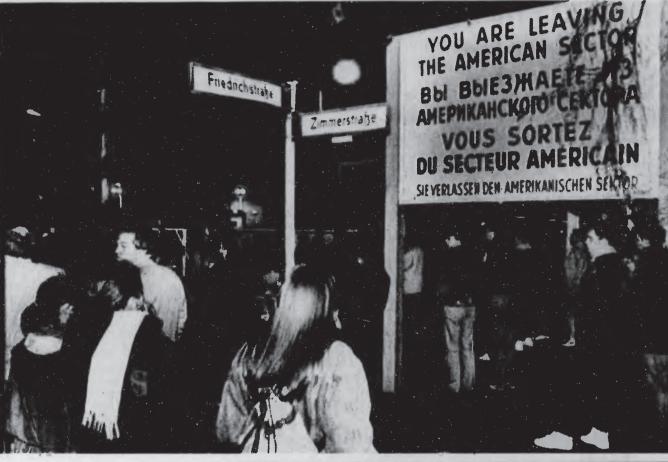
Damit das weitere Wirtschaftswachstum fortgesetzt werden kann, plädiert Hundt dafür, den Verteilungsspielraum des Jahres 1990 »voll für Lohnerhöhungen zu verwenden«. Er verlangte, daß sich die Tarifparteien am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt orientierten. Dieser dürfte 1990 bei drei Prozent liegen.



»Du hast recht, Egon, es war fünf nach zwölf!«

sh-Karikatur: F. Wolf





Nach 28 Jahren ist die Mauer wieder durchlässig

Der Westen wurde 1961 von der betonierten Trennung Berlins überrascht / 77 Todesopfer

dpa. BERLIN. Als in den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 auf Ostberliner Seite der Sektorengrenze Straßenpflaster aufgerissen, Betonpfähle eingerammt, Stacheldraht gezogen und Gräben ausgehoben wurden, hätte es wohl niemand der damaligen Zeitzeugen für möglich gehalten, daß dies der erste Schritt für den Bau der Mauer und damit zur völligen Abschottung von Westberlin war.
Und doch hatte es schon vorher einen

versteckten Hinweis auf die eigentlichen

Absichten DDR-Führung ge-geben. In einer internationalen

Pressekonferenz am 15. Juni 1961 SED-Chef hatte Walter Ulbricht auf die Frage einer westdeutschen

Journalistin. die DDR eine Staatsgrenze am bisher durchlässigen Brandenburger Tor errichten könnte, geantwor-tet: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errich-ten.« Zwei Monate später war es dann soweit.

Seitdem schäftigen sich die Historiker mit der Frage, ob auf westlicher Seite je-

mand von der beabsichtigten Absperrung gewußt habe und Gegenmaßnahnich bewußt unterlassen worden seien. Wenn irgendein westlicher Geheimdienst irgendetwas geahnt haben sollte, bis in die politischen Etagen war eine solche Information nicht gedrungen. In Westberlin und Bonn herrschte totale Überraschung und Ratlosigkeit. Erst hinterher erinnerten sich politische Beobachter, daß US-Präsident Kennedy

te of the Union message) gesagt hatte: »Die Grenze der Freiheit verläuft am Potsdamer Platz in Berlin.«

Dies sei in der Sowjetunion als Signal aufgefaßt worden, ihren Sektor ohne Risiko absperren zu können, um der dra-matischen Fluchtbewegung jener Tage – fast so wie heute – Einhalt zu gebieten.

Um ganz sicher zu gehen, stellte sich der gesamte Warschauer Pakt damals hinter den Mauerbau, was heute im Osten hie und da schon anders interpretiert wird. Dramatischer Höhepunkt, der den



BEWACHT VON BEWAFFNETEN VOLKSPOLIZISTEN zogen Baukolonnen aus Foto: dpa der DDR am 13. August 1961 in Ostberlin die Mauer hoch.

wackligen Weltfrieden in Gefahr bringen konnte, war der Aufmarsch amerikanischer Panzer am Ausländerübergang Checkpoint Charlie, um dem Recht der Westallijerten auf unkontrollierten Zugang nach Ostberlin Nachdruck zu verleihen. Die Sowjets reagierten prompt. Sie ließen ihrerseits auf östlicher Seite Panzer auffahren. Die einstigen Kriegsverbündeten standen sich auf Sichtweite in mit drohend aufeinander gerie seinem Bericht zur Lage der Nation (Sta-nonen gegenüber. Dann funktionierte

fuhren in die Kasernen zurück. Seitdem kam es an der 29 Kilometer

der heiße politische Draht. Die Panzer

langen Mauer immer wieder zu dramati-

Auch der neue DDR-Staats- und und Egon Parteichef Krenz scheint Überlegungen in

dieser Hinsicht anzustellen, obwohl er sie in der Öffentlichkeit noch leugnet. Vor dem gegenwärtig in Ostberlin tagenden SED-Zentralkomitee mahnte er die schon im Sommer 1987 mit der Bundesrepublik vereinbarte Bildung einer »Gemeinsamen Wirtschaftskommission« an. Es wäre nicht das erstemal in der Weltgeschichte, daß »Soll und Haben« auch politische Prozesse in Gang setzt.

Wolfgang Marquardt









Eine Welle der Hilfsbereitschaft in Berlin

Freiwillige verteilen Essen an DDR-Bürger / Trotz Hektik zügige Abfertigung bei Behörden

BERLIN. Die Menschenschlange windet sich in Dreier-, Vierer- und Fünferreihen vom zweiten Stock hinunter bis auf die Straße: Das Rathaus von Berlin-Kreuzberg ist gestern morgen hoffnungslos überfüllt. Mehr als 1000 DDR-Bürger, die nach der überraschenden Öffnung der Kontroll-punkte in den Westteil Berlins gekommen sind, belagern auch noch über 100 Meter weit den Bürgersteig in der Yorckstraße. Freiwillige Helfer verteilen kostenlos Essen, bieten den zum Teil seit sechs Uhr in der Kälte ausharrenden Menschen heiße Getränke an.

In den Fluren des Bezirksamts herrscht hektisches Treiben. Mitarbeiter hasten eilig durch die langen Gänge, die schier überzuquellen drohen. Jeder einzelne der hoffnungslos Überlasteten Angestellten wird von der Menge mit frenetischem Beifall begrüßt. Ein 67 jähriger Mann bahnt sich mühsam einen Weg durch die Menschentrauben. »Kann ich irgendwie helfen?« fragt er einen sichtlich verblüfften Sachbearbeiter, der an diesem Tag auf dem Flur die Formalitäten für die 100 Mark Begrüßungsgeld abwickeln muß, die jedem DDR-Bürger einmal im Jahr zustehen. Der Ruheständler will seine Dienste anbieten: »Das ist in dieser einmaligen Situation

wunderschön, unbegreiflich, wir kön-

nen das noch gar nicht fassen.« Freude-

strahlend schwenken DDR-Bürger am

Freitag ihren blauen Personalausweis,

mit dem sie soeben bei Rudolphstein

ohne Beanstandungen über die inner-

deutsche Grenze gefahren sind. »Heute

wollen wir uns schnell einmal in Hof

umschauen, aber morgen Nachmittag

Gut drei Viertel der Trabi-Insassen

sind Menschen, die die neuen Reise-

möglichkeiten zu einem Kurzbesuch im

Westen nutzen wollen und schon am

Nachmittag, spätestens aber am Sonn-

tag, wieder zurückfahren werden. »Wir

haben heute morgen einfach unsere

Klempnerei abgeschlossen und diese

Chance genutzt«, erzählt eine vierköpfi-

ge Familie. Bei der Abfertigung überwie-

tigkeit der Neuregelung.

en noch die Zweifel an der Dauerhaf-

um drei gehen wir wieder zur Demo.«

doch selbstverständlich«, sagt er beinahe unwirsch, bevor er in einen der beiden Abfertigungsräume gewunken wird.

»Normalerweise sind wir hier nur mit wei Mitarbeitern tätig«, erklärt der vorbei-Bezirksamtssprecher Stefan Krautsick. »Heute sind hier etwa 20, davon auch einige früher hier beschäftigte Rentner, deren Hilfsangebote wir natürlich dankbar angenommen haben.« Statt der üblichen Abfertigungszeit von fünf Minuten verläßt etwa jede halbe Minute ein DDR-Bürger freudestrahlend das Bezirksamt. Erst gegen Mittag entspannt sich die Lage. Mitarbeiter der Behörde erklären den Wartenden, daß sie ihr Begrüßungsgeld nun auch von Sparkassen und einigen Banken in der Stadt erhalten können.

Der Ansturm der Massen hat den Berliner Senat fast unvorbereitet getroffen. »Allein in der vergangenen Nacht meldeten sich schon über 1000 DDR-Bürger, die hierbleiben wollen«, erklärt die Sprecherin der Sozialverwaltung, Rita Hermanns. »So viele kamen noch nie an einem Tag.« Der Senat sucht nach ihren Angaben fieberhaft Notquartiere für die Menschen. Viele müssen zunächst mal mit bloßen Schlafplätzen in Turnhallen Vorlieb nehmen, wenn sie

Heute schnell mal nach Hof

und morgen wieder zur Demo

Mit dem Grenzübertritt wächst die Hoffnung auf Reformen

dpa. RUDOLPHSTEIN. »Wahnsinn, dem Mund derselben Leute, die noch

keine Freunde oder Verwandten haben, bei denen sie unterschlüpfen können.

Trotz der ohnehin angespannten Lage mit mehr als 10 000 offiziell registrierten Obdachlosen, reagieren viele Westberliner und Bundesbürger positiv auf die Neuankömmlinge. Immer wieder klopfen Menschen den wartenden Deutschen aus der DDR auf die Schulter, stecken dem einen oder anderen auch schon mal einen Geldschein »für das erste Bier oder eine Wurst« zu, wie einer der Spender meint.

Viele Bundesbürger erhoffen sich nach der sensationellen Wende in der DDR auch eigene Vorteile. »Hoffentlich werden wir im Transitverkehr auch bald durchgewunken«, wünscht sich etwa der 34jährige Postbeamte Rolf Reinke aus Dortmund, der die lange Wartezeit an den DDR-Grenzübergängen in unangenehmer Erinnerung hat. Die offenen Grenzen findet er »super«. »Als ich von der Nachricht erfuhr, bin ich in der Nacht sofort zum Checkpoint Charlie gefahren«, sagt er. »Das war unglaublich, das mußte ich einfach sehen.«

»Ich finde das gut«, sagt auch eine 67jährige Rentnerin ohne zu zögern. Die Kreuzbergerin, die nach eigenen Angaben mit 458 Mark Sozialhilfe auskommen muß, glaubt nicht, daß die DDR-Bürger der Westberliner Bevölkerung schaden könnten. Ähnlich äußern sich auch andere Menschen vor dem Rathaus. Die Vorfreude darauf, daß das Inseldasein für die Westberliner vielleicht schon bald beendet sein könnte, wirkt sich ganz offensichtlich positiv auf die Stimmung in der Stadt ohne Hinterland aus. Jürgen Metkemeyer



ÜBER SEIN BEGRÜSSUNGSGELD von je hundert West-Mark freute sich gestern dieses junge Paar aus Ostberlin im Westberliner Bezirksamt Wilmersdorf.

Bonn bereitet sich auf Wirtschaftshilfe vor

Investitionen für Tourismus / Kosten der Reisewelle können aus laufenden Etats bezahlt werden

grundlegenden Wandel im Bewußtsein der DDR-Bevölkerung? Es klingt so. »Jetzt wollen wir noch freie Wahlen, und die SED muß ihre Macht abgeben«, lautet die Devise für die nächsten Demonstrationen nach der Rückkehr vom Kurztrip in den Westen. Auch junge Leute, deren einzige Zukunftsperspektive noch vor wenigen Wochen die Flucht n den Westen war, sagen jetzt: »Wir bleiben und kämpfen in unserem Land für bessere Verhältnisse.«

vor wenigen Augenblicken die neue Si-

Freies Reisen als Beginn für einen

tuation nicht glauben konnten.

Da ist es fast schon zweitrangig, daß für die Fahrt nach Hof die Devisen fehlen. Gelassen sagt ein junger Mann: Wir rennen heute halt noch mit leerem Geldbeutel durch die Geschäfte.« Seit kurz vor zwei Uhr morgens ist die Grenze bei Rudolphstein geöffnet.

Während auf der einen Spur Wagen an Wagen nach Bayern rollt, haben die Grenzschutzbeamten, die Übersiedler 50 Meter weiter wird das Auto am Straßenrand abgestellt und das mitgebrachte Bier geöffnet. Doch von Minute abfertigen sollen, nebenan kaum etwas zu Minute wächst das Selbstvertrauen zu tun. Das Ehepaar mit seinen drei und und der Glaube an die Kraft des Volksneun Jahre alten Kindern, das nach willens. »Die Grenze wird nie wieder Frankfurt am Main übersiedeln will, dicht gemacht. Das können die sich bildet in Rudolphstein eher die Ausnahnicht mehr erlauben«, heißt es jetzt aus Manfred Präcklein

dpa. BONN. Zunehmend befürchten die Bürger der Bundesrepublik, daß die stei-genden Kosten für Unterbringung, Unter-halt und Eingliederung der DDR-Flüchtlin-ge, sonstige Übersiedler und die Aussiedler aus laufenden Steuermitteln nicht mehr erbracht werden können. Auch der erst noch aufziehende Reformprozeß in der DDR selbst mit entsprechenden Forderungen an Bonner Hilfen könnte zu einem »Faß ohne Boden« werden, heißt es gele-

In der Bundesregierung geht man davon. aus, daß die Folgeaufwendungen der Reisewelle aus den laufenden Etats ohne Nachtragshaushalte und ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen finanziert werden können. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat sogar angedeutet, daß der Bund den Ländern und Gemeinden beim Krisenmanagement auch mit weiteren Finanzen behilflich sein will.

Neben dem Wohnungsprogramm, das jährlich zwischen einer bis zwei Milliarden Mark verschlingen wird, aber nicht allein den Übersiedlern zugerechnet werden kann, sind noch keine konkreten Vorstellungen entwickelt. Unklar ist zum Beispiel, in welchem Umfang sich die Bundesrepublik an den in Österreich, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei entstandenen Kosten für Transporte und Hilfsaktionen beteiligen wird.

Einschränkungen beim Eingliederungs geld von 200 Mark sind, so war zu erfahren, derzeit ebensowenig vorgesehen, wie eine Beschneidung des Begrüßungsgeldes von 100 Mark für die Touristen unter den DDR-Bürgern, wofür 1988 rund 261 Millionen Mark ausgegeben wurden.

Mögliche Mehranforderungen an den Etat 1990 werden jetzt schnell noch unter »globalen Mehrausgaben« versteckt. Ein DDR-Opfer der Bürger von zehn Mark monatlich oder ähnlich soll es trotzdem nicht geben. Dazu fließen trotz der dritten Stufe der Steuerreform 1990 die Einnahmen zu gut. Bund, Länder und Gemeinden können mit rund zehn Milliarden Mark mehr Steuern rechnen als bisher geschätzt.

Bei Forderungen nach Übernahme der Reisedevisen verhält sich Bonn reserviert: Politisch geht es ja nicht mehr darum, die Öffnung der Grenzen zu flankieren, sondern die Wirtschaftsreformen - aber nicht mit neuen Barmitteln und erst recht nicht zur Finanzierung des Konsums, wozu die Reisen nun einmal gehören.

Bonn weiß, daß ein Hilfspaket an die DDR unumgänglich ist. Im Vordergrund stehen dabei Investitionen, mit denen Devisen hereinkommen, die letztlich nicht nur beim Staat, sondern auch bei Privaten landen. Daraus ließen sich unreglementiert West-Reisen bezahlen.

Ein Experte brachte das auf die Kurzformel: »Wir müssen jetzt den Reisestrom umkehren«. Das soll nicht heißen, daß die Übersiedler zurückgeschickt werden, sondern daß die DDR möglichst schnell mit westdeutschem know-how Hotels und Pensionen im Thüringer Wald, Erzgebirge, Vogtland, Spreewald und an der Ostsee baut und verschönert sowie anderweitig die Bedingungen schafft, um die von Südsee, Costa Brava und Adria gesättigten Bundesbürger anzulocken.

Hier sind am schnellsten Devisen zu machen, die zum Teil zum langwierigeren dauerhaften Aufbau der Gesamtwirtschaft verwendet werden können. In dem Maße, in dem das gelingt, legen Ostberlin und auch Bonn die Grundlagen für unsubventionierte Reisen von DDR-Bürgern.

Aus Regierungskreisen verlautet, daß es in der Übergangsphase von Liberalisierungen und vermehrter Profitanreize keine Bonner Einzelleistungen geben wird, sondern allenfalls Paketlösungen. Dazu gehört auch, daß die DDR vom offiziellen Tauschkurs von D-Mark und Ost-Mark von eins zu eins abgeht. Steht am Ende ein freier Handel, könnte aus der geringgeschätzten Ost-Mark ein echtes Pfund werden.

Bonn betont, Devisen habe die DDR elbst: 800 Millionen erhält sie 1990 aus der Transitpauschale plus je 30 Millionen für die Grunderneuerung von Teilstücken der Transitautobahnen sowie für den ge-

Wolfgang Bunse

»Laß' liegen Lieschen – das ist zu teuer«

Ost-Mark erlaubt keine großen Sprünge / Kostenlose Fahrscheine für DDR-Bürger in Westberlin

rtr. BERLIN. Der blonde Knabe wähnte stellt der stellvertretende KaDeWe-Organisich auf einem anderen Stern. »Ja, bin ick den hier uff'm anderen Planeten«, fragte sich der junge Ostberliner, als im Fahrstuhl vom »Kaufhaus des Westens« (KaDe-We) die Angebote der verschiedenen Etagen durchgesagt wurden. Als der Lift in der Audie- und Video-Abteilung stoppte, hielt es ihn und seine zwei Freunde nicht mehr im Lift. Mit dem Schlachtruf »Technik, Technik« stürmten die drei Halbwüchsigen los, mit der festen Absicht, ihre paar West-Mark umzusetzen.

Doch die Ostberliner, die am Freitag zu Tausenden in den wohl bekanntesten Konsumtempel Berlins drängten, um sich endlich mal mit eigenen Augen ein Bild von dem vielgerühmten Angebot zu machen. brauchen zur Erfüllung allfälliger Wünsche keine West-Mark mehr. Neben kostenlosem Begrüßungskaffee bietet das Ka-DeWe den Kunden aus dem Ostteil der Stadt seit dem Morgen eine Einkaufshilfe besonderer Art: es kann in DDR-Mark bezahlt werden. Den Kurs 1:10 hat sich das Haus von der Bank durchgeben lassen. »Wir wollen niemanden übervorteilen«, sationsleiter Fridthjof Hager sein Haus ins rechte Licht.

Doch dieser Kurs ist für die meisten zu hoch. »Det kann ick nich zahlen«, kommentierte ein älterer Ostberliner die Offerte. »Laß' liegen Lieschen - zu teuer«, riet ein Ehemann seiner Frau, die in der Lebensmittelabteilung mit den großen Stükken Schwarzwälder Schinken zu 34,80 West-Mark liebäugelte. An der Sektbar, an der zwei füllige Damen aus dem Westen ausführlich die neue Lage im Osten diskutierten, hatte sich noch kein Kunde aus der DDR gemeldet. Auch die gepflegte Dame aus der edlen Kosmetikabteilung meldete Fehlanzeige: »Bei uns hat noch niemand in DDR-Mark gezahlt - ist wohl auch zu

Besser lief das Geschäft hingegen in der Süßwaren- und der Drogerieabteilung. Schokolade, Bonbons, Colgate-Zahnpasta und Lux-Seife fanden guten Absatz, vermeldeten Verkäuferinnen. Die 57jährige Gisela Leander aus Wolfersdorf bei Ostberlin, die sich gleich am frühen Morgen auf den Weg gen Westen gemacht hatte, fand

es gar nicht so traurig, daß sie im KaDeWe nicht groß konsumieren konnte. Sie kam »einfach nur zum Schauen«. Und das allein sei schon prima, besonders jetzt, vor Weihnachten.

Vom kostenlosen Eintritt in allen Museen Westberlins, der freien Fahrt mit allen Verkehrsmitteln und den Ermäßigungen bei vielen anderen Attraktionen ist Frau Leander begeistert. Und sie hat auch schon an Bundeskanzler Helmut Kohl geschrieben, daß sich Städte in Westdeutschland

daran ein Beispiel nehmen sollten. Die Westberliner jedentalls wollen den nun reisefähigen Ostberlinern noch mehr kostenlose Unterhaltung in der Stadt bieten. Ein japanischer Autokonzern will 10000 DDR-Fußballfans Karten für das Spiel Hertha BSC gegen Wattenscheid 09 zur Verfügung stellen. Susanne Höll

Zum 14. Geburtstag einen Personalausweis

rtr. BERLIN. Jeder Bürger der DDR erhält zu seinem 14. Geburtstag einen Personalausweis. Das siebeneinhalb mal zehneinhalb Zentimeter große dunkelblaue Dokument gilt zehn Jahre. Bislang konnte man damit nur in sozialistische Länder reisen. Jetzt kann jeder DDR-Bürger in den Paß- und Meldestel-Jen ein Visum für die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin beantragen, das für ein halbes Jahr gilt. Die Nartezeit in den völlig überlasteten Meldestellen beträgt mehrere Stunden. Dieses Visum kann an den Meldestellen oder direkt an der Grenze abgeholt werden. Einen privaten Reisepaß erhielten in der DDR bislang nur Personen, die befugt waren zu reisen wie Rentner. Pässe wurden auch bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten ausgestellt. Dieser neun mal 13 Zentimeter große blaue Paß hatte in der Regel eine Gültigkeit von zwei Jahren. Jetzt kann jeder DDR-Bürger einen Paß beantragen.

planten Südübergang in Berlin.

Ungläubig stehen viele vor dem Paßamt Schlange

»Ich bin fast hysterisch vor Freude geworden« / Aber noch herrscht in Leipzig auch Skepsis

ap. LEIPZIG. Das Warten kann Stunden dauern.« Der Volkspolizist vor der zentralen Paß- und Meldestelle der Stadt Leipzig blickt staunend auf die Menschenschlange, die sich die Dimitroffstraße entlangzieht. Hunderte stehen schon morgens um acht Uhr in Dreier- und Viererreihen an, um sich ein Visum für die Ausreise oder auch nur einen Besuch in der Bundesrepublik zu holen. »Ich habe es heute morgen kurz vor sieben erfahren, als mich meine Kusine aus Westberlin anrief und sagte: 'Ich hol' Dich ab'«, erzählt Brigitte Sannewinkler und fährt fort: »Ich bin fast hysterisch geworden vor Freude.« Schon am nächsten Wochenende will sie eine Stipvisite nach Westberlin machen.

Doch noch immer kann das Mitglied des »Neuen Forum« nicht glauben, was geschehen ist. »Gestern haben wir uns noch bis in die Nacht die Köpfe heiß geredet, und jetzt stehen wir hier Schlange«, sagt sie kopfschüttelnd. Es sind meist junge Leute, die vor dem grauen und einschüchternden Gebäude warten. Fast alle haben die Neuigkeit durch Funk oder Fernsehen erfahren. »Ich habe das gar nicht geglaubt. Wir haben von 'Heute' zur 'Tagesschau' und zur 'Aktuellen Kamera' geschaltet, um

es immer wieder zu hören«, sagt Karsten Birkigt. Der 27jährige Handwerksmeister aus Markkleeberg will erst einmal einen Probebesuch im Westen machen. »Man weiß ja nicht, wie das ist und wie einen die Leute behandeln«, meint er. »Wenn es einem gefällt, kann man es sich ja immer noch überlegen.«

So recht glaubt der Handwerker nicht an die Wende in der DDR. Die neue Regelung, sagt er, sei doch wohl der Versuch, »uns Futter vorzuwerfen, um abzulenken«. Die nächste Montags-Demonstration in Leipzig werde zeigen, wieviele Leure sich damit zufrieden gäben. Seine Frau ist noch skeptischer als er. Sie meint: »Genauso schnell wie die aufmachen, machen die auch wie-

Die neue Ausreisepraxis hat in Leipzig wie eine Bombe eingeschlagen. Sie ist das Thema bei zahlreiche Diskussionen unter Passanten, sie hat zu erstaunlicher Flexibilität bei Behörden und Unternehmen geführt. Viele Außenstellen der Volkspolizei öffneten angesichts des zu erwartenden Ansturms früher als üblich. Und Fotografen machten lange vor den normalen Off-

nungszeiten Paßbilder für Ausreisewillige.

»Wir schauen uns jetzt auch in der Stra-Benbahn viel freier in die Augen«, beschreibt eine der Wartenden den politischen Klimawechsel.

Viele in der Schlange wollen nur einmal nach Westberlin, um einzukaufen. Doch für andere ist der Entschluß zur Ausreise unwiderruflich. Die 17jährige Kerstin etwa will »mit dem Bruder rübermachen«. Sie hat sich eigens einen Tag Urlaub genommen, um den Ausreiseantrag zu stellen, berichtet sie. Alle ihre Freunde und Bekannten seien schon im Westen.

Die Schlange der Wartenden windet sich über eine Treppe in den ersten Stock des Paßamtes. In der Amtsstube drängen sich die Menschen. Fünf Beamte versuchen, der Flut von Visaanträgen Herr zu werden. Wie rasch in der DDR die Wende abläuft. zeigt sich überall im Raum. Auf den Auschlagetafeln über den Schaltern steht noch immer »Rentnerreisen« und »Dienstreisen«. Über allem wacht ein Farbporträt des ehemaligen Ministerpräsidenten Willi Stoph. Die Luft im Raum ist verbraucht, es ist drückend heiß. Doch die Stimmung ist gut. »Ich habe so lange gewartet, da kommt es auf ein paar Stunden nicht an«, sagt Erich Beimann einer.



GEMEINSAME ARBEIT verrichteten gestern am Berliner Grenzübergang Invalidenstraße Polizisten aus dem West- und Ostteil (rechts) der Stadt.



RENTENSYSTEM muß reformiert werden, weil sich das Verhältnis Beitragszahler und Rentenempfänger in den kommenden Jahren dramatisch verändert.

Verbilligte Zwischenkredite für Bausparer

sb. SCHWÄBISCH HALL. Das von der Bundesregierung beschlossene Bauspar-Zwischenfinanzierungsprogramm nach Ansicht der Bausparkasse Schwäbisch Hall auf ein ebenso lebhaftes Interesse stoßen, wie die vergleichbare Aktion im Jahre 1982. Damals waren die Fördermittel in einigen Bundesländern bereits nach wenigen Wochen vergriffen. Die Bausparkasse empfiehlt daher allen Interessenten, schnell zu handeln. Denn die staatlichen Zinsverbilligungsmittel von 500 Millionen DM werden auch diesmal nach dem vergeben, »Windhundverfahren« heißt, wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Die Anträge auf Zinsverbilligung können bei den kreditgebenden Bausparkassen und Banken gestellt werden. Die Vergabe der Fördermittel ist an den Bau und Ersterwerb von eigengenutzten Wohnungen gebunden.

Bahn macht weniger Schulden

ap. FRANKFURT. Die Bundesbahn wird bis 1990 rund 47 Milliarden DM Schulden machen und damit weniger in der roten Zahlen geraten als ursprünglich geplant. Vorstandsvorsitzender Reiner Gohlke sagte allerdings, daß die Defizite steigen müßten, wenn die Bundesregierung nicht mehr Geld zur Verfügung stelle. Von der Bundesregierung forderte der Bahnmanager eine »klare Strategie für die Zukunft«.

M.A.N.-Lastwagen laufen auf vollen Touren

dpa. MÜNCHEN. Bei der M.A.N. Nutzfahrzeuge AG, München, setzt sich nach einem Rekordjahr 1988/89 (30. Juni) der Auftragsboom fort. Die Kapazitäten sind voll ausgelastet. Die Produktion, die 1988/ 89 um 16 Prozent auf 27 500 Fahrzeuge wuchs, soll sich in diesem Geschäftsjahr auf über 31 000 Fahrzeuge erhöhen. Nach der schon beschlossenen Übernahme des Lastkraftwagenbereichs der Steyr-Daimler-Puch AG, Wien, zum 1. Januar 1990 macht sich das Tochterunternehmen der M.A.N. AG, München, jetzt Hoffnung. zusammen mit der Daimler-Benz AG, Stuttgart, in einem Konsortium (M.A.N.: 80 Prozent, Daimler: 20 Prozent) bei der Privatisierung des Nutzfahrzeugherstellers Enasa SA, Madrid, den Zuschlag zu bekommen. Enasa erwartet 1989 etwa 1,5 Milliarden DM Umsatz bei einer Produktion von 10 000 schweren Lastwagen. M.A.N. würde damit seinen Marktanteil in Europa bei mittleren und schweren Nutzfahrzeugen von acht Prozent verdoppeln. Der Umsatz der M.A.N. Nutzfahrzeuge AG erhöhte sich 1988/89 um 10,5 Prozent auf 4,3 (Vorjahr: auf 96,5 (47,9) Millionen DM.

Rentenversicherung wird auf neue Basis gestellt

Kernpunkte des Reformpaketes / Altersaufbau der Gesellschaft zwingt zu Änderungen

Hundert Jahre ist die Rentenversicherung alt. Da wird sie zum zweitenmal in diesem Jahrhundert durchgreifend reformiert. Mit dem Reform-Paket, das der Bundestag diese Woche verabschiedet hat, haben CDU/CSU, SPD und FDP die Altersversorgung der meisten Bundesbürger auf eine solidare finanzielle Grundlage gestellt. Ohne diese Reform hätten den Rentenkassen in den nächsten 15 Jahren geradezu abenteuerliche Defizite gedroht, da der Anteil der Rentner an der Bevölkerung immer größer wird und weil die Bundesbürger immer früher in Ruhestand treten.

Mit dem jetzt geschnürten Maßnahmenbündel sollen die Kassen zumindest bis über das Jahr 2010 hinaus flüssig gehalten werden. Dazu werden alle Seiten beitragen müssen. Die jährlichen Rentenerhöhungen werden flacher ausfallen, die Beitragssätze der Aktiven und der Zuschuß des Bundes werden steigen. Die Altersgrenze für den Bezug der vollen Rente schließlich wird nach und nach wieder auf 65 Jahre herauf-

Ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Rentenkassen auch im Jahr 2030 wenn nach bisheriger Vorausschätzung mit den größten Problemen zu rechnen ist - gefüllt zu halten, wird von einigen Fach-leuten bezweifelt. Tatsächlich ist es unmöglich, jetzt schon genau vorherzusagen, was in 40 Jahren sein wird. Auch die große Rentenreform von 1957 hat nur etwa 30 Jahre gehalten.

Das nach mehrjährigen Vorbereitungen etzt beschlossenen Gesetz bringt eine Fülle von Änderungen bei der Anrechnung von einkommensfreien Zeiten wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Ausbildung. Das ursprünglich als Vereinfachung angekündigte »Gesamtleistungsmodell« für diese Anrechnungen ist aber immer noch so kompliziert, daß es dem Normalbürger weiterhin nahezu unmöglich sein wird, sich selbst einen Überblick darüber zu verschaffen, wie hoch seine Rente später einmal sein wird. Auch ohne diesen Überblick haben Experten für alle, die erst in 20 oder 25 Jahren in Rente gehen, den Tip parat, sich nicht auf die gesetzliche Rentenversicherung allein zu verlassen. Wer im Alter seinen Lebensstandard halten will, sollte zusätzlich Vorsorge treffen.

Zu den Kernpunkten des Reformpaketes gehören unter anderem:

RENTENHÖHE: Die Renten sollen lohnund beitragsabhängig bleiben, jährlich aber nur noch in dem Maße steigen wie die verfügbaren Nettoeinkommen der Arbeit-

BEITRÄGE: Der derzeitige Beitragssatz wird schrittweise von jetzt 18,7 Prozent auf voraussichtlich 20,2 Prozent im Jahr 2000 und 21,4 Prozent im Jahr 2010 stei-

Schrottwirtschaft: Mülldeponien sind voll

dpa. DÜSSELDORF. Die bundesdeutsche Schrottwirtschaft sagt den Kollaps der Müllentsorgung für die nächsten Monate voraus. Nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Schrott-Recycling-Wirtschaft (BDS), Reinhold Berlekamp, wird schon in einigen Wochen auf den Deponien für Abfall kein Platz mehr sein. In Berlin sei bereits längst kein Raum auf den Müllkippen vorhanden, und in der Region Frankfurt wisse die Branche von Januar 1990 an nicht mehr wohin mit dem Abfall. Ähnlich sehe es vielerorts im Bundesgebiet aus. Berlekamp: »Es droht das Chaos.« Zwar forderte er den Bau weiterer Müllverbrennungsanlagen. Doch könnten diese frühestens in fünf Jahren wegen langwieriger Genehmigungsverfahren ihre Arbeit aufnehmen. Trotz dieser Sorgen hat die Schrottwirtschaft 1989 ein »gutes Jahr« hinter sich gebracht. Es gebe, so der Präsident, »noch auskömmliche Schrottpreise«. 40 Prozent oder rund 300 Millionen Tonnen der Weltstahlproduktion, die 1989 die Rekordmenge von 791 Millionen Tonnen erreichen werde, seien auf der Basis von Schrott hergestellt worden.

gen. Öhne Reform würde er 22,1 bezienungsweise 24,5 Prozent erreichen.

BUNDESZUSCHUSS: Der Beitrag des Bundes zu den Rentenausgaben soll vor der Reform angehoben werden, und zwar um 300 Millionen Mark im Jahr 1990 und weitere 2,3 Milliarden Mark 1991. Weitere 4,8 Milliarden Mark sollen der Rentenversicherung im Jahr 1992 überwiesen werden. Mit diesem Betrag sollen die bisherigen Aufwendungen des Bundes für Kindererziehungszeiten pauschaliert dem Bundeszuschuß zugeschlagen werden. Der so erhöhte Bundeszuschuß soll ab 1992 entsprechend der Bruttolohnentwicklung und entsprechend den Veränderungen des Beitragssatzes in der Rentenversicherung fortgeschrieben werden. Die Aufwendungen für die Anrechnung der Kindererziehungszeiten werden ab 1992 nicht mehr gesondert durch den Bund erstattet.

ALTERSGRENZEN: Vom Jahre 2001 an soll das Rentenalter schrittweise auf generell 65 Jahre erhöht werden. Bis 2005 soll die Altersgrenze jährlich um drei Monate und danach um sechs Monate pro Jahr erhöht werden. Langjährig versicherte Männer müssen damit von 2006 an bis 65 lahre arbeiten. Für Frauen und Arbeitslose wird diese Altersgrenze erst ab 2012 verbindlich, wenn sie die volle Rente haben wollen. Die vorgezogene Altersgrenze von 60 Jahren soll für Schwerbehinderte sowie für Berufs- und Erwerbsunfähige erhalten

TEILRENTEN: Wer will, soll bis zu drei Jahre früher in Rente gehen können, muß allerdings Abschläge hinnehmen. Auch Erwerbstätigkeit über das 65. Lebensjahr hinaus soll möglich sein. Das bringt eine Rentenerhöhung. Auch Teilrenten sollen

möglich werden. Dabei sind höhere Hinzuverdienstgrenzen als bei vollen Altersren-

ARBEITSLOSIGKEIT UND KRANK-HEIT: Für Zeiten mit Lohnersatzbezug (Arbeitslosengeld und -hilfe sowie Krankengeld) sollen Beiträge auf der Basis von 80 Prozent des früheren Bruttoverdienstes ge-

REN'TE NACH MINDESTEINKOMMEN: Die bisherige Regelung, nach der Versi-cherte mit 25 Versicherungsjahren und geringen Verdiensten bis 1972 so gestellt werden, als hätten sie 75 Prozent des Durchschnittsbeitrags gezahlt, soll in modifizierter Form verlängert werden: Pflichtbeiträge bis 1991 werden für Versicherte mit mindestens 35 Versicherungsjahren (einschließlich Kinderberücksichtigungszeiten) auf das Anderthalbfache aufgestockt, höchstens jedoch auf 75 Prozent des Durchschnittsbeitrags. Diese Neuregelung soll ab 1992 für neue Renten und für den Rentenbestand gelten.

KINDERERZIEHUNG UND PFLEGE: Für Geburten ab 1992 sollen zwei weitere Kindererziehungsjahre eingeführt werden. Sie kommen jedoch nur dem Elternteil zugute, der in den ersten Lebensjahren des Kindes nicht erwerbstätig ist. Bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes werden Kinderberücksichtigungszeiten anerkannt, die für die Erfüllung der Wartezeit von 35 Jahren, für die Aufrechterhaltung des Invaliditätsschutzes, für die Rente nach Mindesteinkommen und für die Bewertung von Anrechnungszeiten bedeutsam sind. Die Bedingungen zur Entrichtung von Beiträgen für ehrenamtliche Pflegepersonen solen verbessert werden. Berücksichtigungszeiten wie bei der Kindererziehung sollen auch bei Pflege gelten.

FREMDRENTEN: Besser- oder Schlechterstellungen von Über- und Aussiedlern im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung werden abgebaut. Dies erfolgt unter anderem dadurch, daß die Zurechnung zu Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen, nach denen die Tabellenwerte für die Rentenberechnung aufgestellt werden, stärker differenziert sind.

Börse euphorisch

(sc). Über die deutsche Börse zog zu Wochenbeginn nochmals ein kräftiges Gewitter, bevor sich der Himmel schlagartig aufhellte. Per Saldo konnten die Kurse um durchschnittlich drei Prozent zulegen. Die Kursschwäche am Montag und Dienstag war noch die Nachwirkung des »Mini-Krachs« am 16. Oktober. Seit der Wochenmitte wird der Aktienmarkt von den deutsch-deutschen Ereignissen beherrscht.

Eine Initialzündung brachte das Acht-Milliarden-Mark-Wohnungsbauprogramm, was die Aktien aller Firmen, die direkt und indirekt mit dem Wohnungsbau zu tun haben, nach oben schießen ließ. Stark gefragt waren auch Konsumwerte. Zum Wochenschluß ging die Nachfrage zunehmend in die Breite, wobei die Stimmung teilweise euphorische Züge an-

Völlig auf dem falschen Fuß erwischt wurden die ausländischen Großanleger, die nach dem Kurseinbruch Mitte Oktober von deutschen Aktien die Nase voll hatten und in den letzten Wochen anfingen, ihre Bestände abzuladen. Voraussichtlich werden sie ihr Verhalten kurzfristig noch einmal überdenken. Denn die Wahrscheinlichkeit, daß das politische Geschehen auch für die deutsche Börse ein historisches Ereignis wird, sind sehr hoch einzuschätzen. Auch wenn die Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bisher nur in chwachen Konturen zu erkennen sind.

Völlig in den Hintergrund treten werden vorerst die Themen – vor allem die steigenden Zinsen -, die die Böre in letzter Zeit belastet haben. Wenn der Aktienmarkt richtig in Fahrt kommt, werden alle aufspringen, auch die, die sich noch vor vier Wochen von der Börse verabschiedet haben. Der fast überall totgesagte deutsche Aktienmarkt kann daher sehr schnell wieder seine Auferstehung feiern.

Börsen-Indizes	10. Nov.	(3. Nov.)
Dow Jones (New Yorl	k) 2622,34	(2629,51)
Nikkei (Tokio)	35 663,20	(35 494,86)
FTimes 100 (London	2218,10	(2173,10)
Swissindex (Zürich)	1104,10	(1085,30)
Dax (Frankfurt)	1496,69	(1449,90)
(New York und Lond	don 16 Uh	r MEZ)

Hewlett-Packard baut in Böblingen Fertigungszentrum

sb. BÖBLINGEN. Die Hewlett-Packard GmbH, Böblingen, erweitert mit einem neuen Fertigungs- und Logistik-Zentrum ihre Aktivitäten am Standort Böblingen. Nach Angaben des Unternehmens werden auf 40 000 Quadratmetern an der Herrenberger Straße die Produktion von Computern und Medizinelektronik sowie die Warendistribution in einem neuen Gebäude untergebracht, dessen Bau 150 Millionen DM kostet. Die Logistik und Distribition des Computer-Unternehmens, das heute in acht angemieteten Gebäuden im Raum Böblingen untergebracht ist, werde völlig neu organisiert. Das neue Fertigungs- und Logistik-Zentrum mit seinen 600 Arbeitsplätzen soll bis Anfang 1992 fertiggestellt sein. Die Hewlett-Packard GmbH ist mit 5500 Mitarbeitern die größte Auslandstochter des US-Computer-Konzerns Hewlett-Packard Co., Palo Alto/Kalifornien. Im Geschäftsjahr 1987/88 (31. Oktober) stieg ihr Umsatz um 14 Prozent auf 2,86 Milliar-

Veba verbessert Ertrag dpa. DÜSSELDORF. Der Veba-Konzern

hat in den ersten drei Quartalen dieses Jahres kräftig zugelegt: Der Umsatz stieg um 13,4 Prozent auf 36,8 Milliarden DM und der Konzernüberschuß auf 645 (Vorjahreszeit: 565) Millionen DM. Auch für das vierte Quartal wird im Konzern eine Fortsetzung der »stabilen Geschäftsentwicklung« erwartet, heißt es in einem Aktionärsbrief. Damit werde ebenfalls für das Gesamtjahr mit einer Steigerung des Ergebnisses gerechnet. Zum Anstieg der Erlöse hätten alle Sparten beigetragen

Eheproblem mit Steuerkarten

Die richtige Steuerklasse läßt das Geld in der Haushaltskasse

sb. BONN. Nichts ist beständig. Auch das Steuerrecht ändert sich. Deshalb sollten alle, die in diesen Tagen ihre Lohnsteuerkarte für das Jahr 1990 erhalten haben, neben den üblichen Personalangaben die Einstufung in die Steuerklasse überprüfen. Dies gilt vor allem für Eheleute, die beide Lohn oder Gehalt beziehen. Denn aufgrund der Steuerreform 1990 kann die bisherige Einstufung für den Lohnsteuerabzug ungünstig geworden sein. Zur Ermittlung der richtigen neuen Klassen hat das Bundesfinanzministerium jetzt Tabellen vorgelegt, die nach der Höhe der beiden Gehälter der Eheleute und nach der Rentenversicherungspflicht unterscheiden. Dabei zeigt sich: die richtige Steuerklasse läßt das Geld in der Haushalts-

Die Kombination der Steuerklasse III für den höherverdienenden Ehegatten und V für den geringerverdienenden Partner ist immer dann sinnvoll, wenn der Einkommensabstand vergleichsweise hoch ist. Ist er gering, empfiehlt sich die Kombination IV/IV. Die Entscheidung für die Steuerklassen hat aber nichts mit der Höhe der Jahressteuerschuld zu tun. Sie wird auch künftig nachträglich über den Jahresausgleich ermittelt und mit Erstattungen oder Nachzahlungen ausgeglichen

Zur Feststellung des jeweiligen Betrages in den neuen vom Ministerium herausgegebenen Tabellen ist vom monatlichen Bruttolohn zuvor jeder Freibetrag - mit Ausnahme des Grundfreibetrags und der Kinderfreibeträge - abzuziehen. Die Kinderfreibeträge werden im System der Tabelle selbst berücksichtigt. Ein Beispiel: Bei einem Arbeitneh-

mer-Ehepaar ohne Kinder, beide rentenversicherungspflichtig, bezieht der höherverdienende Ehegatte einen Monatslohn (nach Abzug etwaiger Freibeträge) von 4000 DM. Wenn in diesem Falle der Monatslohn des weniger verdienenden Ehegatten nicht mehr als 2727 DM beträgt, führt die Steuerklassenkombination III/V zur geringsten laufenden Lohnsteuer. Hat das Ehepaar zwei Kinder, so sollte das zweite Einkommen in gewählten Zahlenbeispiel nicht mehr als 2430 DM betragen. Andernfalls wäre IV/IV vorzuziehen. Ist unter den sonst gleichen Bedingungen der höherverdienende Ehegatte rentenversicherungsfrei, ist III/V günstiger, wenn das Einkommen des weniger Verdienenden 2124 DM nicht übersteigt.

Wer sich nicht ganz sicher ist, ob die Einstufung in die Steuerklasse für ihn günstig ist, kann sich, muß sich aber nicht beim Finanzamt beraten lassen. In vielen Unternehmen geben auch die Lohn- und Gehaltsstellen sowie der Betriebsrat dazu gerne Auskunft.

10. 11. Auslandsaktion

BORSEN-FA	ER
Pflichtblatt der Ba.	Hen
Wertpapierbörse zu outtgart	
Deutschland-Hauss	ie
An den deutschen Akti	enmärkten stand
Geschehen gestern ganz	im Zeichen der Er

das

reignisse in der DDR. Die Offnung der DDR-Grenze ließ Phantasie aufkommen, daß die Unternehmen aus der Bundesrepublik in der DDR ein »Wirtschaftswunder« erleben könnten. »Wir habon eine Deutschland-Hausse« bemerkte ein Händler. Die Kauforders träfen auf einen leergefegten Markt, nachdem noch vor wenigen Tagen kaum jemand Vertrauen in die deutsche Börse gehabt habe. Der Strom der Übersiedler verhalf vor allem Bau- und Kaufhauswerten zu deutlichen Aufschlagen um his zu 15 Prozent, Einige Borsianer zeigten sich aber weiterhin pessimistisch. Die Entwicklung an der Zinsfront sei immer noch ungewiß. - Tatsächlich stieg am Rentenmarkt die Durchschnittsrendite auf 7,50

In Stuttgart stiegen Boss Stämme um 40 auf 1350 DM. IWKA kletterten um 11,50 auf 289,50 DM. DLW wurden mit 712 (plus 14) notiert und Traub mit 377 (plus 11) DM. Faz. 10. 11.: 634,84 (623,07) Dex. 10. 11.: 1406,69 (1462,96) Dow Jones, 9. 11.: 2603,69 (=19,67)

Zinssätze und Renditen

Diskont: 6.0 Prozent, Lombard: 8.0 Prozent Finanzierungsschätze des Bundes: Ein Jahr 7.25 Prozent, zwei lahre 7.50 Prozent Bundesschatzbriefe: Typ A (6 Jahre) Endrendite 7,36 Prozent, Typ B (7 Jahre) 7,50 Prozent. Bundesobligationen: Serie 87/89 (5 Jahre ab 20. Dezember 89): Zins 7,25 Prozent, Ausgabekurs 99,50 Prozent, Rendite 7,37 Prozent.

Huttgart	Drv.	9, 11,	10. 11.
kckermann	9.0	220	223
vesculap	9.0	450 G	461
EG	2.4	243	246,50
Ng V Ng Rentenanst B	10.0	665 G	685
Vig Rentenanst B	7.0	2540 G	2540
Ulg. Rentenanst C	7.0	2070	2070
ulg Rentenanst D	7.0	3330 TG	3350 bG
Ilianz Leben	9.0	2895	2955 bG
Ulianz Versicherung		2058	2065
illweiler St A .	0.0	330 TB	330
Ulweiler VA	6.0	225 G	225 G
TB	3.50	193	190,50
ud	4,0	665	655 G
Badenwerk	7.0	215	214
Badenwerk Bad -Wurtt Bank	12.0	614	617
BASE	12.0	268.10	269
Bayer	12.0	279	280,50
BBS VA	12.0	620 bG	620 G
Hingur+Berger	10.0	575	660
MW	12.5	522	534,50
ioss St A	-,-	1310	1350 bG
oss VA	22.0	1200 bG	1250 bB
Brauerei Cluss	5.0	405 G	405 G
alwer Decken	27.0	811	811 G
Commerzbank	9,0	254,50	258
Daimler ,	12.0	654	662
Deutsche Bank	12.0	653	665
inkelacker		1400 G	1430 G
LW	12.0	698	712
Presdner Bank	10.0	326	332
x-Cell-O	-7	366	366
uchs Petrolub VA	6.0	203 G	205
sehe	10.0	470	479
leidelb Zement	8.0	1167	1200
loechst .	12.0	264,50	265
fohner	0.0	144	147 bG
fornschuch	5.5	160 bG	168
WKA	7.0	278	289,50
WKA	7.0	265	260 G
Colbenschmidt.	8.0	233,50	238 bB
(olb & Schule		431,20	431,20
(awaq	14,0	650	670
eonberger	4.5	203	203,50
ufthansa VA	4.0	144	149
√aho	6.0	352	358 bG
Mannesmann	6.5	229,50	240
Mannesmann Masch-Fabr Weing	6.0	420	435
Aercedes	12.0	519	524
Aetail und Lack	0.0	165,10	165,10
dinaral Libariannan	10.0	910 bG	810 bG
Moto Meter.	7,0	455 G	455 G
Auao	6.5	585 G	585 G
/IVG	16.0	388	397
vioto Meter. Viuag VVG Veckarwerke	7.0	318 G	318 bG
Vixdorf VA	4.0	319.50	319,50
Oberland Glas	9.0	319,50	326

orsche	11.0	113	700
reussag	. 5,0	312	308
rogress	6.0	282,50	283
TWE St A	8.0	312	317
WE VA	8.0	257	265
Salamander	8.0	412,50	434
AP	12.5	1602	1598
Schwabengarage	9.0	327	320
Schwaben Verlag	6.0	390 bG	390 G
Schwab Zellstoff	0.0	190 bB	184
Schweizer Electronic	,-	403	415
Sekt Wachenheim	10.0	1060 B	1060 B
EL	2.5	319.50	317
Siemens	11.0	545.50	558
ta Backermuhlen.	0.0	201 B	201 B
tutta Hofbriku.		806 bG	810 B
Stuttg Hofbrau VA	15.5	540	535 G
Sudzucker	11.0	700	690
Swd. Saiz		380 G	380 G
hyssen	5.0	212	224.50
raub		366 bG	377 G
rinkaus		402 G	402 G
/eba .		320	329.50
/er Altenburger		167 bB	167 B
/EW .		177	180
/er Fitz. Giengen	6.0	450 G	460 G
rer Filz. Giengen	7.6	304	309.80
/ag	10.0	415.20	432
W St	0,0	339	355
/W VA	11,0	680 bG	686
Veinig,			
Veru		521 bG	599 160 G
Voll Weil		160 bG	
Wurtt Cattun		1180 TB	1150
Vurtt Elektro	8,0	340 bG	340 G
Wurtt Feuer	10.0	1420	1425
Wurtt Hypo	12.5	670 G	670 G
Vurit Leinen	15.0	3000 G	3000 G
WMF St		460	485
WMF VA	5.0	398 TG	410 bG
Wurtt -Bad Vers	20.0	2420 G	2420 G
2eag	. 12.5	552	580 TG
Zeiss Ikon	10,0	366 G	366 G
Frankfurt			
Nach u Munchn Vers	12.5	840	875
ABB		640	643
Anzag .	60	350	346
Asko	15.0	730	745
Bay Hypobank	12.5	372.30	375
Bay Vereinsbank	13.0	355	364
	4.0	400	000

	Dt. Babcock St	5.0	195	198
	DSL		205	206
	Didier		256	264
	Douglas		689,90	730
	Dyckerhoff St		770 G	850
- 1			381	430 G
- 1	Dywidag		410.50	414
- 1	Enka		891	880 bG
	Escada VA			
	FAG Kugelfischer		345	358
	Feldmuhie Nobel		550	553,50
	Felten	5.0	173,50	175,50
	Frankfurter Hypo		900	915
	Goldschmidt		424,50	433
	Hamborner Bergbau .		479	495
	Harpener	. 12,5	484	490
	Henkel VA		527	534
	Henninger		680 T	700
	Hochtief	. 10.0	928	980
	Hoesch	. 8,0	228,50	233,80
	Holzmann	10.0	1055	1140
	Hombach VA	. 12.0	525	562
	Horten	6.0	297	310
	IKB		224	225
	IVG	. 7.0	605	590
	Kali Chemie		735	715,50
	Kalı+Salz		221.50	223.20
	Karstadt		574	605
	Kaufhof.		551	580 bG
	KSB St.		265	272
	KHD		169	173.50
	Klöckner		146,50	151
	Kraft Rheinfelden		330	328 G
	Lahmeyer		1070	1079
	Linde.	12.0	726	745
	Linotype	13.0	689	715
	M.A.N. St.		340	352.50
	Massa St		269	299
	Metalloesellschaft		443,50	458
			287	297,50
	Pfaff		569	569
	Philips Kommunik		340	342
	Puma VA		280	287
	PWA		1745	1775
	Rheinelektra		720 G	720
	Rhein. Hypo			
	Rheinmetall		360 bG	368
	Rosenthal		340	345
	Rütgers		634	650,50
	Schering		733,50	741
	Schmalbach		163	161 bG
	Schneider		820,50	845
	Schubert/Salzer		159,50	155
	Spar	8,5	332	352
	Springer		540	551
	Varta		368	379 bG
	VDO		280	289
	Wella VA	9,0	598,50	609
	•			

Additional part	9, 11,	
Alusuisse	1525	1550 bG
Anglo Am Corp	48	47,30
Alco 1	40,10	40.20
BP	8,60	8.65
Chase Manhattan	68.90	68,90
Chrysler	37,50	37,50
Ciba-Geigy Inh.	4250	4325
Du Pont	209 xD	210
Eastman Kodak	78.70	77,90
Exxon	84	83.50
Georg Fischer PS.	285 T	290
	14.30	14.35
Fiat St	83	82.50
Ford	81.70	82,50
General Motors	79	
Hewlett Packard		80,50
Hitachi	1840	1840
IBM	178,50	180,50
<u> ICI </u>	33,30	33
Π	106,50	106,50
Nestie	9210	9250
Oerlikon-Bührle Inh	1280	1280
Oliveth St	10,60	10,60
Philips	42,50	43,40
Pirelli	4,20	4,20
Robeco	92,60	94
Royal Dutch	119,50	119,50
Sandoz PS	2280	2255
SBG	4085	4110
Schweiz. Bankverein	382,50	384
Sony	107	108,50
Thomson CSF	51	51,90
Unilever	127,40	129,20
Xerox	104,90	104,50
		1
Optionsscheine		Ì
Baver 85/95	120,00	124,80
Deutsche Bank 83/91	359,00	369,00
Orescher Bank 83/90.	162,20	169,00
Hoechst 83/93	153.00	156,00
Siemens 83/90	291,50	301,50
Veba 83/93	154.50	165,50
1000 00 30 1 1111111111	•	
Metalle (DM je 100 kg)		. 11,
Aluminium		- 365
Biel in Kabein		-137,25
Kupter DEL)		-506,20
Messing 58 (1 Stufe)		- 451
Messing 58 (2 Stufe)		- 485

	Ciba-Geigy Inn.	4250	4325
1	Du Pont	209 xD	210
-	Eastman Kodak	78.70	77,90
	Exxon	84	83,50
	Georg Fischer PS	285 T	290
	Fiat St	14,30	14,35
	Ford	83	82,50
	General Motors	81,70	82,50
	Hewlett Packard	79	80.50
	Hitachi	1840	1840
ı	IBM	178,50	180,50
	IC1	33,30	33
	MT	106,50	106,50
	Nestie	9210	9250
	Oerlikon-Bührle Inh	1280	1280
	Oliveth St.	10,60	10,60
	Philips	42.50	43,40
	Pirelli	4,20	4,20
	Robeco	92.60	94
	Royal Dutch	119.50	119.50
	Sandoz PS	2280	2255
	SBG	4085	4110
	Schweiz. Bankverein	382.50	384
	Sony	107	108,50
	Thomson CSF	51	51,90
	Unilever	127,40	129.20
	Xerox	104.90	104.50
	Optionsscheine		
	Bayer 85/95.	120,00	124,80
	Deutsche Bank 83/91	359,00	369,00
	Dresdner Bank 83/90	162,20	169,00
	Hoechst 83/93	153,00	156,00
	Siemens 83/90	291,50	301,50
	Veba 83/93	154,50	165,50
	Metalle (DM je 100 kg)	10	11.
	Aluminium		- 365
	Bie in Kabein		- 137,25
	Kupter DEL).		- 506.20
	Messing 58 (1 Stufe)		- 451
	Messing 58 (2 Stufe)		- 485
	Messing 63.		- 499
	Messing 63,	492	- 459

Degussa Silber 1 kg

Alle Preise und Kurse ohne Gewäh

Investments	Ausg.	Rückn.		Ausg	Rückn
	10. 11.	10. 11.		10. 11.	10. 11
Adifonds	72,47	69.02	Hansa Int	45.30	43.77
Adilux	89.69	87.08	Hansarenta	44.70	43,19
Adirenta	21.91	21.27	Hansasecur	46,71	44.48
Adiverba	173.29	165,04	iii-Fonds	121,40	115.50
Agi Fonds I	179.71	171.15	desal. II	77.80	74.00
Allianz Inter-Rent	108.07	104,16	Industria	68.62	65,35
Allianz-Renten	119.49	116.58	Incenta	65.00	63.38
Andeka	59.31	56.35	Interglobal	159.45	151.8
BW-Benta.	46.07	44,95	Inter-Benta	35,35	34.30
BW Wartberg	120.35	116,00	Int. Renten	80.34	78.00
Concentra	43.29	41,23	investa	70,60	67.23
Dekatonds	55.20	52.44	Plusfonds	82.68	78.74
Dekalux	105.03	101.97	Privationds	71.90	68.4
Dekarent	33.08	32,12	Re-inrenta	194,95	190,1
Dekaspezial	204.60	194.57	Renditdeka	33.77	32.7
Desoa	88.34	83.93	MK-Rentak	189.55	180,0
Difa	179,90	170,90	Rentenspar	55.97	54.3
DIT-Eurozins	77.09	78.84	MK-Rentex	111.96	108.60
DIT-Rentenfonds	82.50	80.49	Ring Aktienfonds	38,50	36,7
Eurorenta	88.00	85.44	dal. Rentenfonds	45,50	43,4
Fondak	74.34	70.80	Thesaurus	295.58	281.5
Fondis	72.58	69,12	Transatianta	29,60	28,1
Fondirent	80.88	78,52	Unifords	33.50	31.8
Fondra	106.27	101.21	Unikapital	99.20	96,7
Ft. Amer	23.92	22.78	Unitux	81,10	78,6
Ft. Nippon	126.05	120,05	Unirak	78,65	74,8
Gerling Dyn	69,15	66,17	Unirenta	40,50	39,3
Gerling Rendite	51.64	50,14	VermAufb.Fonds	125,96	118,9
Grundbesitz	76,40	72,72	VermErtr.Fonds	94,10	90,4
Grundwert	138,30	131,09	Zürich Rendite	53,55	51,4
Devisen- u	ind !	loten	kurse		

Devisen- und Notenkurse							
Frankfurt 10, November 1989	Devisen Geld	Brief	Noten Ankauf	Verkauf			
1 US-Dollar	1,8477	1,8557	1,80	1,90			
1 Pfund Sterling	2,929	2,943	2,84	3,01			
1 ir. Pfund	2,656	2,670	2,56	2,73			
1 kanad. Dollar	1,5806	1,5886	1,52	1,63			
100 holl, Gulden	88,515	88,735	87,40	89,65			
100 Schweizer Franken	113,845	114,045	112,25	115,25			
100 belg, Franc	4,759	4,779	4,63	4,85			
100 franz. Franc	29,415	29,575	28,60	30,40			
100 dan, Kronen	25,725	25,845	24,60	26,40			
100 norw. Kronen	26,680	26,800	25,60	27,40			
100 schwed. Kronen	28,740	28,900	27,60	29,40			
1000 ital. Lire	1,3645	1,3745	1,31	1,41			
100 osterr. Schilling	14,183	14,223	14,05	14,35			
100 span, Peseten	1,580	1,590	1,52	1,64			
100 port. Escudos	1,160	1,180	0,95	1,35			
100 jap. Yen	1,2955	1,2985	1,24	1,31			
100 Finnmark	43,210	43,410	42,20	44,20			
1 austral. Dollar	1,457	1,469	1,37	1,51			



JETZT SPRUDELT ER WIEDER auf dem Paradeplatz, der Hoffart-Brunnen in Mannheim. Dem 1893 von dem Mannheimer Künstler Johannes Hoffart geschaffenen Brunnen wurden vor 49 Jahren zur Metallgewinnung die Figuren abmontiert. 1977 waren die seitdem vermißten Figuren wieder aufgespürt worden. Wegen der schwierigen Eigentumsverhälnisse wurden allerdings von den Originalen Replikate angefertigt. Zur Vervollständigung des Brunnens fehlt jetzt noch die Grupello-Pyramide, deren Renovierung das Landesdenkmalamt jedoch erst genehmigen muß.

Ozonbelastung hielt sich in Grenzen

Keinen überdurchschnittlichen Anstieg verzeichnet / Spitzenwert unerreicht

ist im Sommer 1989 in Baden-Württemberg nicht überdurchschnittlich angestiegen. Dies geht aus der Antwort des Umweltministeriums auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der Grünen hervor, die am Freitag in Stuttgart veröffentlicht wurde. Zwischen Mai und September 1989 seien die Halbstunden-Mittelwerte zwar höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres gewesen. Der Spitzenwert von 324 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft, der 1988 in Mannheim gemessen wurde, sei jedoch 1989 nicht erreicht worden.

Gleichwohl wurde nach Angaben des Umweltministeriums der Richtwert von 120 Mikrogramm pro Kubikmeter, unterhalb dessen keine gesundheitlichen Schäden zu erwarten sind, an allen 39 Meßstationen des Landes überschritten. Ab 240 Mikrogramm pro Kubikmeter wird Perso-

Täglich 11 555 Besucher

lsw. BIETIGHEIM-BISSINGEN. Nach oben sind die Besucherzahlen der diesiährigen Landesgartenschau in Bietigheim-Bissingen im Abschlußbericht korrigiert worden. Insgesamt 1 652 322 Menschen besuchten vom 28. April bis 17. September die Gartenschau in der Enzaue. Statistisch kamen demnach täglich 11 555 Besucher. Weiterhin sucht die Stadt Bietigheim-Bissingen nach einem Käufer für Europas erste Bambusbrücke, die mit der naturwissenschaftlichen Experimentalschau »Phänomena« ein Anziehungspunkt des Grünfestivals gewesen ist.

lsw. STUTTGART. Die Ozonbelastung nen, die erfahrungsgemäß auf Luftschadstoffe empfindlich reagieren, vom Bundesgesundheitsamt empfohlen, sich im Freien keiner längeren körperlichen Anstrengung zu unterziehen. Dieser Wert wurde immerin an 13 Meßstellen überschritten

Dennoch seien die Ozonwerte nicht so hoch gewesen, wie durch das schöne Sommerwetter zu befürchten gewesen sei, so das Umweltministerium weiter. Hauptverantwortlich für die Entstehung des Ozon sind Stickoxide und Kohlenwasserstoffe. die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe im Kraftfahrzeugverkehr, in der Industrie und den privaten Haushalten entstehen. Kohlenwasserstoffe entstehen darüber hinaus bei der Verwendung lösungsmittelhaltiger Stoffe wie Farben und Lacke. Inter Sonneneinstrahlung bildet sich aus den Schadstoffen dann das gesundheitsschädliche Ozon.

Im Fahren die Scheibe geputzt

lsw. LEUTKIRCH (Allgäu). Eine Tote und zwei Verletzte hat ein Frontalzusammenstoß zweier Personenautos zwischen Isny und Leutkirch gefordert. Wie die Polizei mitteilte, kam es zu dem Unfall, als ein 47jähriger Autofahrer während der Fahrt seine Windschutzscheibe mit einem Tuch säubern wollte, wobei er auf die Gegenfahrbahn geriet und mit einem entgegenkommenden Wagen zusammenstieß. Während beide Autolenker mit leichten Verletzungen davonkamen, wurde ein Beifahrer im entgegenkommenden Auto tödlich ver-

letzten Tage der Menschheit - Theaterverein Auerhahn: 18. 11. Hamlet - Konzerte. Paulus-11. 11. Big Jay McNeely & Internat. Bluesquintett. 12. 11. Modern-Jazz-Session, 13. 11. Karl-heinz Miklin Quartett, 14. 11. March Simon, 15. 11. Scherrer usw., 16. 11. Buena Jazzband. 17. 11. Lolitas. 18. 11. Papa Calienta. 19. 11. Free Dig Big Band – Ausstellungen. Augustinermuseum: (bis 3, 12.) Hans Thoma, Lebensbilder

Freudenstadt. Kursaal: 17, 11. Oh diese Män-

11., 17., 18., 19. 11. Wo treue Liebe waltet ...? 18. 11. (22.30) Die Märchenprinzen (Kabarett): Kindertheater: 11., 17., 18., 19. 11. (15.00) Max und Moritz - Konzerte Schloß Gottesau: 13. 11. Kammermusikabend, 17, 11. Orgelkonzert, 18, 11. Sinfonieorchester der Musikhochschule. 19. 11. Heidelberger Schloß; Austauschkonzert m. d. Staatl. Hochschule f. Musik Heidelberg-

Zeichnung, Malerei.

Reutlingen, theater in der tonne: 12., 19. 11 11. (10.00) Die Geschichte vom Baum, 11., 15., 17., 18, 11. Fräulein Julie, 12, 11 (11.00) Mandolinenkonzert Ensemble de Câme ra Rastatt (20.00) Freiheit aushalten, 16. 11. Intern. Folklore, 18. 11. (23.00), 19. 11. (20.00) Der Mord als schöne Kunst betrachtet – Ausstellungen. Rathaus: (bis 12. 11. Max Dentler (zum 70. Geburtstag) - Spendhaus: (bis 18. 2.) HAP Heart. - Komödie im Marquardt: (Di.-Sa.) Teures Glück. – Theater der Altstadt: 11., 12. 11. Wenn du geredet hättest, Desdemona, 15., 16., 18., 19. 11. Haken im Kreuz. – Renitenz-Theater: 12. 11. Das Bügelbrett, ab 14. 11. Hans-Dieter Hüsch. – Konzerte. Liederhalle, Beethovensaal: 12, 11, Stuttgarter Liederkranz, 14, 11, Dresdner Staatskapelle, 15., 16, 11. Radio-Sinfonieorchester Stuttgart, 19. 11. Camerata Bern. Mozartsaal: 12, 11, Oliver Widmer (Bariton) und Trio Opus 8, 15, 11, Orchester Stuttgarter Mu-Stuttgarter Kammerorchester. - Hanns-Martin-Schleyer-Halle: 13, 11, Westernhagen, 14, 11. An Evening of Yes Music Ausstellungen, Staatsgalerie: Foto-Kunst, Arbeiten aus 150 Jahren.
 Galerie der Stadt Stuttgart: bis 26, 11. Bilder zur Geschichte der Wolfgang Laib. - Haus der Wirtschaft: bis 3. 12.

Trossingen. Konzerthaus. 17, 11. Stuttgarter Philharmoniker - Kl. Aula: 16., 17. Dozenten-

Stuttgarter Buchwochen. – Institut für Auslandsbeziehungen: bis 7. 1. Skulpturen aus Zim-

konzert. Tübingen. Theater: 12, 11. Die endlose Sehnsuchtsrevue, 18, 11, (Prem.), 19, 11, Das Sparschwein – Werkstatt: 11, 11, Asche aufs Haupt, 15. 11. A touch of the Irish, 17. 11. (10.30) Das kleine Mädchen mit den Schwefelhölzern - in Brasilien - LTT-Lokal: 13, 11, O Moon of Alabama - Musikprobenraum: 17.11. Der Rauber -Ausstellungen. Kunsthalle: (bis 26, 11.) Giorgio Aorandi, Gemalde, Aquarelle – Galerie Hartel & Klier: (11, 11,-23, 12,) Stephan Spicher, Bilder-Galerie Gottschick: (bis 18, 11.) Erich Heckel,

Grafik aus der gesamten Schaffensperiode. Tuttlingen, Festhalle: 14, 11, Die jungen Klostertaler – Ausstellung, Städt, Galerie: (bis 26, 11.) Angelikā Flaig, Plastik, Installation.

che Liebschaften – Konzerte, Franziskaner: 12, 11, (10.45) Violine und Klavier, 14, 11, Staatsphilharmonie Kattowitz, 18, 11, Sänger-

Weil/Rhein, Galerie Stahlberger: (bis 23, 12.)

Wildbad. Haus des Gastes: 18, 11, Bergforth-

Land für Zustrom von DDR-Flüchtlingen gerüstet

Am Wochenende werden bis zu 7000 Übersiedler erwartet / FDP schlägt Solidaritätsbeitrag vor

der DDR-Grenzübergänge bereitet sich Baden-Württemberg an diesem Wochenende auf 5000 bis 7000 Flüchtlinge vor. Im Innenministerium traten am Freitag zwei Arbeitsstäbe zusammen, die die Situation analysierten und die notwendigen Quartiere vorbereiteten. Eine der größten Schwierigkeiten bereite die Frage, wann und vor allem wieviele DDR-Übersiedler in den Südwesten kommen werden, erklärte ein Sprecher. Aus diesem Grunde sei das Ministerium auf Schätzungen angewiesen. Unterdessen begrüßten Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien den Schritt der DDR-Führung als »Durchbruch zur Freiheit«

Nach Angaben des Ministeriums gelang es unter »größten Anstrengungen«, zunächst einmal weitere 5000 Unterkunftsplätze bereitzustellen. Ein Sprecher des Wehrbereichskommandos V (Baden-Württemberg) erklärte, angesichts der Situation seien in 31 Standorten weitere rund 5500 Unterkunftsplätze geschaffen worden. Davon seien zur Zeit 1000 besetzt.

Innenminister Dietmar Schlee berief noch am Freitag mittag zwei Arbeitsstäbe ein, die vor allem die Frage klären sollten, wieviele Unterkunftsplätze noch an diesem Wochenende zur Verfügung gestellt werden müssen. Gleichzeitig nahm Schlee

DDR-Besucher beherbergen

lsw. STUTTGART. Die beiden kirch-

lichen Hilfsorganisationen Caritas und

Diakonie haben am Freitag zur Hilfe für

DDR-Übersiedler aufgerufen. Der katho-

lische Caritasverband in Freiburg for-

derte alle Einrichtungen, Verbände und

Mitarbeiter der Caritas sowie die Bevöl-

kerung auf, die DDR-Besucher zu be-

herbergen. Zugleich stellte die Caritas

eine Million Mark zur Verfügung. Die

evangelische Diakonie bittet die Bürger

um Hilfe bei der Unterbringung: »Wir

brauchen jetzt jedes Bett. In der Bun-

desrepublik ist im wahrsten Sinne des

Wortes die Zeit des heiligen Martin (11.

November) angebrochen«, erklärte Dia-

konie-Präsident Karl Heinz Neukamm.

PERSONALIEN

Franz Sauter, seit 1972 CDU-Bundes-

tagsabgeordneter des Wahlkreises Rott-

weil/Tuttlingen, verzichtet bei der Bun-

destagswahl 1990 auf eine erneute Kandi-

Klaus Sattler, ehemals Referent des frü-

heren Regierungssprechers Matthias Klei-

nert, hat die Leitung der neugeschaffenen

Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsar-

beit bei der staatlichen Sport-Toto GmbH

Anna Mayer (Wertheim), drittälteste

Frau Baden-Württembergs, ist 106 Jahre alt

Karl Volk, langjähriger Kommunalpoli-

tiker in Neckarsulm, wird Ehrenbürger sei-

geworden.

ner Heimatstadt

Baden-Württemberg in Stuttgart über-

lsw. STUTTGART. Nach der Öffnung mit den Bischöfen der katholischen und evangelischen Kirchen in Baden-Württemberg. Kontakt auf und versicherte sich der Hilfe der Kirchen und caritativen Verbände. Auch die Gewerkschaften signalisierten Hilfsbereitschaft.

> Gemeinsam mit den Regierungsvizepräsidenten, den eigentlichen Quartiermachern vor Ort, wurde dann auch die Unterbringung der DDR-Flüchtlinge am Wochenende vorbereitet. Dabei wurden unter anderem Turnhallen und Jugendherbergen, aber auch Polizeischulen zur Verfügung gestellt. Schlee zeigte sich sicher, »die Lage im Griff« zu behalten. Nach dem »Wunder der Nacht« äußerte er die Erwar-tung, daß die Öffnung der Grenze nun den DDR-Bürgern eine Perspektive dafür eröffnet, in der DDR bleiben zu können.

Einig waren sich die Parteien darin, daß die Öffnung der innerdeutschen Grenze »geradezu sensationelle Entwicklung« bedeute. Alle vier Fraktionsvorsitzenden im Landtag forderten jetzt rasche politische Reformen in der DDR und freie Wahlen. Einig waren sich die Politiker auch in ihrer Forderung nach rascher wirtschaftlicher Hilfe für die DDR. Nur mit einem wirksamen nationalen Solidaritätsprogramm für die DDR-Wirtschaft, so Dieter Spöri (SPD), werde der »für die Bevöl-kerung in der DDR ruinöse und für uns in chefin Birgitt Bender.

der Bundesrepublik problematische Abwanderungsprozeß zurückgehen«

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Walter Döring sagte, Steuersenkungen dürften in den nächsten drei Jahren kein Thema sein. Döring brachte auch ein Sonderopfer ins Gespräch. 1000 Mark seien für den einzelnen Steuerzahler wenig, brächten aber zusammen bundesweit die gewaltige Summe von 30 Milliarden Mark. Der FDP-Landesvorsitzende Friedrich-Wilhelm Kiel schlug als Solidaritätsbeitrag einen Aufschlag von zehn Prozent zur Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer für einen befristeten Zeitraum vor

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dieter Spöri regte an, nach der Normalität der Reisefreiheit müsse nun auch die Normalität beim Wohnsitzwechsel kommen. Man sollte, so Spöri, den Wohnsitz nur dann wechseln, wenn man in absehbarer Zeit eine Wohnung und einen Arbeitsplatz in Aussicht habe. Gesetzliche Regelungen schloß er dabei allerdings aus.

Erwin Teufel, Vorsitzender der CDU-Fraktion, sagte, alle Deutschen seien gefordert, »auf die historische Chance, die sich ietzt bietet, besonnen, verantwortungsbewußt und solidarisch zu reagieren«. »Unsere Freude ist sicher so groß wie das Loch in der Mauer«, sagte die Grünen-Fraktions-

Anträge müssen entscheidungsreif sein

Städtetag kritisiert Innenminister / Nur »populistischen Aktionismus« gezeigt

lsw. STUTTGART. Der Städtetag Baden-Württemberg hat harsche Kritik an der Anweisung von Innenminister Dietmar Schlee geübt, wonach Baugenehmigungen in bestimmten Fällen innerhalb von sechs Wochen zu erteilen sind. Diese Anweisung spiegele einen »populistischen Aktionismus wider, der mit der Lösung von Sachfragen des Baurechts und des Baugenehmigungsverfahrens nicht viel zu tun hat«, heißt es in einem in Stuttgart veröffentlichten Brief des Städtetages.

Schlee hatte am vergangenen Montag angesichts der angespannten Wohnungsbausituation zahlreiche Schritte angekündigt, um Hemmnisse beim Wohnungsbau zu beseitigen. So sei unter anderem künftig innerhalb von sechs Wochen über Vorhaben im Geltungsgebiet eines qualifizierten Bebauungsplans, die den Vorschriften entsprächen und keine Beteiligung anderer Behörden erforderten, zu entscheiden, wenn die Bauvorlage vollständig und kei-Nachbareinwendungen vorgebracht

Der Städtetag kritisierte insbesondere. daß der »fatale Anschein« erweckt werde, als ob sich die verantwortlichen Mitarbeiter in den unteren Baurechtsbehörden teilweise Müßiggang und zu längsame Befassung mit der Erledigung ihrer eigentlichen Amtspflichten zuschulden kommen lassen. Betont wurde, daß die Baurechtsbehörden dann entscheiden, wenn der Antrag entscheidungsreif sei. Das könne im Einzelfall rascher als in sechs Wochen geschehen, das werde aber regelmäßig länger als sechs Wochen dauern, weil gerade bei der Schaffung zusätzlichen Wohnraums im Gehäudebestand mit den größeren Hindernissen für eine rasche Abwicklung zu rechnen sei.

Schlee hat unterdessen die Kritik entschieden zurückgewiesen. Sie bestätige »eindrucksvoll« die Notwendigkeit der Anweisung, über diese Bauanträge innerhalb von sechs Wochen zu entscheiden. Wenn der Städtetag betone, daß bei den beschriebenen Fällen die Baugenehmigung regelmäßig länger als sechs Wochen dauere, müsse dies abgestellt werden. Die Frist sei schließlich nicht aus der Luft gegriffen. sondern schon heute in einzelnen Landratsämtern herrschende Praxis.

Hausbesetzer vor Prozeßlawine

lsw. STUTTGART.Eine Prozeßlawine rollt auf die ehemaligen Besetzer der Häuser in der Stuttgarter Neckarstraße zu. Zwischen 40 und 60 Personen stehen in den kommenden Wochen wegen verschiedener Tatbestände vor Gericht. Sprecherinnen der Hausbesetzer erklärten vor der Presse, daß »die Lawine von Strafbefehlen offensichtlich darauf abzielt, die Hausbesetzer materiell an die Wand zu drücken«. Im März dieses Jahres hatten Mitglieder einer Bürgerinitiative, die sich für den Erhalt der vom Abriß bedrohten Häuser einsetzt, zwei seit längerer Zeit leerstehende Wohnungen besetzt. Nach 19 Tagen wurden die Wohnungen dann durch die Polizei geräumt.

Albstadt. Festhalle: 18. 11. Wie es Euch gefällt Ausstellungen. Städt. Galerie: (bis 3. 12.) Jan 1839-1924 - Alter Wiehrebahnhof: (bis 26, 11.)

Carmina Quartett - Jazzhaus:

ner, 18, 11, Arcata Ensemble Stuttgart - Ausstel-

Mannheim, 19, 11. Klavierabend

Konstanz. Stadttheater: 12. 11. Herbstzeitlose 13. 11. Reineke Fuchs, 18. 11. (15.00 Urauff.) Pauli im Computerland (20.00) Herbstzeitlose. 19, 11, (15,00) Pauli im Computerland (20,00) Reineke Fuchs – Werkstatt: 11, 11, Freiheit aus26. 11.) Michael Schilp, Figur und Saxophon.

Ravensburg. Galerie Döbele: (bis 23.12.) Dresdner Mal- und Zeichentradition.

Verkade; (ständig) Sammlung Christian Landenberger und Das Landschaftsbild der Schwäbi-schen Alb; Grafik des 20. Jh. – Galerie Alte Kanzlei: (bis 30. 11.) Frank Hempel, Malerei. Collagen – Stadtbezirk Tailfingen. Thalia: 12. 11. (15.00) Das tapfere Schneiderlein – Konzerte. – Ev. Pauluskirche: 19. 11. (17.00) Orchester, Soli und Chor – Stadtbezirk Lautlingen. Schloß: 16. 11. Philharmonia Quartett – Ausstellung. Schloß: (ständig) Musikhist. Sammlung Jehle.

Altensteig. Galerie in der Altstadt: (bis 18. 11.) Helga Trub-Wagishauser, Farbradierungen. Bad Dürrheim. Ev. Johanneskirche: 11.11.

Trichtinger Kammerchor.
Baden-Baden. Kurhaus: 11. 11. Zwischen Ost und West - Konzert. Kurhaus: 19, 11. Sinfoniekonzert - Ausstellungen. Kunsthalle: (bis 3. 12.) Artur Stoll; (bis 3.12.) Stephan Balkenhol Rathaus: (bis 11.11.) Fotografien in Baden-

Bad Säckingen. Kursaal: 12.11. (15.00) Der Nußknacker, 18, 11, Hohnerorchester Bad Säkkingen - Heilig-Kreuz-Kirche: ,12, 11, (19,00) Konzert – Ausstellung. Schloßpark-Pavillon: (bis 21, 11.) Bali Tollak, Objekte, Installationen.

Balingen. Stadthalle: 16., 18.11. (20.00). 19.11. (19.00) Carmen – Theater unterm Dach: 11. 11. Ungehaltene Reden ungehaltener Frau-Das Mandarinenzimmer, 12.11. (14.30) Der Toasterdrache, 19.11. (14.30) Der junge König von Tibet und die Prinzessin Wen Cheng – Ausstellung. Rathaus: (bis 19. 1.) Paso. Bilder, Zeichnungen.

Bernau. Hans-Thoma-Museum: (bis 22. 11.) Gedenkausstellung zum 150. Geburtstag, Gemälde, Zeichnungen, Druckgrafik.

Böblingen. Kongreßhalle: 12. 11. Orig. Oberkrainer-Sextett.

Bonndorf/Schwarzw. Schloß: (bis 26. 11.)

Anthony Piper, Maler.
Calw. Aula: 11. 11. Die Kanincheninsel Georgenäum: 11.11. Jiddische Lieder und Geschichten - Ev. Stadtkirche: 19, 11, (17,00) Kantatenchor Calw - Ausstellung. Galerie der Stadt: Gunter Böhmer, Rudolf Schlichter, Kurt Weinhold. Richard Ziegler.

Donaueschingen. Donauhalle: 18. 11. Londoner Vokalquartett - Ausstellung, Fürstl. Fürstenbergischer Park: (bis Dez.) Skulpturen - Städt. Galerie im Turm: (ab 18. 11.-16. 12.) Jurgen

Ettlingen. Schloß: (16. 11.-30. 12.) Chao Shao-An, ein Meister der südchin. Lignan-

Freiburg, Gr. Haus: 11.11. (Prem.) Hänsel und Gretel – Podium: 11.11. Der Kölig stirbt – Kammertheater: 11. 11. Kindertragödie - Theatercafé: 11, 11, (22,30) Robert Krois: Pianola 3 -Wallgrabentheater: 11., 12.11., 14.-19.11. Die lung. Galerie Christophstal: (tgl. a. Mo.) Werke

Friedrichshafen. Zeppelinhaus: 12.11. (15.00) Das kleine Mädchen mit den Schwefelhölzern – Ausstellung, Galerie Bernd Lutze: (bis 23. 12.1 Zweimal. Haigerloch. Galerie im Bürgerhaus: (bis 12. 11.) Theo Brinkmann, Hans-W. Longerich, Landschaften in Aquarell und Pastell – Galerie

von Annerose Schmidt-Weber.

Die Schwarze Treppe: (11.-26. 11.) Philine-Joh. Giebel-Schwarz, Bildcollagen, Schmuckcollagen, Kleinplastik. Hausen ob Verena. Museum der Kunststif-

tung Hohenkarpfen: (bis 22, 11.) Mensch und Landschaft, Malerei aus zwei Jahrhunderten. Hechingen, Weißes Haus: (bis 19, 11.) Barbara

Berger, Skulpturen – Alte Synagoge: (bis 3. 12.) el Cazes, Zyklus jüdischen Lebens Herrenberg, Stadthalle: 18, 11, Stadtorchester

Horb. Hobenberghalle: 19, 11. Kontinent der Wale - Konzert. Stiftskirche: 12. 11. Stiftschor. Hirsau. Aureliuskirche: 12. 11. Ensemble des Frühberocks Basel. Karlsruhe, Gr. Haus: 11, 11, Lucia di Lammer-

moor, 12, 11, (17,00) Tristan und Isolde, 13, 11. Die Entführung aus dem Serail, 16, 11. Iphigenie auf Tauris, 17, 11, Graf Mirabeau, 18, 11, (Prem.) Hallo, Dolly, 19, 11. Die Zauberflöte; Kl. Haus: 11. 11. Prinz Friedrich von Homburg, 12. 11. Ein Sommernachtstraum, 15. 11. Prinz Friedrich von Homburg, 16. 11. (Prem.) August August, August, 17. 11. Der jüngste Tag. 18. 11. Besucher, 19. 11. Die Physiker; Foyer: 12. 11. (11.00) lazz und Literatur – die insel: 11., 12. 11., 15.-19. 11. Endstation Sehnsucht; Studio: 11. 12. 11., 15.-19. 11. Die amerikanische Papstin -Sandkorn Theater; Fabrik: 11., 15., 16., 17., 18. 11. (20.15) Offene Zweierbeziehung, 12. 11. (Prem.), 15.-18. 11. (19.30) Frostnacht; Studio:

halten!, 12, 11, (11,00) Durchgedreht, 17., 18. 11. Shirley Valentine, 18. 11. (22.00 Prem.) Die Macht des Schicksals - Ausstellung, Wessenberghaus: (bis 12. 11.) Emil Honold. Arbeiten in Acryl, Collagen, Zeichnungen.

Mannheim. Opernhaus: 11.11. Im Weißen Rössl, 12, 11, (16,30) Orpheus in der Unterwelt, 13., 14, 11, Ballett: Pulcinella, 15, 11, Im Weißen Rössl, 16, 11. Billy Budd, 17, 11. Fidelio, 18. 11. Madame Butterfly, 19. 11. Ballett: Pulci-nella — Schauspielhaus: 11. 11. Der nackte Wahnsinn, 12, 11, (18.30), 13, 11, (19.00) Der Hofmeister, 14, 11, Der Todestanz, 17., 18, 11, George Dandin, 19, 11, Der Todestanz – Ausstellung. Inuit Galerie: (bis 3, 12.) Inuk Manomie, Bildhauer.

March-Hugstetten. Galerie Regio: (bis 12. 11.) Adolf Strübe, Bilder, Aquarelle; Orangerie: (bis 10. 12.) Lutz Brockhaus, Plastiken, Zeichnungen; (17. 11.-23. 12.) Niebla, Malerei, Tomi Ungerer, 12 Grafiken zur Revolution. Mochental. Galerie Schloß: (bis 19. 11.) Doro-

thea Schrade, Bilder zum Thema: Blüte, Frucht Nagold. Stadthalle: 14., 15., 16.11. (14.30)

Die Kanincheninsel. Nenzingen/Hegau. Schloß Langenstein: Fasnachtsmuseum.

Pforzheim. Stadttheater: 11.11. Der Talis-

man, 12, 11, (15,00) Die Perlenfischer, 13, 11, Die Glasmenagerie, 14, 11, Clavigo, 15, 11, Die Glasmenagerie, 16.11. (Prem.) Wiener Blut, 17.11. Der Talisman, 18.11. Wiener Blut, 19. 11. Clavigo - Podium: 12., 18., 19. 11. Katzelmacher - Konzerte, Stadthalle: 15, 11, Glenn Miller Revival, 19. 11. Südwestdeutsches Kammerorchester - Christuskirche: 18, 11, Orgolkonzert - Ausstellungen. Rathaus: (bis 21. 11.) Ornamenta 1 - Galerie Brötzinger Art: (bis

Grieshaber Das Werk Hommage zum 80. Geburtstag

THEATER · KONZERTE

AUSSTELLUNGEN

Rottweil. Haus Friedrichsplatz: 11., 16., 18. 19. 11. Schneider Wibbel – Haus Waldtorstraße: 12., 15., 17. 11. Ungehaltene Reden ungehaltener Frauen – Konzert. Burgersaal: 12. 11. Officina Musicale Italiana aus L'Aquila/Italien -Ausstellungen. Forum Kunst: Bernd Zimmer, Landschaften – Kreissparkasse: (14. 11.–1. 12.) Marc Chagall, »Der Zirkus« - Lithograph. Folge

Singen. Kunsthalle: 11.11. Studiokonzert New Strings, 12, 11. Die Gärtnerin aus Liebe. 14, 11. Jazzkonzert, 15, 11. Kontinent der Wale. Akkordeon-Orchester Singen, 19, 11 Kunsthalle - Theater Die Färbe: (voraussichtl. bis 18. 11.) Beatrice Cenci - Gems: 12. 11. Gems-Classics, 14., 15. 11. Mamu-Players, 16. 11. Mu sik aus Sardinien, 18. 11. Blues Duo - Ausstellungen. Alte Sparkasse: (bis 6, 12.) Herbert Zangs. Arbeiten der 50er bis 80er Jahre – Galerie Gielen: (bis 29. 11.) Werke von Gerhard Pollreiß Gems: (bis 9, 12.) Dietmar Bührer, Street-Life

Spaichingen. Galerie am Marktplatz: (bis 6. 12.) Albrecht A. Bopp, Bilder - Ra Foyer: (bis 2. 12.) Waldemar Wardaschko. St. Blasien. Kloster: 15, 11, Götz-Quartett

St. Georgen. Stadthalle: 17, 11. Klavierkon-

Stuttgart. Staatstheater, Gr. Haus: 11.11 Tannbäuser, 12., 15., 19. 11. Elektra, 13. 11. Andrea Chenier, 14., 18. 11. Dornroschen, 16. 11. Andrea Chenier, 17. 11. Martha. – Kl. Haus: 11. 11. Top Cirls, 18., 19. 11. Der arme Kammertheater: 18, 11. Die Feuersbrunst. – Theater im Depot: 12, 11, Junge, Junge, Junge – Boys Life, 15, 11. In der Einsamkeit der Baumwollfelder, 17., 18., 19. 11. Crimes of the

Villingen-Schwenningen. Stadtbezirk Villingen. Theater am Ring: 13, 11, (15,00) Max und Moritz, 15, 11, West Side Story, 17, 11, Gefährli-

kreis Villingen - Ausstellung, Franziskaner: (bis 23, 11.1 Vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland in Aussagen, Bildern, Dokumente - Stadtbezirk Schwenningen. Stadtbibliothek: 16, 11. Poesie und Jazz – Ev. Stadtkirche: 19, 11, (17,00) Johannes Brahms: Ein Deutsches Requiem Ausstellung, Städt, Galerie: (bis 26, 11.) Kultur

Beatrix Sassen, Bilder, Skulpturen. Wendlingen, Städt. Galerie: 17, 11. Hoch-

spannung (Kabarett) = Ausstellung, Stadt, Galerie: (bis 3–12.) Carmen Balier, Wolfgang Ernst. Erwin Holl, Gunter Jackle, Petra Lemmerz, Siegbert Quitzsch, Heinz Thielen, Andrea Zaumseil



DICHT GESTAPELT stehen jetzt die 260 Betten als Notquartier für die Übersiedler aus der DDR in der Sporthalle der Polizeifachschule. Am heutigen Samstagabend wird mit dem Eintreffen der ersten Übersiedler gerechnet.

Güner zur Tarifrunde: IG Metall kann kämpfen Gewerkschaft ehrte gestern abend treue Mitglieder / 13 sind seit 70 Jahren dabei

eck. VILLINGEN-SCHWENNINGEN. »Laßt uns heute feiern. Laßt uns. wenn es nötig ist, morgen kämpfen.« Günter Güner, Erster Bevollmächtigter der IG Metall, gab sich angesichts der bevorstehen-

den Tarifrunde bei der Jubilarfeier gestern abend kämpferisch. Die Gewerkschaft ehrte 511 Mitglieder, die ihr seit 25, 40, 60 und 70 Jahren die Treue halten.

Güner ging zunächst auf die »dramatische Entwicklung« in der DDR ein. Die Väter des Sozialismus hätten ein Leben ohne materielle Not, frei von Furcht und Zwang zum Ziel gehabt. Der real existie-

ANZEIGE -Unser Goldschmied

rende Sozialismus indes habe »diese Bedingungen nicht eingelöst«. Daher bestehe Reformbedarf, Güner zählte dazu freie Gewerkschaften, Freiheitsrechte für Menschen und wirtschaftliche Reformen. Die jedoch seien allein durchzusetzen, »wenn man sich in seinem Land dafür einsetzt«. Wiedervereinigungsfeiern brandmarkte Güner als »vorschnell«, falsch sei es, nun den Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus zu feiern.

Der Umbruch im Osten könne aber die Geburtsstunde für neue Abrüstungsgespräche sein. Statt das Geld für die Rüstung zu

verplempern, sei jetzt Hilfe für den Osten und der ökologische Umbau im Westen Treue zur Gewerkschaft geehrt: Alfred Bergefragt: »Eine Politik zum Wohle aller. nicht zum Wohl der Reichen.«

Rückblickend rief Güner die Marksteine gewerkschaftlicher Arbeit in Erinnerung: 1919 nannte er das erste »historische Datum« für die Arbeitszeitverkürzung. Damals wurde der Acht-Stunden-Tag, eine jahrzehntealte Forderung der Arbeiterbewegung, festgeschrieben. In den folgenden Jahren wurde diese Regelung freilich immer wieder durchbrochen. Güner erinnerte an die Weltwirtschaftskrise, die 1929 über Deutschland hereinbrach, und an die Kriegsjahre unter den Nazis.

1949, als jene Jubilare der Gewerkschaft beitraten, die gestern für 40jährige Mitgliedschaft geehrt wurden, habe es die ersten Tarifverträge gegeben, zudem ein Urlaubsabkommen, mit dem zwölf Ferientage vereinbart wurden. 1964, dem Jahr, als sich die 25-Jahr-Jubilare der Gewerkschaft anschlossen, habe die IG-Metall um acht Prozent mehr Lohn gekämpft.

In der Tarifrunde 1990 laute die Forderung wieder: Acht bis neun Prozent mehr, dazu die 35-Stunden-Woche. Güner prophezeite der bevorstehenden Auseinandersetzung ähnliche Härte wie 1984: Erneut gebe es Kräfte, die auf eine Schwä-chung der Gewerkschaft abzielten. 1990 jedoch werde über die »Reformfähigkeit dieser Industriegesellschaft entscheiden«. Güner jedenfalls ist zuversichtlich: »Wir können es schaffen.«



JUBILARE GEEHRT: Die IG Metall zeichnete gestern abend in der Schwenninger Messehalle langjährige Mitglieder aus. Unser Bild zeigt Geehrte, die der Gewerkschaft seit 60 beziehungsweise 70 Jahren die Treue halten.

13 Mitglieder wurden für 70jährige ger, Hedwig Uhl (beide Villingen), Fritz Haller, Friedrich Hezel, Wilhelmine Löffler, Luise Schlenker, Erich Schrenk (alle Schwenningen), Robert Götz (St. Georgen), Anton Hirt, Friedrich Vosseler (beide Deißlingen), Albert Moses (Blumberg), Johann MÜller (Mönchweiler) und Siegfried Zepf (Rottweil). Seit 60 Jahren sind in der IG Metall: Anton Brosamer, Friedrich Hirt. Felix Hummel, Adolf Korn, Julius Widenhorn (alle Villingen), Leonhard Kothmayr, Josef Mückl, Hugo Schneckenburger (alle Schwenningen), Wilhelm Bliestle (Vöhrenbach), Franz-Josef Hehl (Triberg), August Müller (Mönchweiler) und Maria Süss (Gütenbach). 268 Mitglieder sind seit 40 Jahren, 218 Jubilare seit 25 Jahren dabei.

Saba-Weihnachtsaktion

sb. Villingen-Schwenningen. In diesem Jahr hat sich Saba für die Weihnachtsaktion mit dem Handel etwas Besonderes einfallen lassen. Anstelle der sonst üblichen Weibnachtsdekoration werden zugunsten der SOS-Kinderdörfer 30 000 SOS-United-CDs verlost. Gesungen werden weltbekannte Songs von 70 Kindern aus SOS-Kinderdörfern in 15 Ländern. Der Endverbraucher hat die Möglichkeit, mittels eines Gewinnspiels beim Saba-Qualitätshändler eine dieser hochwertigen CDs zu gewinnen

Tennishalle »frei«

sb. Villingen-Schwenningen. Eingestellt hat das Konkursgericht das Konkursverfahren über das Vermögen der Sport- und Freizeitbetriebsgesellschaft Seemann GmbH & Co. KG. »Die Sache ist abgewikkelt, die Masse erschöpft«, verkündete das Gericht gestern auf Anfrage. Neuer Besitzer der Tennishalle am Friedengrund, die sich hinter dem monströsen Firmennamen verbirgt, ist Walter Ihenthal. Wie berichtet, laufen aber seit geraumer Zeit Gespräche mit dem Tennis-Club Blau-Weiß, der am liebsten den ganzen Laden kaufen möchte.

Fußgängerin angefahren

sh. Villingen-Schwenningen. Schwere Verletzungen erlitt eine ältere Frau, die die Erzhergerstraße als Fußgängerin überquerte. Sie wurde von einem Personenwagen nach der Einmündung Friedrich-Ebert-Straße angefahren. Die junge Autofahrerin kam aus Richtung Friedrich-Ebert-Straße und war in Richtung Alte Herdstraße unterwegs. Der polizeiliche Verkehrsunfalldienst bittet um Zeugenhinweise (Telefon 07721/60 11).

Stadt besorgt umweltfreundliche Humusquelle

Sammelbestellung für Schnellkomposter / Aktion dauert noch bis zum Freitag an

VILLINGEN-SCHWENNINGEN. Mit einer Sammelbestellung für Schnellkomposter hietet die Stadtverwaltung allen Gartenfreunden jetzt einen besonderen Service an. Bis kommenden Freitag können die Kunststoffbehälter zum Preis von 80 (Neu-Ware) oder 77 Mark (Recycling-Ware) beim Dezernat II der Stadt bestellt werden. Für acht Mark gibt es noch einen kleinen Bio-Eimer für den

In diesem Kaufpreis sind der Mengenrahatt sowie der Kreiszuschuß in Höhe von 25 Mark schon berücksichtigt. Beim Einzelkauf des Schnellkomposters müßte der Gartenfreund ganze 160 Mark bezahlen.

Der Schnellkomposter mit 250 Liter Fassungsvermögen muß im Freien auf einer Grasfläche aufgestellt werden. Wer nicht zu den stolzen Häuslebesitzern zählt, sollte vor der Bestellung beim Grundstückseigentümer die Genehmlgung zum Aufstellen des Komposters einholen. Im Kompo-

ster können organische Ahfälle aus Küche und Garten kompostiert werden. In diesem werden etwa 60 Grad, bei Sonnenschein auch schon mal bis zu 90 Grad Celsius herrschen. Bei diesen Temperaturen werden Krankheiskeime vernichtet und auch etwaige Unkrautsamen gehen ein, erklärte Breitkopf gestern in einem Pressegespräch.

So mancher Doppelstädter hat eine empfindliche Nase. Doch Probleme mit der Geruchsbelästigung bei Anliegern befürchtet Breitkopf nicht. Aus anderen Städten würden bereits positive Erfahrungen vor-

Gerüche würden entstehen bei unsachgemäßer Behandlung. Die Kompostfibel, in der alles Wissenswerte zusammengestellt ist, kann beim Garten- und Friedbofsamt bestellt oder gleich im Rathaus abgeholt

Bestellt werden kann der Schnellkomposter mit dem an alle Haushaltungen gelie-ferten Falthlatt, das his zum 17. November beim Dezernat II. Rathaus Schwenningen wieder eingegangen sein muß. Die Frist könnte hei großem Bedarf verlängert werden, gab Breitkopf gestern bekannt.

Weiter wies Breitkopf daraushin, daß die Bevölkerung im kommenden Jahr mit einer Anhebung der Müllgebühren rechnen müsse. Der Kreis wird die Deponiegebühren kräftig anheben. Diese Verteuerung werde die Verwaltung an die Einwohner weiter gehen müssen. Keine Entlastung für den Geldbeutel verspricht sich Breitkopf von einer Privatisierung der Müllahfuhr. Zwar gehe es sehr günstige Angebote hei pauschalen Ausschreibungen, doch seien dahei Wertstoffsamınlungen oder das Einsammeln von Garten- und Laubahfällen wie hier praktiziert, nicht herücksichtigt. Außerdem sieht Breitkopf hei einem Einstieg durch Private für die Stadt, angesichts des dann wieder zu beschaffenden Inventars und Fuhrparks, keine Chance mehr, die Sache selbst einmal wieder in die Hand zu nehmen.

Löcher in der Mauer lassen Hilfsbereitschaft steigern

Mancher wäre zu einem Solidaritäts-Opfer bereit / Umfrage

fl. VILLINGEN-SCHWENNINGEN. Sensationelles, je Revolutionäres geschieht in diesen Tagen in Deutschland. Nach 28 Jahren wird die Mauer durchlässig. Geht die Entwicklung weiter wie bisher, wird sie verschwinden? Jeden Tag kommt die Bevölkerungszahl einer Kleinstadt vom Osten in den Westen Deutschlands. Auch die Doppelstadt ist betroffen. Heute abend werden 250 Landsleute aus der DDR in der Turnhalle der Polizeifachhochschule erwartet. Uns hat interessiert, was die Bevölkerung in Villingen-Schwenningen darüber denkt.

Birke Burger glaubt nicht, daß die stützen. Eine irgend-Fluchtbewegung von Dauer ist. Toll sei es, daß die Wiedervereinigung allem Anschein nach realistisch geworden sei. Jetzt gelte es, Wohnraum für die ankommenden Landsleute zu schaffen. Viele Bundesbürger könnten sich Einschränkungen ihres Lebensstandards leisten. Energisch spricht sie sich gegen Sonderopfer in Form von Abgaben, wie vo Walter Döring, FDP-Fraktionsvorsitzenger im Landtag, gefordert, aus. »Es genügt, die Rüstungsausgaben für wichtigere Zwecke auszugeben. Schließlich ist jetzt auch die Bedrohung weggefallen.«

Ilse Klahn nimmt an, daß die Wiedervereinigung kurz bevorsteht. Es sei verständlich, daß immer mehr Leute dem regle-

mentierten Leben in der DDR Adieu sagen. Prinzipiell ist sie bereit, dafür auch finanzielle Opfer in Kauf zu nehmen. Gefragt nach einer Sonderabgabe, schüttelt sie den Kopf. Sie zahle doch schon genug Steuern und würde nichts dafür

bekommen. Der Staat solle seine Ausgaben umschichten, dann sei eine Sonderabgabe überflüssig.

Adolf Jung hält eine Wiedervereinigung Deutschlands jetzt für möglich und ist darüber froh. Allerdings: »Ich gehöre zu denen, die die Zu-

wanderung jetzt stoppen wollen. Die Voraussetzungen für eine Flucht aus der DDR sind jetzt nicht mehr gegeben.« Jetzt würden endlich Reformen »da drüben« verwirklicht. Es geldiese zu unterwie geartete Sonderabgabe möchte er keinesfalls leisten. »Der Staat ist in der Pflicht, er hat ja auch Geld für viele andere unnütze Dinge.«

Johanna Dammermann gesteht den ehemaligen Bewohnern der DDR grundsätzlich das Recht zu, ihren Aufenthalt »im

Westen« zu nehmen. Das habe allerdings nicht zwangsläufig etwas mit der Wiedervereinigung tun. Sie hielte es für angebracht, wenn die auf dem Gebiet der DDR wohnenden Deutschen dort dazu beitrügen, die Lebensverhältnisse zu



verbessern. Angesprochen auf eine mögliche Art von Sonderabgabe, hält sie diese für durchaus erwägenswert. »Nach dem Krieg haben wir den Leuten aus dem Osten, die als Flüchtlinge kamen, doch auch geholfen.

Pfarrer Alfred Ebert hat noch nicht allzu viel über die Entwicklung gehört. Er begrüßt die Annäherung. Allerdings befürchtet er, daß die Begeisterung vieler über die historische Entwicklung bald in Skepsis umschlägt. Er selbst glaube, daß viele der jetzt Gekommenen wieder zu-

Oskar Rissler hält die Wiedervereinigung für »nicht schlecht«. Er zweifelt an der Dauerhaftigkeit der jetzigen Entwick-

lung. »Das ist ein ganz verfahrener Laden da drüben.« Deshalb ist es für ihn eine »klare Sache«, daß die Landsleute kommen können. Natürlich sei er persönlich auch bereit, Opfer zu bringen.



Frauen sichteten Kandidaten

Mögliche Häfele-Nachfolger standen vor Frauen-Union

sb. Villingen-Schwenningen. Ganz aktuell paßte sich der Vorstand der CDU-Frauen-Union der jüngsten Entwicklung an und in Abänderung der Tagesordnung den Männern an, die sich um die Nachfolge von Dr. Häfele als CDU-Direktkandidat für die Bundestagswahl bewerben. Vorsitzende Brigitte Frank konnte drei Bewerber für die Kandidatur um das Mandat im Schwarzwald-Baar-Kreis begrüßen. Bürgermeister Meinrad Belle war verhindert und wird sich später noch vorstellen.

Professor Dr. Fabritius erzählte, daß er sich schon seit seiner Jugend als »Zoon politikon« (Originalton Fabritius) fühle. Nach seiner früheren Tätigkeit bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Landeszentrale für politische Bildung in Stuttgart sowie 20jähriger Mitarbeit in der CDU wolle er von der theoretischen in die praktische Politik überwechseln. Seinen politischen Schwerpunkt sehe er in der Kommunalpolitik, sein Ziel für den Bundestag sei die Mitarbeit im Innenausschuß.

Wolf-Rüdiger Michel meinte, der Einsatz für den Bürger als Rechtsantwalt sei vergleichbar mit dem Einsatz, den ein Abgeordneter für die Bürger erbringen müsse. Sein besonderes Interesse gelte der Innenund Verteidigungspolitik.

Dieter Sirringhaus erklärte seinen Wunsch, für den Bundestag kandidieren zu wollen, mit seinem Ziel, als Abgeordneter Bürgernähe zu praktizieren. Er halte die Reden der Politiker für »zu theoretisch« und wundere sich deshalb gar nicht, wenn das Interesse der Bevölkerung an Politik ständig nachlasse. Sein Ziel sei es, die Generationen zusammenzuführen. Sirringhaus ist seit elf jahren Mitglied der CDU.

Natürlich interessierten sich die anwesenden Frauen dafür, was die drei Herren von Frauen in der Politik halten. Während Michel meinte, von 20 Prozent weiblichen Parteimitgliedern könnten nicht 40 Prozent der Mandate besetzt werden, sieht Fabritius bessere Chancen für Frauen, wenn es nicht so viele Ämterhäufungen gäbe. Sirringhaus denkt, daß viele Frauen sich von der Arroganz mancher Politiker abgeschreckt fühlten. Die Frauen-Union wird ihren Mitgliedern keine Empfehlung für die Wahl des Bundestagskandidaten geben, betonte Brigitte Frank.

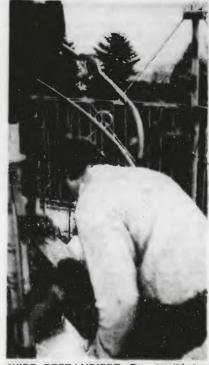
Neue Bleche braucht der Turm

Aussichtsturm wird saniert / Farbanstrich im Frühjahr

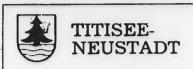
wob. Villingen-Schwenningen. Seit 101 Jahren trotz er Wind und Wetter. Jetzt wird der Aussichtsturm auf der Wanne erneut saniert. In diesen Tagen sind zwei Schlosser aus einem Schwenninger Handwerksbetrieb dabei, dem »eisernen Wahrzeichen« aus dem Jahre 1888 einige neue Teile einzubauen. Darunter mehrere Quadratmeter geriffeltes Bodenblech auf den drei Plattformen, einige Geländerstücke und einige tragende Flansch-Stücke.

Anschließend wird Grundierung als Anti-Rost-Beschichtung aufgetragen, damit im Frühjahr die Maler dem Aussichtsturm ein neues Farbkleid verpassen können. Wie zu hören war, soll man sich über den Farhton noch nicht im klaren sein. »Pendant zur Gaskugel oder diesmal ohne Professor« witzeln schon die ersten bösen Zungen.

Möglich wurden die derzeitigen Arbeiten durch das Versprechen von Bürgermeiser Theo Kühn, der bei der Ausstellung zum Turm-Jubiläum im Oktober 1988 für eben diese Arbeiten aus seinem entscheidungsfreien Bürgermeister-Haushalt 20 000 Mark bereitstellen wollte. Dies ist nun geschehen. Glaubt man fachkundigen Aussagen, dann täte dem Turm eine laufende technische Kontrolle gut, und das ganze wäre »billi-WIRD RESTAURIERT: Der 101 jährige



ger«. Der Allgemeinzustand ist nämlich Aussichtsturm auf der Villinger Wanne. immer noch gut his sehr gut.



Wochenend-Geflüster

Guten Tag, liebe Leser! Hoteliers und Gastronomen belebten in dieser Woche das spätherbstliche Titisee. Aus dem ganzen Land waren die Wir-

te angereist, um im Kurhaus ihren neuen Verbandsvorsitzenden zu wählen. Walter Ableiter aus Wildbad kandidierte nach 16jähriger Amtszeit nicht mehr. Der Kreisvorsitzende des Hochschwarzwälder Ho-

tel- und Gaststättenverbandes, Eduard Mürb, hatte sich für Ableiter ein sinniges Abschiedsgeschenk ausgedacht, das er ihm während des festlichen Gastronomenballs am Abend überreichen wollte. Doch da stand Mürb allein auf weiter Flur, von Walter Ableiter keine Spur. Der Ex-Chef des baden-württembergischen Hotel- und Gaststättenverbandes hatte es vorgezogen, nach der Delegiertentagung nach Hause zu fahren. Nun will Mürb ihm das Geschenk per Post nachschicken: einen Gutschein für einen Erholungsurlaub im Hochschwarzwald in einem Hotel, das sich Ableiter selbst aussuchen darf. Mürb meinte, daß diesen Urlaub Ableiter verdient nach all dem, was er für den Verband geleistet hat.

Ableiter hatte zu Beginn des Delegiertentages Politiker, die immer noch nach günstigen alkoholfreien Getränken schreien, vor Profilierungsversuchen gewarnt. Inzwischen sei es die Regel, daß es in jedem Lokal zumindest ein Getränk gibt, das billiger ist als das günstigte alkoholhaltige Getränk. Zudem achten die Wirte mehr denn je darauf Jugendlichen keinen Alkohol auszuschenken. Ableiter: »Die Saufgelage der Jugendlichen finden nicht in unseren Lokalen statt, sondern auf illegalen Veranstaltungen draußen im Wald«

Zweifel an der Zahl der Arbeitslosen hegte ein Delegierter des Verbandstages der Gastronomen. In der Diskussion mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes vermutete er. daß es so viele Arbeitslose gebe, weil viele gar nicht arbeiten wollten. »Ein Teil der Arbeitslosen tummelt sich in einem Naturschutzpark, der vom Arbeitsamt noch unterstützt wird«, meckerte der Wirt mutig drauf los und erhielt unterstützenden Beifall seiner Kollegen.

Die B 31-Diskussion nimmt kein Ende. Jetzt zeigt das dritte Fernsehprogramm (S3) am 24. November, 20.15 Uhr. den Streifen »B 31 – Straße des Leidens« quasi zur besten Sendezeit. Aber nicht nur das: der Beitrag ist harter TV-Konkurrenz ausgesetzt. Im Ersten läuft bekanntlich zu dieser Zeit stets ein attraktiver Spielfilm und im Zweiten ist Krimi-Stunde. Ob da, wie es die Ausbaugegner gerne wünsche, so viele Stadträte das Dritte einschalten? Mal abwarten, was bei der späteren Diskussion zum Thema zu hören ist: ob es tatsächlich um vier Fahrbahnen geht oder eher um einen »Fall für zwei?«

Huuii, genug gegeistert, liebe Leser! Ein schönes Wochenende, das wünscht der Waldgeist

Alemannisches vom Bodensee Rosemarie Banholzer kommt

Titisee-Neustadt. Freunde alemannischer Mundart kommen auf ihre Kosten: auf Einladung des Hochschwarzwälder Mundartkreises, einer Regionalgruppe der Muettersprochgsellschaft, liest am Donnerstag, 16. November, um 20 Uhr im Hotel »Adler-Post« die Konstanzer Mundartautorin Rosemarie Banholzer aus ihren Büchern. Die Autorin, die bereits vor einigen Jahren schon einmal in der Wälderstadt zu Gast war, hat das Anliegen, die seealemannische Mundart zu pflegen und zu erhalten. Dabei legt sie Wert darauf, den Menschen Mut zu machen, ihnen das Positive im Leben zu zeigen, kurz, sie aufzuheitern. Gleichzeitig ist es ihr wichtig, auch ernste Gedanken im Dialekt auszudrücken. Mundartdichtung hat immer einen spielerischen, liebenswerten Charakter. Und gerade dieses Liebenswerte gehört zu den Vorzügen der Mundartdichtung. Im Dialekt kann jedes Thema auch kritisch angegangen werden, ohne dabei jemanden zu

Immer mehr Flüchtlinge leben in Hotels

Regierungspräsidium mietet weitere Häuser an / Wirte sehen Chancen / »Gerede von schneller Mark ist Quatsch«.

gra. TITISEE-NEUSTADT. Die neuerliche Flüchtlingswelle aus der DDR sowie der anhaltende Strom von Aussiedlern bringen das Regierungspräsidium in Zugzwang. Um allen Neuankömmlichen ein Dach über dem Kopf zu geben, greifen die Freiburger schon seit geraumer Zeit auf die Anmietung von Hotels und Gasthäuser zurück. »Für manche Betriebe bietet sich dadurch eine wirtschaftliche Chance«, so der Kreisvorsitzende des Hotel- und Gaststättenverbandes Hochschwarzwald, Eduard Mürb, der zugleich aber auch vor der Annahme warnt, bei diesem Geschäft sei eine schnelle Mark zu verdienen.

Zahl deutlich, die ein Sprecher des Regierungspräsidiums in Freiburg Schwarzwälder Bote« mitteilte. Demnach sind mittlerweile etwa 200 Hotels und Gasthäuser im Regierungsbezirk Südbaden von der Behörde angemietet worden, gut die Hälfte aller Häuser befinden sich im Großraum Schwarzwald und hier in erster Linie in den Fremdenverkehrsgemeinden.

»Das wird von allen Bürgermeistern nicht so gern gesehen«, erklärte der Spre-Regierungspräsidiums, machte aber deutlich, daß derzeit keine andere Lösung in Sicht sei. »Wir brauchen allein in dieser Woche 500 Betten für DDR-Flüchtlinge, hinzu kommen noch 300 Betten für Aussiedler und 100 für Asylanten«. 350 Plätze seien bereits vorhanden, die übrigen fehlten noch. Im Klartext: Das Regierungspräsidium muß in diesen Tagen weitere Hotels und Gasthäuser anmieten, auch wenn sich noch die ein oder andere Turn- oder Festhalle zu einem »Massenquartier« umfunktionieren läßt.

Das Rergierungspräsidium sieht natürlich auch die möglichen Konsequenzen der Entwicklung, gerade in den Winter-Schwarzwald. Denn sportgebieten im wenn es einmal einen guten Winter geben sollte, dann wird es mit den Quartieren für

Daß die Aussiedler-Unterbringung für Urlauber zuweilen eng. Auf der anderen das Gastgewerbe ein Thema ist, macht eine Seite: »Gibt es so einen Winter wie im Seite: »Gibt es so einen Winter wie im vergangenen Jahr, dann werden alle Vermieter froh sein, wenigstens das Haus mit Aus- und Übersiedlern voll zu haben«, so der Sprecher des Regierungspräsidiums.

> »Für manche Betriebe bietet die Belegung mit Aus- und Übersiedlern eine wirtchaftliche Chance«. Der Kreisvorsitzende des Hotel- und Gaststättenverbandes Hochschwarzwald, Eduard Mürb, ist der Überzeugung, daß so einige Häuser vor dem Ruin gerettet werden können. Einmal jene, die in den vergangenen Jahren kräftig investiert und nun zu knabbern haben um Zins und Tilgung aufzubringen, zum anderen auch jene Häuser, in die seit Jahr und Tag mangels Masse kein Geld gesteckt werden konnte und die – was das Angebot betrifft - den Abschluß an die Entwicklung verpaßt haben, also nun einen Nachholbedarf an Investition haben. Letztere würden jetzt durch regelmäßige Einnahmen auch in ruhigen Jahreszeiten dazu in die Lage

Das Gerede, die Wirte und Hoteliers könnten mit dem Geschäft mit Aus- und Übersiedlern eine schnelle Mark machten, hält Mürb für Quatsch. »Jeder wird rechnen und auch an die Zeit nach der Belegung durch diese Personengruppe denken«. Absahnen könnten nur jene Kollegen, die die Aus- und Übersiedler in ihrem Haus nicht so bewirten wie es sich gehört. Solche »schwarzen Schafe« unter seinen Berufskolleten gebe es natürlich auch, aber die seien wenige. Wer aber seine Gäste und seien es Aus- und Übersiedler, richtig verpflege - »Er bekommt ja vom Regierungspräsidium auch richtiges Geld dafür« der habe nicht nur Kosten, sondern auch einen entsprechenden Arbeitsaufwand.

Mürb weiß, wovon er spricht: Sein Haus ist seit knapp einer Woche auch mit Ausund Übersiedlern belegt. Und Mürb denkt noch einen Schritt weiter: Durch eine intensive Nutzung der Häuser fallen wiederum zu einem späteren Zeitpunkt Renovierungsarbeiten an, die den Betreiber auf der einen Seite kosten, auf der anderen Seite auch dem örtlichen Handwerk Aufträge verschaffen.

Hohe Kosten entstehen einem Betrieb auch dann, wenn er nach der Belegung mit Flüchtlingen wieder am freien Markt arbeiten will. »Dann muß er praktisch bei Null anfangen und viel Geld in die Werbung stecken«. Mürb rät deshalb Kollegen schon dazu, ihre Imagewerbung in Prospekten weiterzubetreiben, selbst wenn ihre Häuser durch Aus- und Übersiedler belegt seien. Anfragen können dann in andere Häuser weitergeleitet werden. Und noch ein Risiko trägt der jeweilige Betrieb. Das Regierungspräsidium kann von einem Tag auf den anderen den Beherbergungsvertrag kündigen, womit von einem Tag auf den anderen die »sichere Geldquelle« versiegen würde, Übrigens Geld: das Regierungs-präsidium zahlt bei Anmietung des Hotels im Schnitt zwischen 40 und 45 Mark je Übernachtung bei Erwachsenen.



MARTINSUMZUG gestern abend in Neustadt: Nach einer Andacht im St .-Jakobus-Münster,

vom Kindergarten St. Elisabeth zusam-Kindergarten mengestellt und die Fürbitten von den Kindern selbst am Mikrofon vorgetragen, zogen 300 Kin-der mit ihren selbst gebastelten Laternen in den Stadtgarten, wo sie die Jugendkapelle der Stadtmusik mit schmetterndem Spiel empfing. Voran ritt ein Soldat hoch zu Roß, Martin von Tours verkörpernd, der zunächsi Mönch wurde, sich später den Pflichten Bischof Tours durch Flucht entzog.

sb-Foto: ka

Verliert CDU ein Mandat in Ausschüssen?

Fraktionen denken über Neuregelung nach / Wahlergebnis und nicht Fraktionsstärke als Grundlage

gra. Titisee-Neustadt. Schlägt sich die Niederlage der CDU bei der Titisee-Neustädter Kommunalwahl auch auf die Zahl ihrer Sitze in den Gemeinderatsausschüssen nieder oder kann die Union dort trotz ihrer schweren Stimmverluste ihre bisher fünf Mandate in den elfköpfigen Gremien behalten. Eine Frage, die in diesen Tagen vor allem die Kommunalpolitiker der anderen Parteien und Gruppierungen beschäftigt. Entscheidend wird allerdings sein, nach welchem Verfahren die Sitze in den Ausschüssen vergeben werden

Blenden wir zurück: bei der Gemeinderatswahl am 22. Oktober verlor die CDU knapp fünf Prozent und im auf 30 Köpfe verkleinerten Gemeinderat erhielt die Union nur noch 13 Mandate, acht Sitze entfielen auf die SPD, vier auf die Bürgerliste, drei auf die Grünen und zwei auf die FDP/FWG-Fraktion. Trotz des nun verkleinerten Ratsgremiums bleibt die Zahl der Sitze in den Ratsausschüssen, also dem Technischen Ausschuß und dem Hauptausschuß, konstant bei elf. Bislang hatten in diesen Gremien die CDU fünf Sitze, die SPD drei und die übrigen Fraktionen je einen

Hauptamtsleiter Lothar Huber hat inzwischen auch errechnet, daß sich an dieser Sitzverteilung nichts ändert, es bleibt wie bisher bei den elf Mandaten. Huber hat bei seiner Sitzverteilung Prozentanteile der Fraktionen im Gemeinderat zugrunde gelegt und diese auf die elf Ausschuß-Sitze verteilt. Und selbst, wenn die Sitze nach dem d'Hondt'schen Verfahren vergeben würde, die CDU könnte ihre fünf Ausschußmandate behalten, trotz der schweren Schlappe bei

Kein Wunder, daß in den anderen Fraktionen das Rechnen begonnen hat, wie man der Union zumindest einen Ausschußsitz streitig machen kann. Und da wurde man schnell fündig. Kühne Rechner argumentierten nun, daß man sich bei der Verteilung der Ausschußsitze richtigerweise auch an dem Wahlergebnis orientieren müßte. Setze man nun die Gesamtstimmenzahl der einzelnen Fraktionen ins Verhältnis zu den elf Ausschuß-Mandaten so – und da staunt denn auch der Laie - verliert die CDU deutlich ein Mandat. Sie käme nämlich dann nur noch auf vier, während die SPD ihre bisherigen drei Mandate behalten könnte. FDP/FWG und Grüne würden ebenfalls bei einem Mandat bleiben.

Nutznießer dieser Neuberechnung wäre lediglich die Bürgerliste, die nnstelle von einem zwei Mandate in den Ausschüssen erhielte.

Kein Wunder, daß gerade bei der Bürgerliste der Ruf nach einer neuen Grundlage für die Ausschuß-Besetzung am lautesten ist. Daß die CDU ein Mandat verlieren muß, das steht angesichts deren Wahlergebnis aber nicht nur bei der Bürgerliste außer Frage. Auch in anderen Fraktionen hält man dies für wichtig, nicht zuletzt deshalb, um der CDU, die CDU-Bürgermeister zusammen mit Lindler sonst in den Ausschüssen über sechs von zwölf Stimmen verfügt, die Möglichkeit zu nehmen, strittige Dinge durch ein Patt noch blockieren zu können.

Führende Köpfe der Fraktionen brüten jetzt natürlich aus, unter welchen Vor-aussetzungen im Gemeinderat eine Mehrheit für die Neuregelung bei der Sitzverteilung in den Ausschüssen zustande kommt. Die SPD soll bereits der Bürgerliste signalisiert haben, dem Vorhaben zuzustimmen, wenn die Bürgerliste ihrerseits einen Vorschlag unterstützt, wonach ein sozialdemokratischer Stadtrat erster Stellvertreter des Bürgermeisters werden soll.

Nachgefragt

Einen selb-ständigen DGB-Kreis Neustadt gibt es nicht mehr. Aber immerhin ist im Gewerkschaftsbüro in der Bahnhofstraße 8. das seit dem Weggang



Heidi Fuchs im Mai dieses Jahres verwaist war, wieder Leben eingekehrt. Im Titisee-Neustädter Zweigbüro des DGB-Kreises Freiburg/Breisgau versieht zu-nächst dienstags und freitags von 8 bis 12 und 13 bis 17 Uhr der 33jährige Gewerkschaftssekretär Norbert Rediger seinen Dienst.

FRAGE: Zunächst einmal: Was hat

Sie hierher verschlagen? REDIGER: Durch den Kreisvorsitzenden Peter Dresen habe ich erfahren, daß das Zweigbüro nicht besetzt ist und wieder Ansprechstelle für viele Kollegen mit ihren Sorgen und Nöten werden soll.

FRAGE: Aus welchem Beruf kommen Sie und wie sind Sie Zweigbüroleiter geworden?

REDIGER: In Kamen bei Dortmund habe ich Bergmechaniker gelernt und war zuletzt beruflich als Sicherheitsbeauftragter tätig. Seit Ausbildungsbeginn war ich Gewerkschaftsmitglied, war dann Jugendgruppenleiter und Jugendsprecher und habe mich in vielen Gremien ehrenamtlich engagiert. Über die Sozialakademie in Dortmund habe ich die Voraussetzungen für die Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär erworben, die ich von Oktober '86 bis September '88 in Hagen und Münster absolvierte. Danach war ich im DGB-Kreis Ravensburg tätig.

FRAGE: Welche Aufgaben nimmt der Deutsche Gewerkschaftsbund in Neustadt wahr?

REDIGER: Der DGB ist Ansprechpartner für alle Gewerkschaftsmitglieder, gleich welcher DGB-Gewerkschaft sie angehören, weil hier keine Gewerkschaft hauptamtlich vertreten ist. Diese sind alle im Freiburger Gewerkschaftshaus in der Hebelstraße 10 anzutreffen.

FRAGE: Wo werden Ihre Aufgabenschwerpunkte liegen?

REDIGER: Ich werde die Ortskartelle betreuen und Ansprechpartner für alle Gewerkschaftsmitglieder, für Betriebsräte und Vertrauensleute in und um Neustadt und in der Raumschaft Bonndorf sein.

FRAGE: Ist vorgesehen, die Öffnungszeiten im neuen Jahr noch aus-

REDIGER: Ab nächstes Jahr wird das Büro, außer bei auswärtigen Terminen, an allen Werktagen besetzt

FRAGE: Haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren Mitglieder ver-

REDIGER: Der DGB hat über 7,8 Millionen Mitglieder, ihre Zahl war im Vergleich zum Vorjahr steigend. Doch es gibt viele darunter, die teilzeitbeschäftigt sind, mehr Mitglieder bedeutet also nicht automatisch auch mehr Beiträge.

WIR GRATULIEREN

Titisee-Neustadt. Hermann Burghard, Stalterstraße 62, 73 Jahre. Hinterzarten. Hermann Draxler, Windeck-

weg 17, 72 Jahre. Erich Schleehauf, Alpersbach 20, 72 Jahre. Lenzkirch. Frieda Mangler, Schwarz-

waldstraße 16, 82 Jahre. Elise Reichhart Erlenbachweg 1, 80 Jahre. Martin Sedlak, Gutachbrücke 7, 76 Jahre.

Eisenbach. Maria Willmann, Wiesbachweg 15, 76 Jahre.

SONNTAG

Titisee-Neustadt. Frieda Frenzen, Kapellenweg 31, 96 Jahre. Else Gork, Bärenhofweg 5, 87 Jahre. Erika Beha, Schurthplatz 5, 77 Jahre.

Lenzkirch. Guido Wangler, Vitenhofenweg 8, Saig, 78 Jahre.

Breitnau. Sofie Helmle, Hinterdorf 1, 81

Jahre. Eisenbach. Charlotte Löffler, Bubenbacher

Straße 11, 78 Jahre. St. Märgen. Kreszentia Waldvogel, Zweris-

berg 6, 77 Jahre. Adelheid Pfaff, Glashütte 28, 75 Jahre.

WOHNUNGSBAU SONDERKREDI

(aus dem KFW-Wohnungsbauprogramm)

- Umwandlung von Räumen zu Wohnzwecken
- Ausbau des Dachgeschosses
- Erweiterung durch Aufstockung oder Ausbau
- 5,25 % Zinsen
- 10 Jahre fest
- 100 % Auszahlung
- 5 Jahre tilgungsfrei
- Laufzeit 25 Jahre
- bis zu 75 % der Baukosten, max. DM 75000.- pro Wohneinheit (eff. Verzinsung 5.36%)





Beratung und Antragstellung bei Ihrer

Ausgabe R 1 E 6238 A

Einzelpreis 1,10 DM

155. Jahrgang / Nummer 262

Montag, 13. November 1989

Telefon 07423/78-0

THEMA DES TAGES

Wochenende des Jubels (tön). Mit einem millionenfachen Wiedersehen feierten Deutsche aus Ost und West an diesem Wochenende ihre Einheit. Die Mauer behält ihren Charakter als Anklage und bitteres Mahnmal der Unmenschlichkeit. Tatsächlich aber hat sie ihre Aufgabe der Trennung verloren. Dieser Dammbruch hat der Humanität und den aufgestauten Emotionen freien Lauf gelassen. Nach die-sem Wochenende der Begegnung und des Jubels wird Berlin, wird Deutschland niemals mehr so sein wie noch zu Beginn der letzten Woche. Die Tränen der Freude werden trocknen, der Enthusiasmus wird dem Alltag weichen. Aber diese gewonnene Freiheit werden sich die Bürger Ostberlins und der DDR nicht mehr nehmen lassen. Der Bundespräsident traf den richtigen Ton mit

Autos in Moskau gefährdet: Diebe sind selbst auf Windschutzscheiben aus (Aus aller Welt)



von Samstag auf Sonntag auch am Potsdamer Platz einen neuen Grenzübergang geschaffen. Gestern früh war die Mauer dort stückweise gefallen.



HISTORISCHER MAUERDURCHBRUCH: DDR-Grenzer haben in Berlin in der Nacht DER KURFÜRSTENDAMM IN BERLIN hatte sich am Wochenende wegen des Besucher-

Millionen DDR-Bürger schauten sich den Westen an

Fast alle fuhren wieder zurück / Ostberlin hebt Schießbefehl offiziell auf / Weitere Reformschritte angekündigt

dpa/rtr/ap. BERLIN. Deutschland feierte am Wochenende millionenfaches Wieder- Westberliner Sicherheitskräfte sorgten sehen – die Berliner Mauer bekam neue, große Löcher. Weit mehr als zwei Millionen DDR-Bürger strömten am Wochenende in endlosen Kolonnen über die offenen Grenzen in die Bundesrepublik sowie nach Westberlin und fuhren am Sonntag abend auch fast alle wieder zurück.

zungsweise eine Million Besucher auf den Kurfürstendamm und in die umliegende Innenstadt gekommen. Die Bilanz der Behörden im Westen war - trotz chaotischer Verkehrsverhältnisse und Massenan-sammlungen in den Städten – mehr als positiv: »Es war ein friedliches Wiedersehensfest. Die DDR-Bürger sind uns weiter willkommen.«

Die DDR hat offiziell den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze vollständig aufgehoben. Das sagte Verteidigungsminister Heinz Keßler gestern abend im DDR-

Was noch vor Tagen als völlig unglaub-

der Entwicklung in der DDR hat am Wo-

chenende in Bonn zu einem heftigen Streit

geführt, der in Auseinandersetzungen

zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Berlins Regierendem Bürgermeister

Im Kern ging es dabei um die Frage, ob

die rasanten Anderungen als Vorstufe ei-

ner deutschen Einigung zu sehen seien oder ob sich eine reformierte DDR als eigenständiger Staat entwickeln solle. Die

abweichenden Positionen waren vor allem

am Freitag vor dem Schöneberger Rathaus

und Momper gemeinsam in einer Kundge-

Momper noch das gleiche Verfassungsver-

Momper warf Kohl vor, »im Denken von

vorgestern« zu verharren und »eklatantes

Versagen in der jetzigen Situation der

deutschen Geschichte« an den Tag zu legen. Kohl quatsche von Wiedervereini-

gung und verpasse dabei wichtige Kontakt-

Kohl hingegen sagte, er sei tief über-zeugt, daß sich die Bürger der DDR für die

deutsche Einheit einsetzen würden, falls

sie frei entscheiden könnten. Momper und

andere SPD-Politiker widersprachen: Die

Kontakte mit den oppositionellen Gruppen

in der DDR zeigten, daß diese Reformen im

Sinn hätten, keineswegs aber einen An-

gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesre-

publik sollten sich nun an einem »Runden Tisch« zusammensetzen, um gemeinsam

zu beraten, wie die Reformen in der DDR

unterstützt werden könnten. Kohl hatte

diese Offerte schroff abgelehnt und erklärt,

ein »Runder Tisch« habe zuletzt in Polen

dazu beigetragen, eine Diktatur zu beseiti-

Weiter ging der Streit auch über die Forderung der SPD, alle politischen und

schluß an die Bundesrepublik.

aufnahmen zur neuen SED-Führung.

Momper hatte dort von einem »Volk der

Walter Momper gipfelte.

bung aufgetreten waren.

ständnis habe wie er.

Nach Westberlin allein waren schät- neue Übergänge eingerissen, der Potsdamer Platz - einst Herz der Reichshauptstadt Berlin - wieder passierbar. Bundespräsident Richard von Weizsäcker betrat für kurze Zeit Ostberliner Boden. Über die alten sowie eiligst eingerichteten neuen Grenzübergänge zum Bundesgebiet kamen die DDR-Bürger hunderttausendfach zu Stipvisiten in die grenznahen Städte und Gemeinden.

Brenzlig wurde es am Wochenende kurzzeitig nur am Brandenburger Tor. Dort forderten Demonstranten die völlige Beseitigung der Mauer, einige rissen ein Stück aus dem Beton-Bollwerk, andere versuchten mit Hämmern und Spitzhacken Löcher in die Sperranlage zu hauen, viele kletter-Ereignis: Die Mauer in Berlin wurde für ten auf die Mauer. Sowohl Ost- als auch

Parteienstreit über Folgen des Öffnungsprozesses

Kanzler zweifelt an Mompers Verfassungsverständnis / Berlins Bürgermeister: Denken von vorgestern

rtr. BONN/BERLIN. Die Einschätzung gen. Es gebe keinen Grund, einen solchen Bund, Ländern und Gemeinden lösbar,

Dazu sagte der stellvertretende SPD-Vor-

sitzende Oskar Lafontaine, es tue über-

haupt nichts zur Sache, ob Kohl das Ange-

Begriff in die Sprache der Bundesrepublik

aufzunehmen.

aber teilweise gemeinsam dafür, daß die Zwischenfälle nicht eskalierten.

Die DDR hatte bis gestern nachmittag rund 4,3 Millionen Visa für Privatreisen von DDR-Bürgern in den Westen ausgestellt. Seit Donnerstag abend - mit Bekanntgabe der neuen Reisemöglichkeiten stempelten DDR-Beamte Visa für die Bundesrepublik »im Akkord«, gleichgültig ob in Reisepaß oder Personalausweis.

So wie sie in Massen kamen, umjubelt von Zigtausenden von Bündesbürgern, so verließen die Menschen aus der DDR nach ihrem Wochenend-Besuch die Bundesrepublik wieder. Nur ein ganz kleiner Prozentsatz blieb. Übereinstimmende Reaktion in den Rückfahrtschlan en (hinzu wa-ren sie bis zu 70 Kilometer lang gewesen): »Wir sind überwältigt, damit hätten wir nie mehr gerechnet. Es ist Wahnsinn, davon kommt die DDR-Führung nicht mehr weg – wir kommen wieder «

Vor allem die Innenstadt von Westberlin war schwarz vor Menschen. Mehrere 100 Meter lange Schlangen bildeten sich vor Banken und Postämtern, die das Begrü-Bungsgeld für DDR-Bürger in Höhe von 100 Mark auszahlten. Viele kleinere Städte waren nach geraumer Zeit nicht mehr »flüssig« und mußten sich Bargeld unter anderem bei Kaufhäusern borgen.

Unter dem wachsendem Druck der Parteibasis setzte sich das SED-Politbüro gestern für die Einberufung eines Sonderparteitags der SED im Dezember ein, bei dem Zentralkomitee neu besetzt werden soll. Den endgültigen Beschluß darüber muß heute das ZK fällen. An diesem Tag tritt auch die DDR-Volkskammer zusammen, um den Dresdner SED-Bezirkschef Hans Modrow zum neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Der Sonderparteitag soll vom 15. bis 17. Dezember anstelle der mit weniger Kompetenzen ausgestatteten, ursprünglich geplanten »Parteikonferenz« der SED stattfinden.

Staats- und Parteichef Egon Krenz, der noch am Freitag einen Sonderparteitag abgelehnt hatte, begründete den Meinungsumschwung damit, daß dieser Parteitag ein neues ZK wählen müsse. Viele Briefe aus der Parteibasis hätten ihn bewo-

gen, diesen Vorschlag zu machen. Kultusminister Hans-Joachim Hoffmann stellte gestern Leipzig im Zusammenhang mit einer möglichen Anderung der DDR-Verfassung den Führungsanspruch der SED in Frage. In vielen Städten fanden am Wochenende Kundgebungen der SED

Im Blickpunkt

seiner Mahnung zum verantwortlichen Gebrauch von Freiheit und Wahrheit.

Denn natürlich ist dieser revolutionäre Prozeß in der DDR immer noch mit Risiken behaftet, die der Westen durch

Zurückhaltung, der Osten durch weitere Reformschritte in Richtung freie Wahlen verringern kann. Die Bilder der

spontanen deutsch-deutschen Herzlichkeit von diesem Wochenende soll-

ten für die Verantwortlichen in Ost un West Auftrag und Mahnung sein.

VfB muß nach Bremen

Cup-Finalist Werder Bremen gegen VfB Stuttgart heißt der Schlager im Viertelfinale des 47. Wettbewerbes um den Vereinspokal des Deutschen Fußball-Bundes. Bei der Auslosung für die Spiele am 12./13. Dezember erhielt Pokalschreck Kickers Offenbach den MSV Duisburg zum Gegner. Eintracht Braunschweig ist Gastgeber gegen den VfL Osnabrück, der den Karlsruher SC ausgeschaltet hatte, der 1. FC Kaiserslautern empfängt Fortuna Düsseldorf (Sport).

Saarbrücken bleibt vorn

Der 1. FC Saarbrücken blieb durch ein 0:0 bei Preußen Münster Spitzenreiter der zweiten Fußball-Bundesli ga. Die Saarländer profitierten vom 1:1 zwischen den Verfolgern Hertha BSC und dem neuen Zweiten Wattenscheid 09 (Sport).

Bobfahrer auf Platz zwei

Einen überraschenden zweiten Platz fuhren Christian Schebitz/Leory Hieber beim Weltcup-Auftakt im Zweier-Bob im sächsischen Altenberg (DDR) heraus. Der Sieg ging wie erwartet an Wolfgang Hoppe/Bogdan Musiol aus der DDR (Sport).

Düsseldorf ausgeschieden

Das Viertelfinale des IHF-Pokals im Handball findet ohne Cup-Verteidiger TuRU Düsseldorf statt. Nach dem 22:22 im Hinspiel unterlagen die Dü 🕐 seldorfer bei der sowjetischen Manschaft von SKIF Krasnodar mit 15:18

Lendl gewinnt Turnier

Der Weltranglisten-Erste Iva Lendl hat gestern in Stockholm d. Tennis-Grand-Prix-Turnier gewon-nen. Der Tschechoslowake besiegte den Schweden Magnus Gustafsson mit 7:5, 6:0, 6:3 (Sport).

Bleischrot verseucht Boden

Schießplätze beeinträchtigen nich nur durch ihre Lärmentwicklung d Umwelt, die verwendete Munitie kann zusätzlich zu Bodenbelastung führen. Wie das Umweltbundesa in Berlin mitteilte, gelangten du das Schießen mit Bleischrot bisher mehr als 15 000 Tonnen Blei, 198 Tonnen Antimon und 66 Tonnen Arsen in den Boden. Jährlich kän mindestens 670 Tonnen Blei hinzu

Mehrheit für Tempo 130

Mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Autofahrer plädieren Fir ein Tempolimit von 130 auf der Auto bahn. Nach einer Infas-Umfrage sprechen sich derzeit rund 55 Prozent f

klammern. Zweifellos seien gemeinsame oot annehme oder zurückweise. Die Probleme seien nur im Zusammenwirken von Anstrengungen nötig. Kohl und Mazowiecki unterstreichen Aussöhnung

»unabhängig von der Tatsache, daß der

sagte Radio Luxemburg (RTL), man solle

sich nicht an den Begriff »Runder Tisch«

Außenminister Hans-Dietrich Genscher

Herr Bundeskanzler beleidigt ist«.

Regierungschefs der Bundesrepublik und Polens umarmen sich nach zweisprachigem Gottesdienst

in Westberlin deutlich geworden, wo Kohl ven Geste haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der polnische Ministerpräsident um die Aussöhnung zwischen Deutschen stochau DDR« gesprochen und zur Öffnung der Grenzen erklärt, man dürfe dies nicht als und Polen unterstrichen. Unter dem Beifall von rund 8000 Gläubigen umarmten »Tag der Wiedervereinigung, sondern als sich die beiden Regierungschefs zum Ab-Tag des Wiedersehens« bewerten. Kohl schluß eines in deutscher und polnischer hatte daraufhin erklärt, er frage sich, ob

rtr. WARSCHAU. Mit einer demonstrati- Sprache gehaltenen Gottesdienstes im niederschlesischen Gut Kreisau bei Breslau. Kohl besuchte anschließend noch die Tadeuz Mazowiecki gestern ihr Bemühen Wallfahrtsstätte Jasna Gora in Tschen-

> Der Kanzler, der von den überwiegend deutschen Besuchern des Gottesdienstes unter freiem Himmel immer wieder mit »Helmut, Helmut«-Rufen gefeiert wurde,



ALS ZEICHEN DER VERSÖHNUNG umarmten sich gestern Polens Ministerpräsident Mazowiecki und Bundeskanzler Kohl bei einer Messe im niederschlesischen Kreisau.

sagte nach der Messe, dies sei »ein wichtiger Augenblick im Leben unserer Völker« gewesen. Die Geschichte sei gerade auf diesem Platz mitten in Europa für alle zu spüren gewesen. Beide Völker sollten diese Geschichte nicht vergessen.

Er und Mazowiecki hätten den »Gruß der Versöhnung miteinander getauscht« und sich gegenseitig versichert: »Gott seg-ne Dich, Gott segne Dein Volk«. Dies dürfe nicht ohne Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis bleiben, sagte der Kanzler. Beide Völker sollten aufbrechen von Kreisau in eine »gute, friedvolle und gottgesegnete Zukunft«.

Mazowiecki betonte seinerseits das »Gefühl der Brüderlichkeit«, das dem Gottesdienst innegewohnt habe. Deutsche und Polen dürften nie vergessen, daß sie vor allem Menschen und Brüder seien. Sie seien zu Brüderlichkeit auch um der Menschen Willen verpflichtet, die sich einst in Kreisau versammelt hätten, sagte der Ministerpräsident unter Anspielung auf den Kreis der Hitler-Gegner um den einstigen Gutsherren Helmut James Graf von Moltke. Es werde, eine »große Sache werden«, wenn alle das Gefühl der Brüderlichkeit aus diesem Gottesdienst mitnähmen.

Der Bischof von Oppeln, Alfons Nossol, hatte zuvor in einer zweisprachigen Predigt ebenfalls nachdrücklich für eine echte und dauerhafte Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen geworben. Dabei dürften die Verbrechen der Nazi-Zeit und die folgenden Grausamkeiten zwischen beiden Völkern nicht vergessen werden.

UNABHÄNGIGE HEIMATZEITUNG

ansturms aus dem Osten in eine Fußgängerzone verwondelt. Mehrere hunderttausend Bürger der DDR waren in den Westteil der Stadt gekommen. Fotos: dpa

Tempo 130 aus.

Berlin wächst Stunde um Stunde zusammen

Der Osten macht blau, der Westen Überstunden: DDR-Bürger kosteten das neue Grenzgefühl aus

Von Annette von Broecker, Uschi Deubach und Susanne Höll

BERLIN. »Janz Berlin is eene Wolke,« behaupten die selbstbewußten Berliner gern von ihrer Stadt. An diesem Wochenende erfuhr der kesse Spruch eine leichte Abwandlung: »Janz Berlin is eene Trabi-Wolke.« Die miefigen Zweitakt-Abgase aus den DDR-Autos Marke Trabant und Wartburg hüllten Gedächtniskirche und Kurfürstendamm ein wie sonst die Ostberliner Karl-Marx-Allee zur Stoßzeit. »Ostberlin macht blau, Westberlin macht Überstunden«, beschrieb ein Beamter die Invasion aus dem Osten.

»Die Stadt wächst Stunde um Stunde stärker zusammen,« schilderte eine Berlinerin die Vorgänge entlang der Mauer, an den fünf neu eröffneten Grenzübergängen und im Zentrum des Westteils der Stadt. »Tag und Nacht geht's hier rund. Das ist wie Weihnachten, Kirmes und Karneval zusammen.« Weit über eine Million Menschen kamen am Wochenende aus Ostberlin und aus der DDR, um das neue Grenzgefühl auszukosten. Mitunter mischten sich auch Enttäuschung und Unsicherheit in Jubel und Ausgelassenheit. Und fast alle wollten nach dem aufregenden Ausflug nach Hause zurückkehren.

Nichts ging mehr am ersten Wochenen-de nach Öffnung der DDR-Grenze: U-Bahnstationen waren dicht, auf den Hauptstra-Ben stockte der Verkehr, Ku-Damm und Tauentzien wurden zu Fußgängerzonen umfunktioniert. Schaufenster waren umlagert, Kaufhauseingänge blockiert. Und über dem Chaos wummerten Hubschrauber und läuteten Kirchenglocken. Westberlin war voll in DDR-Hand. Sogar

die Schlange war in den Westen gewandert vor Frittenbuden und Obstständen, vor öffentlichen Toiletten und Supermärkten und vor allem vor Banken und Postämtern, wo das einmalige Begrüßungsgeld von 100 Mark pro DDR-Bürger ausgezahlt wurde, standen die schlangen-erprobten »Ossies« geduldig an. Sächsische, thüringische und mecklenburgische Töne mischten sich in den Berliner Dialekt.

Aber die Berliner sind schon mit ganz anderem fertig geworden. Behördenange-stellte und Busfahrer machten Überstunden, DDR-Besucher wurden an der Grenze mit Blumen und Sekt und auch schon mal nem Geldschein empfangen. In einigen Kneipen gab's Freibier.

Über den Rundfunk und auf Notizzetteln boten Westler kostenlos Quartiere für DDR-Besucher an. »Wir müssen alle zusammenstehen,« versicherten Taxifahrer, Verkäufer und Polizisten. Im Radio wurden laufend neue Sonder- und Gratisveranstaltungen für DDR-Bürger angekündigt: Von verbilligten Pizzas und Massagen bis zum Kunstgenuß mit den Berliner Philharmonikern und dem Rockkonzert mit Udo Lindenberg, der einst den »Sonderzug nach Pankow« in Gang setzte, und mit der Ex-DDR-Rockröhre Nina Hagen.

Am Potsdamer Platz, wo gestern der fünfte neue Übergang in die Mauer gebrochen wurde, war im wahrsten Sinn des Wortes der Bär los. Die Karpatenbärin Paula, die ein Kinderzirkus als lebende Verkörperung des Berliner Wappentiers ins Niemandsland gebracht hatte, fraß zufrieden Zucker aus der Hand von Ostber-lins Oberbürgermeister Erhard Krack.

Hunderte Westberliner hatten seit der Nacht auf den historischen Durchbruch am »Potsdamer« gewartet. Nach 28 Jahren ging ihnen der Abbruch nun nicht schnell genug. »Du schaffst es«, feuerten sie in

Sprechchören die DDR-Grenzsoldaten an die schwitzend eine Betonplatte nach der anderen abmontierten. Um 8.21 Uhr war der Durchgang fertig. »Das ist das alte Herz Berlins,« sagte Momper. »Hier hat es geschlagen, und hier wird es wieder schlagen. Das wird einer der Hauptübergänge werden«, meinte er nach dem Händedruck mit seinem Ostberliner Kollegen Krack.

Später konnte sich Bundespräsident von Weizsäcker nur mühsam einen Weg durch die begeisterte Menge bahnen, als er an dem neuen Grenzdurchlaß einige Schritte auf Ostberliner Gebiet machte. Zum Abschluß der Stippvisite hoben Westberliner Polizisten den Präsidenten auf die Schultern, damit er den Menschen zuwinken konnte. Ein Ost- und ein Westberliner Polizist tauschten ihre Uniformmützen aus Annäherung auf dem kleinen Dienstweg.

Nur ein Thema scheint die Menschen in Berlin derzeit nicht zu Debatten anzuregen die Wiedervereinigung. Wer immer mit Begriffen wie Einheit oder Vereinigung jongliert, erntet Kritik, Widerspruch, Buh-Rufe oder Pfiffe. Die zwei Ehepaare – eines aus West-, eines aus Ostberlin – die sich an der Tauentzienstraße zusammenfanden, wollten beide nichts von einer neuen Einheit wissen. »Det is' doch jetzt gar nich' wichtig«, befand der Ostberliner. »Viel wichtiger is', wie man garantieren kann, daß es keine Rückzieher mehr (bei den Reformen) gibt. « Und seine Zufallsbekannten aus dem Westen stimmten ihm voll zu: »Wer jetzt mit dem Thema anfängt, ist doch nur doof.«

In Ostberlin konzentrierte sich der Betrieb gestern auf die Grenzübergänge. In der Innenstadt waren bei blauem Himmel nur wenige Menschen unterwegs. Die Warteschlangen an den Übergängen, am Samstag noch kilometerlang, waren auf wenige

hundert Meter geschrumpft.
Die Zurückkehrenden waren einhellig begeistert. »Einfach irre, unglaublich, wie im Film, voll super«, lauteten die Kom-mentare. »Was man da alles koofen kann«, staunte immer noch ein junger Mann in Jeansjacke, der einen Karton mit Bier-Büchsen an seine Brust drückte. »Det mit dem Jeld war ein bißchen knapp«, brachte eine junge Frau die neuen Erfahrungen auf ihren wundesten Punkt. Aber die meisten waren auch froh, wieder daheim zu sein. »Jetzt sind wir wieder bei uns,« seufzte eine Frau erleichtert. Und eine andere

stimmte zu: »Det war genug.« Genug haben einige im Westen inzwischen schon von den Stinkewolken der Trabis und Wartburgs. Aber auch neue Zweitakt-Fans gibt es. Am Ku-Damm fand ein Ostberliner an seinem Trabi einen Zettel mit Westberliner Telefonnummer: »Bitte rufen Sie mich an. Ich will ihr Auto kaufen«. Ein anderer Unbekannter machte sich solche Mühe nicht: Bei der Westberliner Polizei meldete sich ein verstörter



GESCHAFFT: Strahlend kam diese DDR-Bürgerin am Samstag als erste über die neue Grenzstelle Bernauer Straße in den Westteil der Stadt.

GESCHAFFT: Strahlend kam diese DDR-Bürgerin am Samstag als erste über die neue Grenzstelle Bernauer Straße in den Westteil der Stadt.

Ostberliner, dessen Trabi gestohlen worden war.

Der Westen fast ein Schock

MASSENANDRANG vor der Öffnung des neuen Grenzübergangs Bernauer Straße im

Berliner Bezirk Wedding. Viele DDR-Bürger warteten am Samstag auf das Fallen der

»Wir fühlen uns wie Bettler«: Scham über eigene Finanzen

Von Sabine Katzke

letzten Hindernisse in den Westen.

BERLIN. »Natürlich ist man überwältigt, absolut überwältigt!« - »Das ist einmalig. Das kann man nicht glauben, das muß man sehen!« Und: »Das ist unbeschreiblich, ein Schock fast.« So reagierten die DDR-Bürger, die am Wochenende zum ersten Mal nach 28 Jahren wieder den Westteil Berlins besuchen konnten.

Und die Hunderttausende, die nach Jahren des Wartens endlich reisen konnten, lassen sich ihre Freude durch fast nichts trüben. Da werden auch die vielen Wartestunden vor den Bankschaltern geduldig hingenommen, an denen sie ihr Begrüßungsgeld von 100 West-Mark erhalten – Schlangestehen ist oh-nehin ihr Alltag in der DDR. »Wo eine Schlange ist, da gibt es etwas«, meinte einer der Wartenden. Selbst die beißende nächtliche Kälte wird dabei tapfer ertragen: »Hauptsache, wir sind hier.«

In die Freude über Reisefreiheit und bevorstehenden Einkaufsbummel mischte sich jedoch bei vielen das Gefühl von Scham und Demütigung. »Ich fühle mich wie ein Bettler, wenn ich hier aufs Rathaus gehe und mir die 100 Mark abhole«, brachte ein junger Mann den Frust über die eigenen geringen inanziellen Möglichkeiten auf den Punkt. Ein anderer in der Begrüßungsgeld-Schlange meinte: »Ich bin hier so wie die Polen bei uns.

Für fast alle ist es keine Frage mehr, nach der ersten Stippvisite im Westen auch wieder nach Hause zurückzukehren. Und niemand glaubt, daß die SED Reiseerleichterungen zurücknehmen könnte. »Ein Zurück gibt es nicht. Dann gibt es einen Aufstand«, heißt es einhellig. »Das Volk bleibt jetzt auf der Straße«, meint auch ein junge Erfurter Ärztin. Aber sie weiß auch, »daß alles davon abhängt, wie viele bleiben.«

Die Ärztin schwankt »jeden Tag zwischen großem Optimismus« wegen der Demonstrationen der Bevölkerung und »auch Trauer und Bestürzung«. zurückliegt, nennt sie bitter »geistige Vergewaltigung«, und sagt: »Was mit uns betrieben wurde, ist doch wirklich frevelhaft.«

Doch zur künfigen Entwicklung der DDR herrscht fast überall tiefe Ratlosigkeit. Daß es wirtschaftlich aufwärts geht gerade auch mit Hilfe des reichen estdeutschen Nachbarn - hoffen alle. Das Wort Wiedervereinigung hören sie aber nicht gern. Allenfalls von einer »Annäherung« wollen sie sprechen. Gleichen Wohlstand wie im Westen wagt sich aber kaum einer vorzustellen. Und zum Wie des Fortschritts gibt es viele Fragezeichen. Die künftige Ent-wicklung der DDR gleiche jetzt einer Gratwanderung«, heißt es.

Der neuen Führung der SED halten viele Besucher vor, daß sie nur reagiert hat auf den Druck der Straße und nicht agiert. Und so räumen viele der SED kaum mehr Chancen ein. »Die Verbitterung ist groß.« Die Führung in Ostberlin müsse, um ihre Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, »auf ihre Macht verzichten und Pluralismus zulassen«, urteilt ein Facharbeiter.

Der »Unmut gegen den Filz im Appa rat« sei riesig, und es gäbe »tiefes Mißtrauen, daß viele Funktionäre, die jetzt für die Veränderungen sind, ihr Fähnchen nur nach dem Wind halten«. Viele hoffen nun auf die Blockparteien, vor allem die Liberalen. Freie Wahlen, so glauben die meisten, brauchten jedoch noch ein bis zwei Jahre, weil die Oppo-

sition nicht vorbereitet sei. Erschrocken sind viele darüber, wieviel Dreck auf dem »Ku-Damm« lag, über den sie glückselig bummelten. Die Straßenreinigung aber gibt sich gelassen: Es war schon schlimmer.

Kohl erlebte Stunden nach seinem Geschmack

In Kreisau »Geschichte gespürt« / Umarmung der Regierungschefs als Zeichen des Friedens

Von unserem Korrespondenten Frank Rafalski

KREISAU. Mit einem »Aufwiedersehn« verabschiedete sich gestern ein sichtlich begeisterter Bundeskanzler von der Menschenmenge auf dem Freiplatz des ehemaligen Moltke-Guts in Kreisau. Hunderte von Händen streckten sich ihm über die Absperrballustraden entgegen: »Helmut, Helmut, grüßen Sie die Heimat; vergiß uns

In Kreisau in Niederschlesien erlebte Kohl an diesem Tag Stunden, die so ganz nach seinem Geschmack waren: »Wir haben die Geschichte gespürt auf diesem Platz mitten in Europa«. Zusammen mit Polens katholischem Ministerpräsidenten Mazowiecki saß Kohl rechts auf der weißblauen Empore des Holzaltars und verfolgte die »Eucharistie der Versöhnung«, die

Aufhören können, das ist nicht eine Schwäche, das ist eine Stärke.

Ingeborg Bachmann

Ferien vom Ich macht man am besten mit einem Du Hans Söhnker

der Bischof von Oppeln, Alfons Nossol,

Mazowiecki, der erste nichtkommunistische Regierungschef in Warschau, saß bei eisigem kaltem Wind, in sich zusammen-gezogen auf seinem Stuhl und blickte zuweilen etwas skeptisch über die Köpfe der 6000 bis 7000 Menschen, die aus diesem Anlaß - meist aus Oberschlesien - angereist waren. Auf Transparenten und Plakaten konnte er Sprüche lesen, die für ihn in seinem Land unmißverständlich aufmerksam machten: »Wir wollen deutsche Schulen und Gottesdienste«, »Wir hoffen seit 44 lahren«, »Helmut, denk an uns«, Die ehemals deutschen Namen polnischer vor Beginn der Kirchenzeremonie. Städte prankten überall in großen Lettern.

Andere, provokativere Parolen waren eindeutig in der Minderheit: »Helmut, du bist auch unser Kanzler« oder »S.O.S. – O/ S« (für Oberschlesien). Der Kanzler selbst - vielleicht noch mit den Pfiffen der Berliner 48 Stunden zuvor in den Ohren genoß diese Stimmung. Immer wieder ging er auf die rufenden jungen und alten Menschen zu, schüttelte Hände, ließ sich Kin-

Die Station in Kreisau in Niederschlesien, wo sich in den vierziger Jahren eine Widerstandsgruppe gegen das Hitlerregi-me um den Grafen Helmuth James von Moltke gebildet hatte, sollte der symbolische Höhepunkt dieser Polenvisite werden, nachdem der beabsichtigte Besuch in Annaberg in Oberschlesien, wo weitaus mehr Deutschstämmige leben, auf polni-schen Wunsch gestrichen worden war.

Das Bild der beiden Regierungschefs, die sich vor dem Altar bei der Messe in Kreisau umarmen, sollte als Zeichen des Frienicht unbedingt schockierend wirken dens nicht nur die Anwesenden beeinmußten, die aber dennoch auf noch unge- drucken. Mittels Fernsehen und Pressefolöste Probleme der deutschen Minderheit tos verbreitet, sollte es Polen und Deutsche wieder ein Stück näher zusammenbringen. Damit die Geste auch gelang, gab der Kanzler seinem polnischen Regierungskollegen auch noch kurze Regieanweisungen

> Kohl hatte für diesen Kreisauer Auftritt einige Strapazen auf sich genommen. Wegen der wetterbedingten unsicheren Flugbedingungen waren der Kanzler, seine umfangreiche Delegation und der etwa 70köpfige Journalistentroß mit acht Bussen, einem Dutzend Autos und einem Krankenwagen mitten in der Nacht von Warschau gestartet, um die 340 Kilometer bis in den fernen Südwesten des Landes in sieben Stunden zurückzulegen.

+ + + Baugeld zu 5,25% aus Bonn + + + 3% Zinsverbilligung in Niedersachsen + + + Zinszuschüsse von Landkreisen, Gemeinden u.s.w. + + +

Jetzt gibt's Zuschüsse für alle möglichen Baumaßnahmen.

Bund, Länder und Gemeinden unterstützen den Bau, Kauf und die Modernisierung von Wohngebäuden. Im Zusammenwirken mit Bausparverträgen wird Bauen, Kaufen oder Modemisieren jetzt besonders preiswert.

Die BHW-Berater geben Auskunft über die verschiedenen Möglichkeiten und helfen Ihnen bei der Abwicklung. Deshalb sprechen Sie jetzt mit uns es lohnt sich!



Sie finden unsere BHW-Berater in allen Telefonbuchern

KOMMENTARE · **MEINUNG**

Neue Strukturen und neues Denken

Von Wilhelm Greiner

vornehmlich in der Europa- und Deutschlandpolitik werden neu gemischt. Sie werden neu gemischt, nachdem sich - ausgehend von den Veränderungen in der Sowjetunion - zunächst in Polen und Ungarn und jetzt auch in der DDR der Zusammenbruch der kommunistischen Regime vollzieht. Bundespräsident von Weizsäcker sprach, mit Blick auf die sich abzeichnende Freizügigkeit für die Bürger der DDR, von einem »tiefen historischen Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte«.

Damit nicht genug. Die wahrhaft tektonischen Verschiebungen der politischen Landschaft in Europa haben globalen Charakter und bringen globale Herausforderungen. Hans-Dietrich Genscher hat unlängst vor den Vereinten Nationen in New York entschieden den Blick nach vorn gerichtet und dabei deutlich gemacht: »Am Ende dieses Jahrtausends bewegen wir uns auf eine neue Phase der Weltpolitik zu. Noch bestimmen die alten Strukturen weithin die politische Landschaft, aber neue werden überall schon Strukturen

In der Tat: Die dramatischen Veränderungen in Europa haben mit dem Zerfall alter Strukturen, dem Ende der sogenannten Nachkriegszeit und dem Aufbruch zu neuen Ufern zu tun. Wer diesen Aufbruch begreifen will, der muß sich vom Denken in alten Schablonen lösen, der muß vor allem wissen, daß ein neues Denken die Voraussetzung dafür ist, die neuen, gigantischen Herausforderungen zu meistern, mit denen wir Deutsche, alle Europäer und die beiden Weltmächte USA und UdSSR konfrontiert werden.

Obenan stehen die Menschheitsaufgaben im Zeichen der Weltinnenpolitik. Drei Stichworte mögen genügen: Weltweiter Abbau der militärischen Vernichtungspotentiale, Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen und Kampf gegen die Übervölkerung des Planeten Erle. Hinzu kommen unzählige regionale

Die Neuordnung Europas hat jedoch nicht zuletzt deshalb globale Bedeutung, weil sie von den Veränderungen in der Sowjetunion ausging. Sie haben die alten, in Jahrzehnten gewachsenen Strukturen des Status quo und einer mit Gewehr bei Fuß erzwungenen Stabilität in die Rumpelkammer geschichtlicher Vergangenheit verwiesen. Erst nach und nach werden uns das Ausmaß und die Tragweite der Konsequenzen bewußt, die durch die Fluchtwelle aus der DDR und die nachfolgende, von der SED

Die Karten in der Ost-West-Politik, verfügte Öffnung der Mauer in Berlin ausgelöst werden. Flucht nach vorn?

Flucht wohin? Die »stille Revolution« (Willy Brandt) der Menschen in der DDR hat den Zerfall des dortigen Machtgefüges vollends sichtbar gemacht. Noch ist ungewiß, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Ungewiß ist auch, inwieweit die Ereignisse des politischen Herbstes 1989 die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik verändern werden und wohin diese Veränderung unsere Republik führt. Sicher ist jedoch, daß nicht nur der andere deutsche Staat, die DDR, ihr Gesicht verändert. Auch das Bild der Bundesrepublik ist vom Wandel ergriffen: Deutsch-deutsche Beziehungen, wie sie sich entwickelt haben, vermengen sich mit vielschichtigen gesamtdeutschen Überlegungen bis hin zu Wiedervereini-

Solche Perspektiven lassen alle Welt, vornehmlich die europäischen Nachbarn der Bundesrepublik und der DDR aufhorchen. Wie von ungefähr lösen die sich abzeichnenden neuen Strukturen in Europa zunächst Denken in alten Schablonen aus. Die »deutsche Frage« wird rundum als Schreckgespenst empfunden; ein möglicher gesamtdeutscher Koloß als Störenfried in Europa darge-

Nun denn: Der Rückfall in alte Denkschablonen wird der deutschen Realität nicht gerecht, ja, er verfälscht sie. Die Deutschen in der DDR schreiben in diesen Tagen ein Stück europäischer Freiheitsgeschichte. Die Deutschen in der Bundesrepublik haben in den letzten Jahrzehnten mehrfach bewiesen, daß sie in einer gefestigten, freiheitlichen Demokratie leben wollen. Auch unsere Nachbarn sollten zu neuem Denken fähig oder willens sein. Deutschland gehört zum freiheitlichen Westen und will dort bleiben als Partner in Europa und für Europa. Das Selbstbestimmungsrecht freilich ist auch für uns keine Handelsware, die wir uns für politisches Kleingeld abschwatzen lassen.

Die deutsche Frage, die plötzlich in aller Munde ist, ist eine wahrlich unbekannte Größe, die drinnen und draußen nicht emotional, nicht nach rückwärts gewandt, sondern als europäisches Problem zukunftsorientiert behandelt werden muß. Dann behält auch die »stille Revolution« der Menschen in der DDR ihren humanen, freiheitsgeprägten, dem Selbstbestimmungsrecht, nicht unbedingt dem Nationalstaat zugeordneten Sinn. Darum, vor allem darum geht es

Unbehagen in Warschau

(hö). Als die polnische Presseagentur meldete, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher habe seinem Warschauer Amtskollegen versichert, daß die Bundesrepublik »nicht mit einer Initiative hervortreten werde, erneut einen nationalen Staat ins Leben zu rufen«, war ihr Wunschdenken und die Sorge vor der Wiedervereinigung in die Feder geflossen. Daß die Agentur damit Genscher eine Verfassungsverletzung vorwarf, war wohl niemandem so schnell bewußt geworden. Aber typisch für eine innerhalb von 24 Stunden vielfach vergrößerte Urangst der Polen vor einem neuen deutschen »Riesen« war die ärgerliche Falschmeldung schon.

Jeder Mauerstein, der aus dem Berliner »antifaschistischen Schutzwall« seit Freitagabend herausgebrochen wird, steigerte in Warschau die Nervosität. Die Tatsache, dab in der Bundestagsent schließung alle Parteien auf jegliche Gebietsansprüche an Polen verzichteten hezu und damit die umfassendste Garantie wurden.

für die Westgrenze anboten, die Tatsache, daß Bundeskanzler Helmut Kohl am Donnerstagabend in Warschau die Formel wiederholte, sowie die Tatsache, daß auch Genscher seinem Kollegen Krzysztof Skubiszewski nun schon zum - mindestens - dritten Mal die Westgrenze garantierte, dies alles schien seit der Nacht zum Freitag nicht mehr zu genügen. Die offiziellen und verständnisvollen Erklärungen in Warschau dekken die labile Befindlichkeit nur wie ein dünner Mantel zu.

Da in den Augen der meisten Polen über Nacht der »sozialistische Puffer« zwischen Oder und Elbe zerfallen ist, rückte das Gespenst eines übermächtien deutschen Zentralstaates ungemütlich nahe. Das geht eindeutig aus vielen Äußerungen polnischer Regierungsangestellter, auch von Intellektuellen und international erfahrenen polnischen Genschers Worte bei Skubiszewski nainterpretiert seitenverkehrt

MEINUNG DER ANDEREN

Stunde Deutschlands

Der Mailänder Corriere della Sera schreibt von der »Stunde Deutsch-

Alle Bewegungen der vergangenen zehn Monate haben die Gestalt der kommunistischen Welt erschüttert und verändert. Aber der plötzliche Fall der Berliner Mauer ist der dramatischste und bedeutsamste. Der Abbruch der Mauer hat einen dramatischen Symbolgehalt für die Trennung in Europa. Die direkten psychologischen Folgen sind tief, die politische Bedeutung für die Zukunft enorm. Es existiert heute nicht einfach eine Krise der kommunistischen Welt in Osteuropa, sondern das Ende der Ordnung von Jalta ist angezeigt, die das Gleichgewicht auf unserem Kontinent und die Beziehungen zwischen dem Westen und der sowjetischen Welt

SCHWARZWÄLDER BOTE

Unabhangige Zeitung für Baden-Wurttemberg

Druck, Verlag und Herausgeber Schwarzwälder Bote KG – Seit 1835 im Besitz der Familie Brandecker (Erben). 7238 Oberndorf a. N., Postfach 1380, Telefon (07423) 78-0; Telex: 7628 14; Telefax: (07423) 78-73

Chefredakteur: Wilhelm Greiner.

Stelly, Chefredaktion: Dr. D. Jauch (Wirtschaft), K. Slegmeier (CvD), G. Wolf (Sonderaufg.).

Chefv. Dienst: J. Luz. H. M. Bihler; Politik: V. Borho, Dr. Ch. Huhle; Vermischtes: W. Widmann; Baden-Württemberg: M. Frädrich: Feuilleton/Wochenendbeilage: W. Hegeler: Sport: H. Brodbeck, P. Hettich; Motor u. Service: H.W. Wagner; Zentralred, Lokales: K. Friedrich (Ltg.), M. Fiedler, W. Linzenich, E. Reutter, W. Roth, H.v. Specht. - Red. Stuttgart: W.D. Zollner;

Bonn: L. Tonshoff. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewahr. Zuschriften an die Redaktion sollen grund-sätzlich nicht personlich adressiert sein. Geschaftsführung: K. Dollinger Verlagsdirektion, H. D. Stetter; Anzeigen, H.-L. Giebel; Vertrieb; A. Haaga.

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 44. - Erscheint werktaglich, einbezogen in das Abonnement ist die wöchentlich beiliegende Illustrierte Fornseh-Zeitschrift IWZ. Zeitungsabbestellung nur bls 20. des Vormonats schriftlich an den Verlag moglich. Bei Ausfall der Lieferung Infolge höherer Gewalt oder bei Storungen des Betriebes bzw. auf dem Versandwege, Arbeitskampf, Verbot usw. besteht kein Anspruch auf Kurzung bzw. Ruckzahlung des

Moskau lobt praktische Zerstörung der Mauer

US-Präsident Bush reagiert vorsichtig auf Reformprozeß / In Israel Bedenken gegen Wiedervereinigung

rtr/ap/dpa. MOSKAU/WASHINGTON. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS hat am Samstag die »praktische Zerstörung« der Berliner Mauer als wichtiges und positives Zeichen gerühmt.

Es sei »völlig klar«, daß die Sowjetunion diesen Entschluß der DDR-Führung unterstütze. »Das sind Entscheidungen, die die Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses ermöglichen«, hieß es in dem Kommentar. »Kurz und bündig gesagt, die Zerstörung der Berliner Mauer, die für viele Jahre ein Symbol der europäischen Teilung war, ist, wie ich meine, positiv und wichtig«, schrieb TASS-Kommentator Juri Kornilow.

US-Präsident George Bush will weiter hin mit Vorsicht und Zurückhaltung auf die Umwälzungen in Osteuropa und speziell in der DDR reagieren und plant deshalb noch keinen Besuch in Berlin.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow betonte in einem Telegramm an Bush, daß Moskau die jüngsten Entscheidungen der DDR-Führung billigt und unterstützt. In der »informellen Botschaft« äußerte Gorbatschow auch die Hoffnung, daß »die Situation (in der DDR) ruhig und friedlich bleibt.«

In der »Washington Post« vom Samstag meinte US-Außenminister James Baker, daß der 9. November, der Tag der Grenzöffnung, »gut und gerne der Änfang einer neuen Welt« sein könnte. Er schränkte aber auch zugleich ein, niemand wisse zur Zeit, »was der nächste Schritt sein wird«. Während die israelische Regierung die

Höchstens zehn Liter umsonst

tön. BONN. »Nur für den Notfall« können DDR-Besucher an Autobahntankstellen im Bundesgebiet höchstens zehn Liter Benzin ohne Bezahlung erhalten. Das erklärte gestern der Geschäftsführer der »Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen GmbH«, Fritz Ansorge, gegenüber unserer Bonner Redaktion. Diese Begrenzung der kostenlosen Abgabe auf zehn Liter sei von seiner Gesellschaft vorgeschlagen worden, weil mit dieser Spritmenge problemlos die nächste größere Ortschaft und die dort arbeitenden Hilfsorganisationen erreicht werden können. Die zunächst in der Besprechung der Bundesländer mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble geplante Kostenübernahme ohne Begrenzung der Literzahl wurde damit auf-

DDR-Studie: Elbe wird vergiftet

dpa. HAMBURG. Unternehmen in der DDR kippen jährlich Zehntausende Tonnen giftiger Abfälle in die Elbe und lassen den Fluß so zur Kloake verkommen. Dies belegt nach Angaben des »Spiegel« eine bisher geheimgehaltene Studie aus dem Ostberliner Umweltministerium. Die Belastung des Flusses mit dem Schwermetall Cadmium - so der Bericht - übertrifft die Trinkwasser-Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft (EG) bis zum 90fachen, beim gefährlichen Quecksilber sogar bis zum

Zwangsbelegung möglich

ap. MAINZ. Der rheinland-pfälzische FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle hält angesichts der Probleme bei der Unterbringung von DDR-Übersiedlern auch Zwangsbelegungen leerstehender Wohnungen für denkbar. Zu diesem Mittel sollte allerdings nur dann gegriffen werden, wenn alle anderen Kapazitäten erschöpft seien, sagte Brüderle der »Allgemeinen Zeitung« in Mainz. Zugleich müsse alles getan werden, um zu vermeiden, daß die Neuankömmlinge ein bis zwei Jahre in Turnhallen oder Unterkünften ähnlichen

Samstagsarbeit gefordert

sterpräsident Tadeusz Mazowiecki hat die Bergleute in seinem Land aufgefordert, künftig wieder samstags zu arbeiten, um Polen aus der wirtschaftlichen Krise zu helfen. In einer Erklärung zum polnischen Unabhängigkeitstag sagte Mazowiecki am Samstag, dem Land fehlten 13.5 Millionen Tonnen Kohle.

Wahlkorrektur in Spanien

dpa. MADRID. Spaniens regierende Sozialisten haben nach Überprüfung des Wahlergebnisses vom 29. Oktober zumindest vorläufig das eine Mandat verloren, das ihnen die absolute Mehrheit sicherte Nach dem gestern veröffentlichten amtlichen Endergebnis verfügt die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) derzeit nur über 175 der 350 Mandate im Kongreß. Die Sozialisten haben angekündigt, daß sie dieses Ergebnis anfechten werden. Auch wenn sie dabei scheitern, wäre die erneute Wahl von Felipe Gonzalez zum Regierungschef gesichert. Er benötigt im zweiten Wahlgang nur die relative Mehrheit

Uno: Namibia-Wahlen gültig

dpa. WINDHUK. Der Leiter der Uno-Friedensmacht in Namibia (Untag), Martti Alitisaari, hat die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung für »frei und fair« und damit für gültig erklärt. »Vor allem gratuliere ich dem namibischen Volk«, sagte der Finne am Samstag zum Abschluß der fünftägigen Wahlen. Etwa 95 Prozent der 701 000 registrierten Wähler haben nach ersten Schätzungen unter Aufsicht der Untag ihre Stimmen abgegeben. Das Endergebnis wird nicht vor Mittwoch erÖffnung der Mauer vorsichtig begrüßte, wurden in der Öffentlichkeit des Landes sie viel Macht hätten. deutliche Bedenken gegen eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands laut. »Ich glaube, es ist sehr wichtig für Deutschland und für die Welt, daß Deutschland geteilt bleibt«, erklärte der Herausgeber der angesehenen Zeitung Haaretz, Gerschon Schocken. Die Geschehnisse der Nazizeit lägen erst 40 bis 50 Jahre zurück. Es sei unmöglich, dies zu ver-

Deutschlandexperte Schlomo Aharonson sagte, die Wiedervereinigung wolle jeder in der Welt verhindern, beispielsweise die Sowjetunion und die Franzosen. Zwar nehme niemand öffentlich gegen eine Widervereinigung Stellung, aber jeder hoffe, daß sie niemals stattfinde. Die Deutschen seien immer ge-

Die Entwicklung in der DDR geht nach Darstellung des kommunistischen Parteiorgans der Tschechoslowakei auf Starrheit und Engstirnigkeit der abgelösten Führung in Ostberlin zurück. In einem Bericht des Ostberliner »Rude Pravo«-Korrepondenten hieß es am Samstag: »Die Kommunisten der DDR gehen in diese Tage mit der festen Überzeugung, daß ein moderner, dynamischer Sozialismus nicht in Einklang steht mit den bisherigen starren, engstirnigen Vorgehen, das Partei und Gesellschaft in die derzeitige Krise führte.« Jetzt zeige die Partei Mut zu Selbstkritik und Ehrlichkeit. Die orthodoxe CSSR-Führung unter Parteichef Milos Jakes hat sich

Truppen in Sowjet-Republik verstärkt

Kundgebungen vorerst verboten / Konflikt zwischen Letten und Moskau

ap/dpa. MOSKAU. Nach einer massiven Verstärkung der Militärpräsenz hat am Wochenende in der Hauptstadt der Moldauischen Sowjetrepublik, Kischinjow, Ruhe geherrscht. Das Fernsehen berichtete nach Ängaben von Vertretern der Moldauischen Volksfront am Samstag, nach den Unruhen vom Freitag hätten elf Transportflugzeuge Truppenverstärkungen nach Kischinjow gebracht.

Die Moskauer Nachrichtenagentur TASS berichtete am Samstag, die Führungsgremien von Partei und Regierung hätten Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Lage getroffen. Der Ministerrat untersagte rass bis auf weiteres Kundgebungen und Demonstrationen.

Eine Sprecherin der Volksfront sagte, eine für gestern geplante Demonstration sei abgesagt worden, weil man keine weiteren Opfer wolle. Am Freitag waren TASS zufolge 129 Menschen - 83 Polizisten und 46 Demonstranten - verletzt worden, als Demonstranten versuchten, das moldauische Innenministerium zu stürmen. Die Polizei habe 30 Menschen festgenommen. unter dem Druck der Menge aber wieder

Zahl der Rückkehrer hat stark zugenommen

dpa/rtr. BONN. Die Zahl der DDR-Übersiedler, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, hat Angaben des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) zufolge nach Öffnung der innerdeutschen Grenze »beträchtlich zugenommen«. Deswegen sei am Wochenende zwischen den Rotkreuz-Gesellschaften der Bundesrepublik und der DDR Zusammenarbeit auf humanitärem Feld für die Fälle vereinbart worden, wo Menschen Rot-Kreuz-Hilfe bei der Rückkehr in Anspruch nehmen wollen, bestätigte das DRK gestern eine entsprechende Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN. Die DDR will für die Rückkehrwilligen an der Grenze Betreuungszenten einrichten. Dem West-DRK zufolge gebe es aus den Aufnahmelagern in der Bundesrepublik immer mehr Anfragen rückkehrwilliger DDR-

freigelassen. Die Demonstranten hatten sich versammelt, um die Freilassung von 20 Personen zu fordern, die am Dienstag wegen Teilnahme an einer Protestkundgebung am UdSSR-Staatsfeiertag festgenommen worden waren.

Zwischen der Sowjetrepublik Lettland und Moskau ist am Wochenende ein andauernder Rechtsstreit offen zu Tage getreten. Der Oberste Sowjet von Lettland hatte am Freitag beschlossen, ein im Sommer verabschiedetes Wahlgesetz gelten zu lassen, das die Rechte der vor allem russischen Neubürger in der Republik einschränkt. In einem weiteren Beschluß wandte sich das lettische Parlament an den Kongreß der Volksdeputierten mit dem Vorschlag, die Möglichkeit des Zivildienstes in die Verfassung aufzunehmen.

Gegen dieses Gesetzesvorhaben wandte sich das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR in Moskau. In einem am Wochenende veröffentlichten Beschluß, der von Staatspräsident Michail Gorbatschow unterzeichnet ist, werden die Republiken namentlich Litauen, Lettland, Estland und Aserbaidschan - kritisiert.

Freier Mallorca-Urlaub für 10 000 Übersiedler

dpa. ISTANBUL. Rund 10 000 Übersiedler aus der DDR sollen in den nächsten zwei Jahren einen einwöchigen kostenlosen Urlaub auf den Balearischen Inseln verbringen können. Dieses Angebot machte der Tourismusminister der Balearen, Jaime Gadera, gestern am Rande der Jahrestagung des Deutschen Reisebüro-Verbandes (DRV) in Istanbul. Unterstützt wird die Aktion von führenden bundesdeutschen Reiseveranstaltern, die die Kosten für die Flüge übernehmen sowie von spanischen Hotels und Busunternehmen. Das Angebot schließt Vollpension in Hotels auf Mallorca, Ibiza, Menorca und Formentera sowie spezielle Ausflugsprogramme mit ein. Die Auswahl der 10 000 Übersiedler soll durch die Wohlfabrtsverbände in der Bundesrepublik oder durch das Deutsche Rote Kreuz erfolgen.

Öffnung auch in Bulgarien angekündigt

KP-Chef Mladenow beharrt auf Führungsrolle / Opposition fordert Reformen

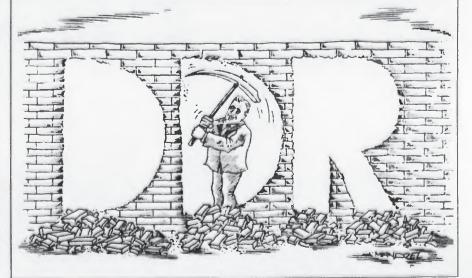
ap. SOFIA. Der neue bulgarische Parteichef Petar Mladenow hat einen Kurs der vorsichtigen Offnung angekündigt, zugleich aber auf dem Führungsanspruch der Kommunistischen Partei beharrt. Vor dem Zentralkomitee in Sofia sagte der Außenminister kurz nach seiner Wahl zum Generalsekretär am Freitag abend, daß es auf der Suche nach richtigen Lösungen unterschiedliche Meinungen gebe, sei kein Grund zur Besorgnis. Kunftig werde es mehr Pluralismus geben. Dissidenten verlangten am Samstag in Sofia einen Verzicht der KP auf die Führungsrolle und kündigten in einem Telegramm an Mladenow für heute eine Kundgebung in der Hauptstadt an.

Mladenow sagte dem Zentralkomitee, Probleme sollten nicht auf »autoritäre Weise« angegangen werden. Für die notwendigen Wirtschaftsreformen brauche die Partei die Unterstützung der Bevölkerung. »Keine Initiative kann überleben, wenn sie nicht völlig von der Gesellschaft gestützt wird«, erklärte er. Die Bürokratie kritisierte er, weil sie Fortschritte in allen Bereichen der Gesellschaft verhindere. Zu Beginn der Sitzung hatte der 78jährige Todor Schiwkow seinen Rücktritt als Staats- und Parteichef erklärt. Er war seit 1954 Generalsekretär der KP gewesen.

Petar Beron von der Gruppe Eco-Glas-nost begrüßte die Ernennung Mladenows und äußerte die Erwartung, daß er einige der unbeliebtesten Funktionäre absetzer und so versuchen werde, die Parteiherrschaft zu sichern. Die Kommunisten müßten aber ihren Anspruch auf die führende Rolle im Staat aufgeben und einen radikalen Wandel ermöglichen, verlangte Beron.

Der Vorsitzende des unabhängigen Bür-gerrechtskomitees, Rumen Wodenicha-row, forderte, Schiwkow müsse vor Ge-richt gestellt werden, weil er schwere Fehler begangen habe. Der schwerste sei die versuchte Zwangsassimilierung der 1,5 Millionen türkischen Einwohner gewesen. Notwendig sei auch, Meinungsfreiheit zu geben und die Geheimpolizei aufzulösen.

sb-Karikatur: W. Mandzel



Freundlichere Konturen

Prächtiges Herbstwetter lockte Ausflügler in Scharen ins Freie

lsw. STUTTGART. Sechs Wochen vor Weihnachten gab es am Wochenende in Baden-Württemberg prächtiges Herbstwetter mit viel Sonnenschein. Exakt 8,6 Stunden schien die Sonne zum Beispiel am Samstag auf der Südwestalb. In Stuttgart und Mannheim wurden am Sonntag Temperaturen von über 13 Grad erreicht. Nur wo sich der Nebel nicht auflöste, drang die Sonne nicht durch. In Ulm etwa blieb das Quecksilber am Samstag auf frostigen 2,3 Grad stehen. Doch solche »Nebellöcher« waren am Wochenende die Ausnahme. Außer in Ulm, Stötten und Konstanz war es im Südwesten weitgehend klar. Vom Feldberg im Schwarzwald wurde sogar prächtige Fernsicht bis zu den Alpen und den Vogesen gemeldet. An Wintersport war auf Baden-Württembergs höchstem Berg aber noch nicht zu denken. Die neun Zentimeter hohe Schneedecke ist noch stark durchbrochen, außerdem pfiff am Sonntag ein böiger Wind mit Stärke sechs über den Gipfel. Die traditionellen Ausflugsgebiete im Südwesten – Schwarzwald, Schwäbische Alb und Bodensee – verzeichneten am Wochenende regen Anderschaften verschieden and Wochenende regen Anderschaften verschaften von Für einen Mo drang. Zehntausende kamen für einen Wochenendspaziergang oder um mal einen Tag auszuspannen. Dennoch gab es auf den Autobahnen keine Behinderungen.



DER STAAT ALS SPEKULANT: Weil der Bund die Welfenkaserne (Bild) in Weingarten (Kreis Ravensburg) nicht verkaufen will, kann dringend benötigter Wohnraum nicht geschaffen werden. Das Bundesvermögensamt als Besitzer spekuliert auf steigende Grundstückspreise und verzögert den Verkauf. 220 Wohneinheiten, die bereits geplant sind, können deshalb nicht gebaut werden. Foto: Flach

Sozialer Wohnungsbau gilt als Gebot der Stunde

Der Staat soll tiefer in die Taschen greifen / Städtetag bringt erneut höhere Steuern ins Gespräch

meinden sind mit der von Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt (CSU) vorgegebenen Finanzierungsplanung für den sozialen Wohnungsbau nach wie vor unzufrieden. Zwar anerkennen die Kommunalen Landesverbände, daß die Bundesregierung »unter dem Druck der inzwischen eingetretenen Verhältnisse« überhaupt wieder bereit ist, Geld für die Sozialmietwohnungsbau zur Verfügung zu stellen. »Aber wenn Frau Hasselfeldt in den nächsten vier Jahren erklärtermaßen den Bau von insgesamt 480 000 Sozialwohnungen anstrebt, reichen jährlich zwei Milliarden Mark Bundeszuschuß - zuzüglich ebensoviel von den Bundesländern – bei weitem nicht aus; denn vier Milliarden jährlich decken gerade knapp 40 Prozent der Investitionskosten; der große Rest bleibt an den Gemeinden beziehungsweise den kommunalen Wohnbaugesellschaften hängen«, sagt das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, der frühere Oberbürgermeister Werner Hauser (Kirchheim/Teck).

Bei der von Ministerpräsident Lothar Späth auf den heutigen Montag in die Villa Reitzenstein einberufene »Wohnungsbaukonferenz« wollen die Kommunalvertreter deshalb auf ihrer Forderung bestehen. Bund und Länder müßten jährlich insge-samt mindestens zehn Milliarden Mark bereitstellen; der Beitrag der Gemeinden sei es dann, für die notwendigen Grundstücke zu sorgen. Nur unter solchen Voraussetzungen kann nach Ansicht des Städtetag-Geschäftsführers Hauser das Ziel annäherend erreicht werden, vier Jahre lang das Geld nehmen? Hauser erinnert an den

n. STUTTGART. Die Städte und Ge- jährlich rund 120 000 Sozialwohnungen in Vorschlag von Städtetagspräsident Mander Bundesrepublik zu schaffen. Allein in Baden-Württemberg müßten jährlich mindestens 20 000 Sozialwohnungen entstehen, meint Hauser, »denn schon heute fehlen hier 70 000 Wohnungen, um nur den dringendsten Bedarf befriedigen zu

> Daß die Bonner Regierungsparteien die früher übliche, seit drei Jahren aber als »unfinanzierbar und ineffizient« geltende Objektförderung im Sozialmietwohnungsbau jetzt wieder aufnehmen; wenn auch offensichtlich nur widerwillig, hält CDU-Mitglied Werner Hauser für gerechtfertigt, weil eine steigende Zahl von sozialschwachen Mietern auf dem freien Wohnungsmarkt finanziell einfach nicht mehr mithal-

> »In Wahrheit haben wir einen freien Wohnungsmarkt lediglich für zahlungskräftige und erwünschte Personen; daneben aber einen großen Bedarf, dem aber kein Angebot gegenübersteht, für nicht zahlungskräftige und unerwünschte Personen«, meint Hauser. »In erheblichem Umfang kommen diejenigen auf dem freien Markt nicht zum Zug, die erstens die hohen Mieten nicht zahlen können – auch das staatliche Wohngeld hilft da meistens nicht viel - und die zweitens auf bekannte Vorurteile vieler Vermieter stoßen. Für diese Menschen brauchen wir Sozialwohnungen, sonst bekommen wir schwerste gesellschaftliche Probleme vor allem in den Großstädten und industriellen Ballungsräumen.«

> Doch woher sollen Bund und LÄnder

fred Rommel, Oberbürgermeister in Stuttgart, wonach Steuererhöhungen grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden dürften. Aber welche? Die Gewerbesteuer möchte Hauser lieber nicht ins Spiel bringen, meint aber, die Kommunen könnten die Hebesätze für die Grundsteuer B erhöhen, die jetzt noch auf der Grundlage des Einheitswerts von 1964 basieren, obwohl inzwischen bei Bauland und bebauten Grundstücken gewaltige Wertsteigerungen eingetreten sind. In der Hauptsache sei aber Bonn gefordert, sagt Hauser und nennt Verbrauchssteuern, auch die Mehrwertsteuer, die erhöht werden könnten.

Die von den Regierungen in Bonn und Stuttgart favorisierte Problemlösung, über deutlich verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten private Investoren für den Wohnungsbau mit zehnjähriger Sozialbindung zu gewinnen, hält Hauser für »wenig taug-lich in den städtischen Verdichtungsgebieten«. Hier helfe nur der öffentlich geförder-te Sozialmietwohnungsbau, und zwar mit einer Mietpreisbindung von mindestens 20 Jahren. »Die Städte können nicht teure Grundstücke privaten Investoren billig zur Verfügung stellen, wenn die Sozialbindung schon nach zehn Jahren erlischt, die Kapitalanleger dann einen schönen Reibach machen, während wir auf den sozialen Problemen sitzenbleiben«, warnt Hauser. Für die Städte seien deshalb die auch von Ministerpräsident Späth empfohlenen Steuersparmodelle nur die zweitbeste Lösung, »zumal sie indirekt, durch entsprechende Steuerausfälle, ebenfalls Milliarden kosten«.

Land löst Notaufnahmestellen auf

Am Wochenende kamen mehr als 3000 Übersiedler / Schlee dankt Helfern

lsw. STUTTGART. Mehr als 3000 Übersiedler aus der DDR sind am Wochenende in Unterkünften des Landes neu untergebracht worden. Wie das Innenministerium am Sonntag in Stuttgart mitteilte, haben Kirchen und karitative Verbände nach dem jüngsten Appell von Innenminister Dietmar Schlee dabei allein 1000 neue Plätze für Übersiedler zur Verfügung ge-

Nach Angaben des Sprechers des Innenministeriums haben seit vergangenem Mittwoch mehr als 6000 DDR-Übersiedler in Baden-Württemberg eine neue Bleibe gefunden. Mindestens 3000 weitere Flüchtlinge seien direkt bei Verwandten. Bekannten und Freunden in Baden-Wüttemberg aufgenommen worden.

Weil nach der Öffnung der deutschdeutschen Grenze keine weiteren DDR-Flüchtlinge über die CSSR erwartet werden, will das baden-württembergische Innenministerium in den nächsten Tagen die kurzfristig aufgebauten Notaufnahmestellen in Bruchsal, Lahr und Biberach auflö-sen. Die dort vor allem in Turnhallen notdürftig untergebrachten Übersiedler sollen so schnell wie möglich Zimmer und Wohnmöglichkeiten in Jugendherbergen und Fort- und Weiterbildungseinrichtun-gen bekommen, wurde betont.

Innenminister Schlee dankte am Wochenende den vielen Mitarbeitern der Hilfsorganisationen, der karitativen Verbände und der Verwaltung. »Das wir diese Aufgaben alle gemeinsam gemeistert haben, auch dies grenzt schon wieder beinah an ein Wunder«, sagte der Minister.

Großzügige Grenzwächter

lsw. WEIL AM RHEIN. Glück hatten zwei 18jährige aus Halle an der Saale, die am Wochenende als erste Bürger der DDR am Autobahn-Grenzübergang Weil am Rhein in die Schweiz wollten: Sie fanden einen großzügigen Grenzwächter, der sie ausnahmsweise ohne Visum einreisen ließ. Der Bundesgrenzschutz wies gestern in einer Mitteilung darauf hin, daß DDR-Bürger bei der Einreise nach Frankreich und in die Schweiz ein Visum benötigen. Sie unterliegen dort der Sichtvermerkspflicht. solange kein Ausweispapier der Bundesrepublik vorgewiesen werden kann. Auch für kurze Ausflüge in das benachbarte Ausland muß bei den zuständigen Konsulaten ein Visum beantragt werden. An der Grenze wird dieses durch die Behörden der Schweiz und Frankreichs nur im Ausnahmefall erteilt.

Späth fordert von DDR gesellschaftliche Reformen

Wohnungsbau-Beschlüsse verteidigt / Kleiner CDU-Parteitag für Schaffung neuer Arbeitsplätze

lsw. KÜLSHEIM (Main-Tauber-Kreis). Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hat die DDR aufgefordert, die wirtschaftlichen mit den gesellschaftlichen Reformen zu verbinden. Erst wirtschaftliche Reformen könnten den Flüchtlingsstrom stoppen, sagte Späth beim Kleinen Parteitag der CDU in Külsheim. Ein streng planwirtschaftliches Sy-stem motiviere die Menschen nicht zur Mitarbeit. Gleichzeitig verabschiedete der Parteitag ein Beschlußpapier zur aktuellen Situation in Deutschland. Darin werden unter anderem freie Wahlen in der DDR gefordert. Der Parteitag billigte außerdem einen Leitantrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen, der als Diskussionsgrundlage für die Parteigremien dienen soll.

Späth sagte mit Blick auf die Flüchtlingswelle, jetzt müsse sich zeigen, was mit der Rede vom deutschen Vaterland gemeint sei. Er sei sicher, daß das Problem der Aus- und Übersiedler in einem Akt nationaler Sölidarität gelöst werden könne: »Eine der reichsten Nationen soll jetzt nicht ihre Wohlstandsrechnungen aufma-

Späth verteidigte auch die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Förderung des Wohnungsbaus. »Sie werden sie wundern o Späth, »wie schnell die Baden-Württemberger ihre Spargelder in Wohnungen investieren werden«. Die Vorschläge der Bundesregierung sehen verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten beim Bau von Eigentumswohnungen vor, wenn die Wohnungen zehn Jahre lang an Sozialmieter vermietet werden.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages, Manfred Rommel, räumte ein, daß mit der verbesserten Abschreibung ein erster klei-ner Schritt getan sei. Notwendig seien allerdings angesichts von möglicherweise ein bis zwei Million DDR-Übersiedler noch viel größere Anstrengungen und vor allem Mittel für den sozialen Mietwohnungsbau.

ihrem Beschlußpapier schlägt die CDU Baden-Württemberg eine enge nationale Zusammenarbeit zwischen Badenwirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Fragen vor. Die Öffnung der Grenzen sei ein »nicht mehr zurücknehmbares Zeichen der Hoffnung für eine neue Zukunft der Deutschen und Deutschlands«. Der Vertriebenenpolitiker Herbert Czaja kritisierte als einziger den Beschluß, weil in ihm nicht von den Deutschen in Polen die

Trotz zum Teil heftiger Kritik wurde ein Leitantrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen verabschiedet. Verschiedene Redner bemängelten in dem von Mittelstandsvereinigung und Christliche-Demokratischer Vereinigung gemeinsam eingebrachten Antrag vor allem, daß darin zu viele unklare, »unzureichende, lapidare Sätze« stünden. Trotzdem wurde der Leitantrag verabschiedet und soll nun als Diskussions-grundlage für die Partelgremien dienen. Inter anderem lehnt der Antrag die von der FDP geforderte Absenkung des Spitzensteuersatzes für Unternehmen ab. sei vielmehr sinnvoll, solche Gewinne, die zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung oder zu neuen Investitionen verwen-Württemberg und einem Bezirk der DDR in det werden, steuerlich zu begünstigen.



... wo Mode so wenig kostet

FÜR DAMEN



Hochwertige Skithe Wollmäntel

C&A-Spartip 298.



Aktuelle Wollmäntel

C&A-Spartip 180.

Wollmäntel im Fischgrat-Dessin (30% Lama-Anteil), Normalgrößen 40-48, Kurzgrößen 19-24

C&A-Spartip 150.



Gemusterte Jacken

C&A-Spartip 150.

Twill-Blusen in aktuellen Formen, Gr. 38-50

C&A-Spartip 30.-

Jacquard-Pullover in Mouliné-Optik, Gr. S, M, L = 36-46

C&A-Spartip 30-

Hosen, vollwaschbar, Gr. 40-48, 20-25

C&A-Spartip 40-

Damenhafte Röcke. Gr. 42-52

C&A-Spartip 27-

Jogging-Anzüge mit gewebten Einsätzen, bis Gr. 46

C&A-Spartip 65-

Aufwendig verarbeitete Umhänge-



C&A-Spartip 40.



C&A-Spartip 38